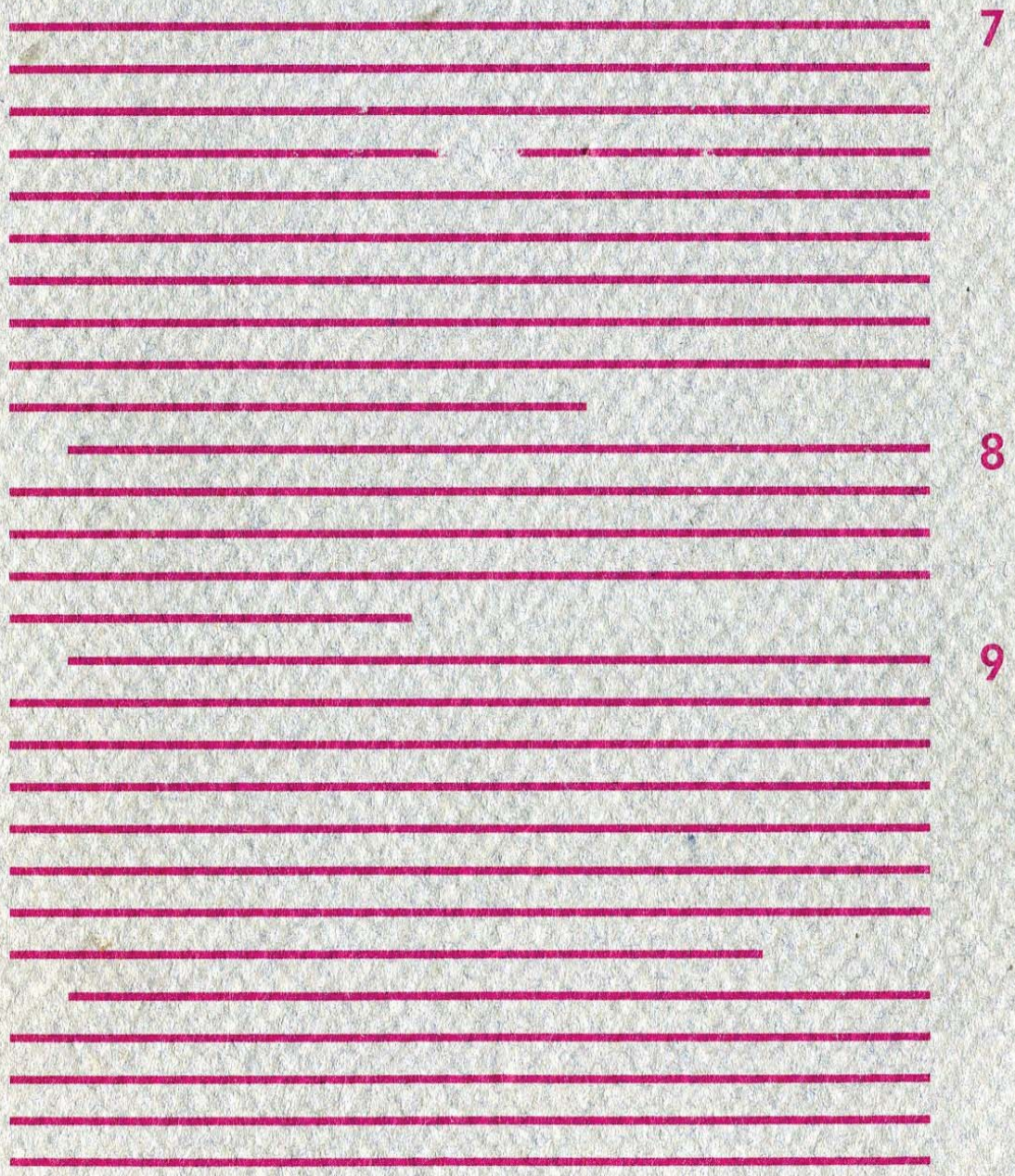
Universität als Milieu

Niklas Luhmann

Kleine Schriften **Haux**
hrsg. von
André Kieserling



Der Verlag bedankt sich für die
freundliche Unterstützung
durch die
Westfälisch-Lippische Universitätsgesellschaft

Niklas Luhmann
Universität als Milieu

Kleine Schriften
hrsg. von
André Kieserling

Haux

CIP - Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Luhmann. Niklas:
Universität als Milieu/Niklas Luhmann.
Bielefeld: Haux, 1992
(Kleine Schriften) ISBN 3-925471-13-8

© Verlag Cordula Haux 1992
Hochstraße 13, D-4800 Bielefeld 1
Einbandgestaltung: Heinz Beier
Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck

© Fotos: Uschi Dresing

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 7

Status Quo als Argument 16
Wabuwabu in der Universität 30
Helmut Schelsky zum Gedenken 49

Kommunikation mit Zettelkästen: Ein Erfahrungsbericht 53
Interdisziplinäre Theoriebildung in den Sozialwissenschaften 62
Probleme der Forschung in der Soziologie 69

Zwei Quellen der Bürokratisierung in Hochschulen 74
Perspektiven für Hochschulpolitik 80
Die Universität als organisierte Institution 90 -
Erfahrungen mit Universitäten: Ein Interview 100

Die gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie 126
Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und die Soziologie 137
1968-und was nun? 147

Nachweise 158

il

"Í'ˈí é m

Vorwort des Herausgebers

Die Universität befindet sich gegenwärtig in einer Orientierungskrise. Zu Beginn der Reformphase hatte man sie so beschrieben, als würde sie außerhalb der Gesellschaft existieren - eine Insel des Unerfaßten inmitten der verwalteten Welt. Entsprechend konzentrierte man sich auf das, was vom Gesellschaftsüblichen abwich, und Demokratisierung war das Konzept für die gewollte Verstärkung solcher Abweichungen. Inzwischen hat man jedoch mindestens eine der für die moderne Gesellschaft ganz typischen Erfahrungen auch an der Universität gemacht. Auch hier hat die Semantik der Humanität, eingeführt in ein vorhandenes System mit der wie immer untadeligen Absicht seiner Verbesserung, in einer schwer reversiblen Weise zu Strukturen geführt, für deren Beschreibung dann eine sehr viel distanziertere Sprachform erforderlich wäre. Wir erinnern uns: Es ging am Anfang um »mehr Bildung« und am Ende um »mehr Demokratie«, und für beides schien die klassische Idee der Universität, einmal in der rechten Weise auseinandergenommen und neu zusammengesetzt, die zündenden Argumente zu liefern. Aber als vorläufig endgültiges Resultat eines Konfliktes, in dem sich zuletzt alle Beteiligten in irgendeiner Weise auf Humboldt berufen haben, befindet sich die Universität heute in einer Situation, die man nach manchen Anzeichen nur noch mit Weber beschreiben kann.

Das Stichwort der Bürokratie scheint sich aufzudrängen, wenn man an die Verlängerung der Entscheidungswege oder an die Verkürzung der Zeithorizonte, an die zunehmende Verschiebung folgenreicher Entscheidungen von der Universitätsorganisation auf die mit ihrer Nachprüfung befaßten Gerichte oder auch nur an die eigentümlich exklusiven Auswirkungen denkt, welche an den Inklusionsformeln der Demokratie unterdessen hervortraten. Aber das Stichwort der Bürokratie ist analytisch nur unzureichend bestimmt, und wenn man es im Sinne der soziologischen Typologie nimmt, paßt es auch auf die Universitäten von heute nicht recht: Alle wichtigen Merkmale fehlen, und wo es sie gibt, sind es Merkmale eines in der Universität ausdiffe-

renzierten Verwaltungsstabs, der sein Problem daran hat, daß er das Ganze nicht ist und es bei aller Wirksamkeit auch nicht zu repräsentieren vermag. Immerhin zeigt der Rückgriff auf »Bürokratie«, daß die suggestiven Abstraktionen der Reformphase wenig hilfreich sind, wenn es um ein Begreifen von Zuständen geht, die mit ihrer Hilfe erzeugt wurden. Aber woran sonst könnte man sich halten?

Im Zeichen einer Postmoderne, die ohnehin zum Heroismus tränenloser Abschiede neigt, mag es dann naheliegen, sich auch von jener Idee der Universität mit einer ernüchterten Gebärde zu verabschieden. Einige haben diesen Schritt angeblich schon hinter sich, andere glauben erkennen zu können, daß »die Systemtheorie« ihn vollzieht, und machen mit bemerkenswertem Begründungsaufwand einen harten Kern des Unverlierbaren geltend, an dem festzuhalten sei.[1] Es ist gewiß nicht erstaunlich, wenn jetzt Resignation um sich greift, wenn auch wohl zunächst nur in der Form, daß man sie bei anderen unterstellt, um in kleiner gewordenem Kreis dann um so enger zusammenzurücken. Aber man sollte es sich zweimal überlegen, ehe man sich hier entscheidet, denn es könnte sein, daß es zu jener Alternative von zugeschriebenen Resignationsgesten und dagegen angesetzten Rettungsversuchen eine Alternative gibt. Diesen Eindruck könnte der hier vorgelegte Band bestätigen.

Er versammelt in seinem Zentrum eine Reihe von kürzeren Aufsätzen, mit denen Niklas Luhmann die neuere Hochschulentwicklung begleitet hat. Von dem Zustand, in dem sich die deutsche Universität nach den Erschütterungen durch Studentenbewegung und Hochschulreform gegenwärtig befindet, zeichnen diese Texte ein eher skeptisches Bild. Aber sie lassen doch auch erkennen, wo die Strukturfehler liegen könnten und was man aus ihnen zu lernen hätte, wenn man unwahrscheinliche Erwartungen reproduzieren will. Zu lernen wäre dann etwa, daß wir unter dem Triumph der Bürokratie nicht ohne Inkonsistenz leiden können, nachdem wir ihn durch demokratische Dekomposition aller Entscheidungen selber heraufgeführt haben (S.74ff.). Am Zumutungsgehalt solcher Thesen kann man die

[1] So Jürgen Habermas, Die Idee der Universität - Lernprozesse, S. 71-99, in: ders.. Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt 1987.

Hindernisse ermessen, die dem Versuch eines ihnen entsprechenden Lernens heute entgegenstehen. Einen deutlichen Eindruck davon vermitteln nicht zuletzt die Erfahrungen, die Luhmann selber im Zusammenhang mit Universitäten gemacht hat. Auch damit haben es einige der hier zusammengestellten Aufsätze zu tun.

II

Gewiß ist die akademische Laufbahn dieses Soziologen kaum weniger außergewöhnlich als die wissenschaftliche Produktivität dessen, der sie durchlaufen hat und dadurch geprägt worden ist, mag auch das eine mit dem anderen nur wenig zu tun haben. Außergewöhnlich ist zum Beispiel der bevorstehende Endpunkt dieser Karriere, dem der künftige Emeritus mit der Gelassenheit eines Wissenschaftlers entgegensieht, der erst vor wenigen Jahren begonnen hat, den Ertrag einer jahrzehntelang fortgesetzten Theoriearbeit mit einer großen Publikation nach der anderen zu realisieren - und der damit noch lange nicht fertig ist.[2] In einem Alter, in dem auch die produktiven und originelleren Köpfe leicht zum Festredner der eigenen Erfolge werden, scheint Luhmann theoretisch erst ganz zu sich selber zu kommen. Außergewöhnlich sind jedoch schon die Anfänge dieser Karriere sowie einiges von dem, was sich an stabileren Merkmalen inzwischen herausbildete. Weder wie Luhmann an die Universität gekommen ist, noch was er dort erfahren hat, läßt sich ohne Gewaltsamkeit zum irgendwie Typischen stilisieren, aber das eine hängt mit dem anderen eng zusammen - und dieser Zusammenhang könnte informativ werden.

Luhmann ist auf keinem der direkten Zubringer an die Universität gekommen. Seine Befürchtung war, daß ihn die Existenzform des an Hochschulen tätigen Wissenschaftlers auf kreisförmige Bewegungen in einem engen Horizont des Immergleichen verweisen würde, und er suchte statt dessen das Weite. Daher ging er, paradox genug, nach dem Jurastudium in die öffentliche Verwaltung, wo er mit nachhaltigem Erfolg tätig

[2] Für die Fans: Umfangreiche Monographien über das Recht der Gesellschaft und über die Kunst der Gesellschaft stehen bevor.

wurde. Wer Niklas Luhmann kennt[3], wird es schwierig finden, sich vorzustellen, daß er damals ein typischer Beamter gewesen sein könnte. Um so leichter freilich läßt sich das Kopfschütteln seiner Vorgesetzten imaginieren, als der unprätentiös auftretende Hölderlinleser, dem man eine ganz unzureichende Erfahrung mit Landkreisen nachsagte, sich trotzdem als Profi erwies. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein wie immer gebrochenes Vertrauen des heutigen Soziologen in die Lernfähigkeit komplexerer Organisationen sich in dieser Zeit ausbildete. An Einzelheiten ist wenig bekannt, aber von einem seiner Nachfolger im Amte war zu erfahren, ihn hätten sämtliche Symptome dessen befallen, was von den Soziologen der Nachkriegszeit als Rebecca-Komplex bezeichnet wurde: Auf Schritt und Tritt stieß der neue Chef mit dem idealisierten Vorbild des alten zusammen, der all diese Innovationen eingeführt hatte: die französischen Automarken vor dem Haus und die moderne Malerei an den Wänden, den Gebrauch von Diktiergeräten zur Invisibilisierung von Formulierungsschwierigkeiten sowie eine längere Reihe von zunächst ganz unverständlichen, dann aber desto nachhaltiger wirksamen Erleichterungen der täglichen Arbeit. Auf diese Weise gelangte Luhmann relativ rasch bis in politische Bereiche der Ministerialbürokratie und damit vor die Frage, ob er Mitglied einer politischen Partei werden solle: Er entschied sich dagegen. Mobilität ist die Unabhängigkeitsform der Spezialisten und der Eliten, heißt es in einem späteren Aufsatz, und Luhmann war zu jener Zeit bereits im Besitz einer für ihn sinnvollen Alternative, die es ihm ersparte, zwischen der begrenzten Beweglichkeit des Parteilosen und einem eindeutiger politischen Engagement samt allen daran gebundenen Abhängigkeiten zu wählen. 1968 nahm er den Ruf an die damals noch gar nicht bestehende Universität Bielefeld an, wo er abgesehen von einigen Unterbrechungen durch ausländische Gastprofessuren bis heute geblieben ist. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, zu welcher Art von Einschätzung der neueren Universitätsentwicklung diese Abweichung von den institutionalisierten Mustern einer akademischen Laufbahn ihn disponiert haben muß, noch ehe theoretisches Urteil und

[3] Aber wer kennt Niklas Luhmann?

persönliche Erfahrung verstärkend hinzutraten: Während die Laien dem Wunderglauben an Hochschulreform erlagen, fand der Fachmann aus dem Staunen nicht wieder heraus. »Trotz dieser seltsam hochgetriebenen Komplexität kann das System existieren, weil es an Verantwortlichkeit für Nichtentscheiden fehlt und weil Hochschulangehörige bei allen Klagen über die Lasten der Selbstverwaltung kein Urteil darüber haben, wie effiziente Verwaltung aussehen würde« (S. 75).

III

Dem Konzept der Gruppenuniversität stand Luhmann von Anfang an mit großer Zurückhaltung gegenüber, und als er Mitte der siebziger Jahre um eine Stellungnahme zu ersten Auswirkungen gebeten wurde, fand er es schwierig, keine Satire zu schreiben: »Wabuwabu in der Universität« - unter diesem Titel hat er einige Proben aus der finsteren Empirie von Fakultäten festgehalten, die nach dem Vorbild des politischen Systems dazu übergegangen waren, Repräsentation nur noch in der Form von Interessenvertretungen vorzusehen, und darüber deutlich in die Gefahr gerieten, auf einen Satz von tribalen Verhaltensmustern zu regredieren. Theoretisch hatte Luhmann spätestens an der Professionssoziologie von Parsons gelernt, daß weder Markt noch Demokratie schrankenlos generalisierbare Konzepte sind. Seine Soziologie der Universität mag sich von derjenigen des Älteren erheblich unterscheiden, schon weil die Schärfe der Differenzierung von Gesellschaft und Organisation es verhindert, den Begriff der Institution samt allen durch ihn gebündelten Erwartungen an gesellschaftliche Rationalität ungebrochen zu perpetuieren (S. 90ff.). Aber was ihn mit Parsons verbindet, ist die auch heute noch selten vertretene Auffassung, daß nicht nur die Ökonomisierung, sondern auch die Demokratisierung der Universität nur um den hohen Preis einer Entdifferenzierung zu haben ist.[4] Nicht weniger suspekt als eine Praxis von Hörergeldern, die sich an der Erzählung vom Kunden als König orientiert, ist

[4] Talcott Parsons, Die amerikanische Universität, Frankfurt 1991, sieht die Primärfunktion der Universität in ihrem Beitrag zur Erhaltung latenter Strukturmuster des Sozialsystems und gelangt von dort aus zur Auszeichnung der graduate-Ausbildung unter Einschluß von Forschung als »Kernbereich« der Universität sowie zu

ihm die expansive Semantik der Betroffenheit, die schließlich dahin führt, daß die Verantwortung für Strukturentscheidungen auf eine Vielzahl von Kommissionen aufgeteilt wird und in dieser Form dann nicht mehr zu aktualisieren ist.

Dabei war Luhmann keineswegs ein Anhänger der Ordinarienuniversität - und unfeierlich, wie er nun einmal ist, hätte er wohl auch im Talar keine besonders überzeugende Figur gemacht. Nur sah er wie immer die Problemzusammenhänge in etwas anderer Dimensionierung und weniger von den zu realisierenden Wertbeziehungen her als im Hinblick auf funktionale Interdependenzen. Er war der Meinung, daß es für das seinerzeit erfolgreich dramatisierte Problem der Vernutzung des persönlich zugeordneten Assistenten auch eine weniger einschneidende Lösung primär rechtlicher Art gegeben hätte. Und zu den Kosten eines statt dessen beschrittenen Weges der Depersonalisierung rechnet er heute, daß es für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in allen unwahrscheinlicheren Fällen an jenen Ressourcen fehlt, die das akademische Amt klassischen Zuschnitts dem Professor immerhin geboten hatte: »Wenn man sich den Prototyp des jungen Mannes vorstellt, der früher mal deutscher Professor wurde, sieht man sofort: diese Leute kommen nicht mehr durch.« (S. 112) Während die hochschulpolitischen Erfolge der Studentenbewegung in eine Zeit des raschen Ausbaus der Universitäten fielen und dadurch von Strukturproblemen der Nachwuchsförderung generell eher ablenkten, liegt das Thema heute gerade in der Perspektive einer jüngeren Generation auf der Hand. Mit unzeitgemäßen Positionen wie dieser hat Luhmann auch in der eigenen Universität nur wenig Verständnis gefunden.

IV

In der Soziologie der Universität hatte man immer schon betont, daß die Reputation des Wissenschaftlers hier in notwendigem Privatbesitz verbleibt und nicht nach dem Paradigma anderer Wirkungsmittel in die Verfügung der Organisation überführt

der These, daß weder die Bürokratie noch die Demokratie noch der Marktmechanismus einen adäquaten Zugang zum Verständnis der Universität bieten, die vielmehr von der Kollegialverwaltung her zu beschreiben sei.

werden kann. Aber vor der Gruppenuniversität schien das Verhältnis ein anderes gewesen zu sein als nach der Gruppenuniversität. Luhmann jedenfalls hat es schon relativ früh als eine der gravierenden Folgen der Reformbewegung gesehen, daß »Reputation nicht mehr als Macht für, sondern tendentiell eher als Macht gegen die eigene Institution gebraucht wird: als relative Unangreifbarkeit, als Ausweichvermögen oder als Fähigkeit, öffentlich Klage zu führen« (S. 32f.). Auf den damit bezeichneten Wegen suchte Luhmann nach einem für ihn erträglichen Kombinationsniveau von exit, voice und loyalty, um es in den Begriffen von Hirschman zu formulieren. Er wußte die ungewöhnliche Größe einer soziologischen Fakultät zu schätzen, die dem Provinzialismus gleich welcher Herkunft und Terminologie keinerlei Chancen bot, und nicht weniger sichtbar als sein Vergnügen an den Interaktionsturbulenzen der Lehre, das es wohl immer schon gab, war jedenfalls in den letzten Jahren auch das an der Diskussion mit Kollegen. Aber aus dem Dschungel der Sitzungen und der Satzungen zog er sich zurück, sobald er den Eindruck gewann, ohne unvertretbaren Aufwand sei auf vertretbare Ergebnisse nicht mehr zu hoffen. Das geschah übrigens weniger häufig, als vielfach angenommen wird, aber es kam vor. Doch waren andere Möglichkeiten außerhalb der eigenen Universität so eindeutig vorhanden, daß man ihm dies nach Art einer tolerierten Abweichung nachsehen mußte.

Daneben gab es ein für Außenstehende nahezu unbegreifliches Ausmaß an Einflußlosigkeit. Amerikanische Übersetzer und koreanische Doktoranden konnten sich nicht genug darüber wundern, wie strapaziös es für einen Wissenschaftler dieses Formats war, sich innerhalb der eigenen Fakultät auch nur ein Minimum an Gehör zu verschaffen, selbst wenn es um Bagatellsachen wie die Bewilligung von Hilfskraftstellen ging, und schon wer aus Frankfurt kam, hatte in mehr als nur einer Hinsicht umzulernen, ehe er sich unter den veränderten Bedingungen zurechtfand: Der Name war zwar bekannt, aber er öffnete keine Türen; man konnte ihn erwähnen, aber man konnte nicht absehen, welche Wendung die Angelegenheit daraufhin nehmen würde. Mit einer naheliegenden Interpretation könnte man diese Einflußlosigkeit auf jene Strategie des begrenzten Absentismus zurückführen. Aber das wäre mit Sicherheit zu einfach, schon weil da-

für ein linearer Zusammenhang zwischen der Dosierung des eigenen Engagements und dem Nettoertrag an Arbeitserleichterung und an legitimiertem Zugriff auf knappe Ressourcen fingiert werden müßte, den es nicht gibt und den es auch nicht geben sollte, solange man nicht die Selbstreferenz der Selbstverwaltung nach dem Muster der Selbstbedienung versteht. Will man vom Stellenwert sehr persönlicher Erfahrungen absehen[5], könnte man die Frage stellen, ob hier nicht ein noch zu entdekkendes Strukturproblem vorliegt. Es mag eine Übertreibung sein, wenn man von Selbstverwaltung als Beruf spricht: Aber offenbar ist es nur wenigen möglich, sich auf dem undurchsichtigen Terrain mit einem hinreichenden Anteil an Erfolgserlebnissen zu bewegen, und man gewinnt den Eindruck, daß die Fähigkeit dazu mit einem stärkeren Engagement in Forschung und Lehre heute noch weniger kompatibel ist als ehedem.

Luhmann hat nie das Dekanat übernommen, weil er die Bereitschaft dazu an die Durchführung bestimmter Reparaturen knüpfte, die von anderen als Sabotage an den Errungenschaften der Revolution verstanden wurden. Und er hat auch ohne jede Unterstützung durch wissenschaftliches Personal[6] eine Produktivität entfaltet, an der die eingelebten Anspruchsniveaus kollabieren müßten, würde nicht das Erstaunliche daran durch eine Arbeitsmoral der unverlangbaren Höchstleistung auf den für andere unverbindlichen Sonderfall reduziert. Nichts davon wird bedauern können, wer lediglich auf die Entwicklung des Wissens abstellt. Urteilt man dagegen von der Universität her, gewinnt man eher den Eindruck, daß ihr durch den Ausfall gerade dieser Stimme eine größere Menge an durchaus konstruktiven Anregungen verlorengegangen sein muß. Über die Zusammensetzung dieser Menge mögen künftige Archäologen befinden oder nicht befinden, aber daß es kein Verlust gewesen sei, wird man

[5] Die Luhmann vor Augen haben mag, wenn er von Demobürokratien spricht, die man daran zu erkennen habe, daß sie ihre Versprechungen nicht halten - wie immer unbetroffen als Sachbefund, als Aussage zum Thema und ohne jeden Anklang von Bitterkeit das auch formuliert sein mag.

[6] Der Assistent, den es in den letzten Jahren dann doch gab, bestätigt hiermit, daß er abgesehen von der Entdeckung einiger Tippfehler keinen Anteil an der Herstellung der in dieser Zeit publizierten Manuskripte oder an irgendeiner anderen der auf Luhmann zurechenbaren Leistungen hatte.

schon in Ansehung der hier versammelten Stellungnahmen nicht gut behaupten können.

Aufgenommen wurden zunächst eine Reihe von Texten, die sich unmittelbar mit den Themen von Studentenbewegung und Hochschulreform befassen. In einer zweiten Gruppe von Texten ist die Universität in eher indirekter Weise präsent, nämlich als eine undurchdringliche Gemengelage von teils hinderlichen, teils unerwartet förderlichen Beschränkungen beim Aufbau einer allgemeinen Theorie. Einem dritten Komplex von Aufsätzen zur aktuellen Situation der Hochschulen wurde ein Interview zu einigen Themen des Bandes hinzugefügt, in dem Rudolf Stichweh und ich die Fragen stellten. Am Ende stehen Texte, die es mit Perspektiven für soziologische Aufklärung zu tun haben.

Bielefeld, im Juni 1992

André Kieserling

Status quo als Argument

Der studentische Protest nimmt Anstoß am Status quo. Das Ärgernis mag verschiedene Anlässe haben. Es mag seine Formen der Darstellung wechseln und die Distanzierung durch aggressive Rhetorik, durch auffällig-selektiven Konsum des Unüblichen oder durch Gegenorganisation ausdrücken. Die Ziele der Kritik werden nicht selten System oder Herrschaft oder Establishment genannt. Diese Begriffe tragen natürlich nicht weit. Sie haben, übrigens nicht nur bei Studenten, eine Symbolfunktion übernommen, die eine genauere Artikulation unterbindet. Sie sollen nicht genau gemeint sein. Sie sollen treffen. Man kann bei solchem Befund die Diskussion mit gutem Recht achselzuckend beenden und abwarten. Man kann für jene Vehemenz und Unartikuliertheit der Bewegung Erklärungen suchen, welche deren Aussagen in ihrer Verursachung, nicht aber in ihrer Gültigkeit erläutern: Psychologische oder soziologische Eigentümlichkeiten der Jugend, vielleicht einer allzu verlängerten Jugend, ließen sich als Gründe angeben; oder strukturell notwendige Widersprüche zwischen Verheißung und Erfüllung im sozialen System, oder blockierte Karrieren, oder Statusangst, oder was immer. Solche Erklärungen mögen richtig sein. Es mag zutreffen, daß bei Fehlen dieser Gründe es nicht zu der Bewegung gekommen wäre. Aber die Richtigkeit der Erklärung besagt noch nichts über die Wahrheit oder Unwahrheit der Anklage. Mit solchen Erklärungen bliebe man für die Blicke der Prostestierenden »im System«. Psychologische oder soziologische Enttäuschungserklärungen dienen in der Tat, wie gerade eine Systemtheorie zeigen könnte, der Stabilisierung des herrschenden Normengefüges. Sie gehen davon aus, daß richtig erwartet, aber falsch gehandelt wurde, und je verständlicher die Gründe für das abweichende Handeln werden, desto weniger wird es nötig, die Erwartungen selbst in Zweifel zu ziehen. Aber die Frage nach dem Recht der gegebenen Ordnung, so zu sein, wie sie ist, ist nun einmal gestellt. Man kann sie aufnehmen und diskutieren. Ist der Status quo ein Argument? In welchem Sinne und in welchen Grenzen? Und für welche Art von Gesellschaft?

II

Bevor wir das Argument aus dem Status quo ernsthaft prüfen, müssen zwei Problemauffassungen abgewehrt werden, die nicht mehr aktuell sind, die uns aber den Blick auf das Thema verstellen könnten: Es geht nicht um Tradition und auch nicht um Traditionalismus.[1] Die Ordnung, die in Frage zu stellen Studenten sich anschicken, ist weder traditional orientiert noch traditionalistisch legitimiert. Und das ist auch nicht gemeint, wenn die etablierten Mächte herausgefordert werden.

Es wäre freilich oberflächlich, den gesuchten Unterschied zwischen traditionaler oder traditionalistischer Orientierung und dem Prinzip des Status quo mit dem von Vergangenheit und Gegenwart zu verquicken. Die Kontrastierung wäre zu scharf. Alles Denken und Handeln ist an eine sinnhafte Orientierung gebunden, die in der Gegenwart aktuell geleistet werden und sich durch Übernahme von Geschichte entlasten muß. Vergangenes muß zugrunde gelegt werden, darin sind Tradition und Status quo funktional äquivalent. Der Einbau von erinnerter Geschichte in die Orientierungsstruktur ist aus anthropologischen Gründen unvermeidlich. Das menschliche Potential für Aufmerksamkeit ist gering und im wesentlichen konstant vorgegeben. Der Mensch kann nur wenige Veränderungen zugleich im Blick behalten und gegeneinander abwägen. Daher ist es nicht möglich und wird nie möglich sein, im strengen Sinne alles auf einmal zu ändern. Jede Änderung muß Bestehendes voraussetzen, sich in Bestehendes einfügen, sich mit Bestehendem abstimmen oder abfinden - und sei es nur, um es nachher ebenfalls zu ändern. Der Unterschied liegt nicht in dieser Zwangslage, sondern darin, wie man sie begreift.

Traditional orientiert man sich, wenn und soweit man in der Zukunft keine anderen Möglichkeiten sieht als in der Vergan-

[1] Die Unterscheidung dieser beiden Begriffe ist seit Kar] Mannheim, Das konservative Denken, in: Archiv für Sozialwissenschaft 57 (1927), S.68-142, 470-495, der sie »Traditionalismus« und »Konservativismus« nannte, üblich geworden. Sie stellt auf das Kriterium der Reflektiertheit des Legitimitätsprinzips ab. Siehe ferner Bert F. Hoselitz, Tradition and Economic Growth, in: Ralph Braibanti/Joseph J. Spengler, Tradition, Values and Socio-Economic Development, Durham N. C. 1961, S. 83-113, S.85f.; Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservativismus, in: Festschrift Friedrich Lenz, Berlin 1961, S. 13-59, S. 15f.

genheit. Dann hat die Zukunft zwar nicht in ihren Ereignissen, aber in ihren Strukturen den Charakter einer über die Gegenwart hinaus verlängerten Vergangenheit. Zweifel über die Zukunft können mit Hilfe der Vergangenheit entschieden werden. Die tradierte Geschichte symbolisiert dann das Gute und Richtige.

Diese Einstellung kann, sobald die Struktur der Gesellschaft andere Möglichkeiten für die Zukunft in Aussicht stellt, nur noch durch ein Werturteil aufrechterhalten werden. Man behauptet dann einen Eigenwert des Vergangenen und stuft diesen Wert im Verhältnis zu anderen mehr oder weniger[2] hoch ein. Als Wert genommen garantiert die Tradition die Zukunft nicht mehr, aber sie gibt eine Vorzugsregel an im Sinne der Bewahrung des Bestehenden oder der Wiederholung des Vergangenen, nach der man über die Zukunft entscheiden soll. Solches Denken ist traditionalistisch oder konservativ kraft Wertsetzung.

Es darf vermutet werden, daß traditionales wie auch traditionalistisches Denken an Gesellschaftsstrukturen gebunden sind und einen bestimmten Grad gesellschaftlicher Komplexität voraussetzen. Traditional sich einstellen kann man nur, wenn die Struktur der Gesellschaft keine andere Zukunft in Aussicht stellt, wenn also ins Technische umsetzbare Wissenschaft, positive Gesetzgebung, strukturverändernde politische Revolutionen, sichtbar ansteigende Produktivitätsraten usw. fehlen. Lassen sich solche Änderungsmöglichkeiten nicht mehr leugnen, kommt allenfalls noch traditionalistisches Denken in Betracht. Aber auch dieses hat seine Komplexitätsgrenze. Mit steigender Komplexität, Differenziertheit und Variierbarkeit wird das Wertgefüge einer Gesellschaft vielfältig und opportunistisch. Damit sinken die Chancen der Tradition, als Wert sich durchzusetzen, und jene Werte gewinnen laufend die Oberhand, die aktuelle Systemprobleme repräsentieren. Das Bewahren des Alten muß sich dann auf relativ konfliktfreie Gebiete zurückziehen:

[2] Dies »mehr oder weniger« wird oft übersehen und führt dann zu absurden oder doch ungerechten Vorwürfen gegen konservatives Denken. Dem Konservativen darf nicht unterstellt werden, daß er das Gewesene als absoluten oder höchsten oder einzigen Wert ansieht. Bezeichnend ist vielmehr, daß er Gewesenes - einen an sich doch wertneutral begreifbaren Sachverhalt - überhaupt als Wert sieht und in ein notwendigerweise pluralistisches Wertgefüge einordnet.

Man kann bei Kerzenlicht dinieren und Kirchen auf Romanik rückrestaurieren. Eine durchgehende Einstellung zu Wertkonflikten läßt sich auf konservativer Basis nicht mehr verwirklichen.

Unter den angegebenen Bedingungen hoher gesellschaftlicher Komplexität wird opportunistisch fluktuierende Werteverwirklichung möglich und notwendig. Tradition und Traditionalismus haben als Symbol und als Wert dann ausgedient. Die Notwendigkeit aber bleibt, bei allem, was man tut, mit dem Bestehenden Geschichte zu übernehmen. Die Frage ist nur, wie diese Notwendigkeit jetzt angemessen begriffen werden kann.

III

Es scheint, daß ein neuartiger Konservativismus wider Willen, ein Konservativismus aus Komplexität, sich als Lösung anbietet. Er benötigt keinen ontischen und keinen wertmäßigen Primat der Vergangenheit mehr. Er vertritt weder Wahrheit noch Werte. Er ist daher in solchen Prämissen nicht angreifbar. Er schließt keine Änderungen mehr aus und kann einen vollständigen Relativismus aller Werte konzedieren. Sein Argument ist nur, daß für grundlegende strukturelle Verbesserungen die Rechenkapazitäten nicht ausreichen.

Drei Beispiele aus verschiedenen Disziplinen mögen zunächst verdeutlichen, wie diese Einstellung sich im wissenschaftlichen Denken ausnimmt:

1. Nachdem der klassische Utilitarismus an der Frage der kollektiven Rationalität gescheitert war, bietet die Theorie der graduellen (incrementellen) Verbesserung die heute wohl überzeugendste Lösung des Problems der sozialen Wohlfahrt an.[3] Der Grundgedanke lautet, daß eine »synoptische« Planung der Wirtschaft zu schwierig sei und namentlich bei stark differenzierten Wertstrukturen keine Garantien für Fortschritt ergäbe. Es bleibe nur die Möglichkeit, vom Status quo auszuge-

[3] Vgl. vor allem Robert A.Dahl/Charles E.Lindblom, Politics, Economics and Weifare, New York 1953, insbes. S.82ff.; David Braybrooke/Charles E.Lindblom, A Strategy of Decision: Policy Evaluation as a Social Process, New York-London 1963; Charles E.Lindblom, The Intelligence of Democracy: Decision MakingThrough Mutual Adjustment, New York-London 1965.

hen und kleine, »pareto-optimale« Verbesserungen zugunsten spezifischer Interessen zu suchen.[4] Die Fortschritte sind dann klein, deshalb leichter kalkulierbar und gegebenenfalls in ihren Folgen korrigierbar. Der Status quo braucht nicht begründet zu werden, es sei denn als unentbehrliche Rechnungsvereinfachung. Niemand kann ihn in allen Hinsichten in Variable auflösen und überprüfen, weil das in unermeßliche Rechenschwierigkeiten führen würde. In jeder spezifischen Hinsicht läßt man jedoch die Formulierung von Änderungswünschen zu, die dann nicht mit allen anderen Möglichkeiten, sondern nur mit dem Status quo selbst verglichen werden müssen. Die Rechnungsvereinfachung kommt also gerade dem zugute, der Änderungen zu legitimieren wünscht.

Ein konservativer Grundzug dieser Strategie, der oft vermutet wird[5], kann demnach nicht ohne Einschränkungen behauptet werden. Im Täglichen mag sie sogar dynamisierend wirken. Das Problem steckt mehr in der Frage, ob sie sich eignet, auch strukturelle Änderungen zu planen und, was vielleicht noch wichtiger ist, auf ungeplante strukturelle Änderungen der Gesellschaft zu reagieren.[6]

2. Was Charles Lindblom für wirtschaftliche Zwecksetzungen behauptet, vertritt Martin Kriele im Bereich der Rechtspolitik.[7] Auch Kriele sieht den Fortschritt im Recht in einer

[4] Nichts anderes gilt im übrigen für die sog. Planwirtschaft. Auch sie muß, wie jede Budgetierung, in der Planung von den Soli- und Ist-Zahlen der Vorperiode, also vom Status quo, ausgehen. Methoden der umfassenden jährlichen Neubudgetierung mit Abwägung aller Möglichkeiten gegen alle haben sich nicht einmal für den Staatshaushalt entwickeln lassen. Siehe dazu Aaron Wildavsky, The Politics of the Budgetary Process, Boston-Toronto 1964, und für das Scheitern eines unüberlegten Versuchs Aaron Wildavsky/Arthur Hammond, Comprehensive Versus Incremental Budgeting in the Department of Agriculture, in: Administrative Science Quarterly 10 (1965), S. 321-346.

[5] Vgl. Randall B. Ripley, Interagency Committees and Incrementalism: The Case of Aid to India, in: Midwest Journal of Political Science 8 (1964), S. 143-165; James D. Barber, Power in Committees: An Experiment in the Governmental Process, Chicago 1966, S. 44.

[6] Unter dem letzteren Gesichtspunkt stimmen die Ergebnisse von Frieder Naschold, Kassenärzte und Krankenversicherungsreform: Zu einer Theorie der Statuspolitik, Freiburg 1967, kritisch.

[7] Siehe Martin Kriele, Theorie der Rechtsgewinnung entwickelt am Problem der Verfassungsinterpretation, Berlin 1967, insbes. S.262ff. Vgl. auch ders., Gesetz-

schrittweise vorgehenden Verbesserung vernünftiger Problemlösungen unter Bewahrung des schon Erreichten. Auch für ihn ist kein Einzelmoment der überlieferten Rechtskultur gegen Überprüfung und Kritik gefeit und im übrigen kritisches Temperament und rechtspolitisches Interesse bezeichnend. Und gerade der Realismus des Verbesserungswillens führt ihn, wie Lindblom, dazu, Gesamtüberprüfungen wegen der Grenzen des Überblicks für unsinnig, ja für gefährlich zu halten.

3. Anderes Aussehen, aber gleichen Charakter hat der vieldiskutierte »konservative Bias« von Talcott Parsons. Hier liegt die zum Vergleich berechtigende Entscheidung in der Einschränkung der allgemeinen Theorie des Aktionssystems auf strukturell-funktionale Theorien. Parsons setzt damit für die Einzelanalysen Systemstrukturen voraus, die er nicht hinterfragt, sondern zum Bezugspunkt funktionaler Analysen macht. Deren Thema ist dann die Erhaltung strukturierter Systeme. Parsons sieht in dieser Entscheidung eine bewußte Beschränkung der Thematisierung von Variationsmöglichkeiten, die theoretisch nicht zu rechtfertigen, aber wegen Überkomplexität der Möglichkeiten vorläufig nicht zu vermeiden ist.[8] Insofern wird auch er widerwillig konservativ unter dem Druck übermäßiger Komplexität der ins Auge gefaßten Variationsmöglichkeiten.[9]

prüfende Vernunft und Bedingungen rechtlichen Fortschritts, in: Der Staat 6 (1967), S. 45-60. Daß diese Parallelentwicklung von Lindblom offenbar unabhängig ist, bestätigt die These einer naheliegenden Tendenz, so zu denken.

[8] Vgl. Talcott Parsons, in: Max Weber, The Theory of Social and Economic Organization, New York 1947, Introduction, S. 20f.; ders., The Social System, Glencoe III. 1951, S. 19ff. Siehe aber auch die distanziertere Stellungnahme in: ders., Die jüngsten Entwicklungen in der strukturell-funktionalen Theorie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 30-49.

[9] William C. Mitchell, Sociological Analysis and Politics: The Theories of Talcott Parsons, Englewood Cliffs N. J. 1967, S. 171 ff., faßt nach einer sorgfältig abwägenden Erörterung des angeblichen Konservatismus bei Parsons seinen Eindruck sehr bezeichnend dahin zusammen, daß Parsons nicht aus Neigung oder Vorurteil konservativ sei, sondern durch Ansatz und Komplexität seines Denkens zu konservativen Stellungnahmen geführt werde. Auch hier fehlt also deutlich das engagierte Wertvorurteil zugunsten geschichtlich gewordener Ordnung. Mit Ausarbeitung der neueren Evolutionstheorie - siehe Talcott Parsons, Societies: Evolutionary and Comparative Perspectives, Englewood Cliffs N.J. 1966 - wird das vollends deutlich.

Ähnliches gilt für die meisten Varianten der funktionalistischen Systemtheorie. Das vielleicht typischste Merkmal des Funktionalismus ist das Ausgreifen in bisher unerfaßbare Komplexität: Nicht nur Funktionen, sondern auch Dysfunktionen, nicht nur manifeste, sondern auch latente Funktionen und Dysfunktionen werden thematisiert; nicht nur eine, sondern mehrere funktional äquivalente Problemlösungen kommen in Betracht, so wie umgekehrt konkrete Strukturen oder Prozesse typisch mehrere Funktionen und Dysfunktionen haben. Dazu kommt das Konzept einer Vielheit von Problemen, die in jedem System zu lösen sind und widerspruchsvolle Anforderungen stellen, und ferner die Möglichkeit, die Systemreferenz der Analyse zu wechseln. Mit alldem wird Komplexität in einem Ausmaß anvisiert, dem weder Theorie noch Methode bisher gewachsen sind. Und deshalb findet sich auch hier jener unfreiwillige Konservativismus aus Komplexität.

Für nahezu alles, was ist, lassen sich systemerhaltende oder problemlösende Funktionen angeben. Das rechtfertigt das Bestehende nicht.[10] Aber daraus folgt, daß eine Änderung des Bestehenden nur sinnvoll ist, wenn dem zu Ändernden in all seinen Funktionen äquivalente Leistungen substituiert werden können. Änderung hat hier die Form eines mühsamen Abtausches von Leistungen. Dabei ist die Grundeinstellung keineswegs konservativ, sondern gerade kritisch. Alle Strukturen und alle gewählten Problemlösungen haben auch dysfunktionale Folgen.[11] Aber Dysfunktionen sind mit jeder Struktur gegeben, also für sich allein noch kein Änderungsgrund. Sie müssen zunächst als Fol-

[10] Der teleologische oder werthafte Funktionalismus, der solche Rechtfertigungen geben zu können meinte, ist längst überwunden. Siehe z. B. Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure, 2. Aufl., Glencoe III. 1957, S. 37ff., S. 54; Marion J.Levy, The Structure of Society, Princeton N.J. 1952, S.52ff.; Harry M.Johnson, Sociology, New York 1960, S.77; Ernest Nagel, The Structure of Science, New York 1961, S. 532. Die gegenteilige Auffassung »if a thing has a >function< it is good or at least essential« (so Gunnar Myrdal, An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy, 2 Bde., New York-London 1944, S. 1056) wird nur polemisch von Gegnern des Funktionalismus vertreten und ist eine ungerechtfertigte Unterstellung.

[11] Hier hängt sich denn auch vielfach das Argument ein, daß der Funktionalismus durchaus in der Lage sei, sozialen Wandel zu thematisieren. Siehe statt anderer Merton, a.a.O., S.53.

geprobleme der Strukturentscheidung behandelt, kleingearbeitet und schließlich gelöst werden.[12] Strukturänderungen wären nur dann gerechtfertigt, wenn eine neue Lösung die Last der Folgeprobleme verkleinern und die Struktur in all ihren Funktionen ersetzen könnte.

IV

Es wäre voreilig und allzu akademisch, die Welle studentischer Proteste als unmittelbare Reaktion auf solche Theorien anzusehen. Die Theorie aber ist ein treffender Ausdruck jener hochkomplex gegebenen Ordnung, gegen die rebelliert wird, und sie kann daher zum Verständnis der Wirklichkeit und der Opposition zugleich dienen.

Die politischen und die akademischen Institutionen, an denen der Zorn sich entzündet, beziehen ihre Stabilität nicht mehr aus der Vorstellung unwandelbaren Seins, das keine andere Möglichkeit vorsieht, und nicht mehr aus der Annahme von Werten, die ihre Träger binden und zum Überzeugen befähigen. Ihre Stabilität beruht, dem Denken ebenso wie der praktischen Handhabung nach, auf der Tatsache, daß Änderungen möglich, aber schwierig sind. Und das ist ein technisches, insofern überzeugendes, und doch aufreizendes Argument. So liegt die Vermutung nahe, daß die Studentenbewegung auf diesen Konservativismus aus Komplexität aufläuft und an ihm ihr Schicksal finden wird. In der Wirklichkeit nimmt sich, das muß mitgesehen werden, dies Problem um einiges dringender aus als in der Theorie. Der Konservativismus verstärkt sich aus Sicherheitsgründen. Der Status quo wird moralisiert, durch wirksame Mechanismen der Absorption von Protesten geschützt und zugleich so weit in Bewegung gehalten, daß fast jede Kommunikation sich funktional einbauen läßt. Zu den strukturellen und moralischen Grundlagen einer solchen Gesellschaft sind einige Bemerkungen erforderlich.

[12] Zur Stabilisierung eines Systems durch Institutionalisierung seiner Dysfunktionen vgl. Michel Crozier, Le phénomène bureaucratique, Paris 1963. Auch Helmut Schelsky, Über die Stabilität von Institutionen, besonders Verfassungen: Kulturanthropologische Gedanken zu einem rechtssoziologischen Thema, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 3 (1952), S. 1-21, S.8, nennt als eine der Bedingungen der Stabilität von Institutionen, »daß die sich aus jeder Institution ergebenden Folgebedürfnisse jeweils ihre neue institutionelle Lösung finden«.

Im hochkomplexen, funktional differenzierten und folglich stark interdependenten Leistungsgefüge der modernen Gesellschaft müssen hohe Beliebigkeiten institutionalisiert werden in Form der Positivierung des Rechts, der Mobilisierung politischer Unterstützung, der Verwissenschaftlichung der Wahrheit, der Monetisierung des Wirtschaftens, der Passionierung der Liebe, der Verinnerlichung des Glaubens, der thematischen Freigabe der Kunst, und so weiter. In weitem Umfange entfällt damit die gesamtgesellschaftliche Kontrolle selektiver Entscheidungen; sie wird an funktional-spezifische Teilsysteme delegiert. Dadurch wird Sicherheit ein zentrales Problem, und zwar in ganz neuartiger Form: nicht als Schutz vor Rechtsbruch und Gewaltsamkeit, sondern als Schutz vor gesellschaftlich zulässigen Selektionen anderer. Das ist der Hintergrund, vor dem sich der Status quo als die neue Sicherheitsformel bewährt und daher als Summe unantastbarer Errungenschaften institutionalisiert und zu einer moralischen Größe ausgebaut wird. Das kann rechtsförmig geschehen, aber auch faktisch durch Verschärfung des Begründungs- und Kompensierungszwanges bei allen belastenden Veränderungen. Der Status quo hat die Vermutung rechtlicher Geltung, zumindest faktischen Konsenses hinter sich. Die Erhaltung des Status quo ist die Grundlage, auf der das Verhandeln über seine Modifikation beginnt. Es bedarf einer Krise, die sich von selbst einstellen, die aber auch künstlich geschaffen werden kann, um jenes Prinzip abzuschwächen und es als Konsensbasis zu ersetzen durch Berufung auf eine Notlage.

Formeln wie der Status quo, die unfaßliche Komplexität ausgrenzen, dienen zugleich als Grundlagen der Angstbewältigung und definieren damit die moralische Qualität der Gesellschaft. Das innere Wissen, gut zu handeln, reicht zur Angstdämpfung nicht mehr aus, wenn hohe, nahezu beliebige Komplexität von Welt und Gesellschaft institutionalisiert sind und in der Gesellschaft abgearbeitet werden müssen. Das ändert auch den Stil, in dem das alteuropäische Denken und Handeln Institutionen und Freiheit ethisch aufeinander bezog. Das »gute Leben«, das Ziel der alteuropäischen Politik, wird jetzt in der erwartbaren Teilhabe an kleinen Verbesserungen und in der Versicherung gegen Abwärtsentwicklungen gesucht. Dem muß die Gesellschaft durch ihre Strukturen und Mechanismen Rechnung tragen.

Zwei dieser Mechanismen tangieren die studentische Opposition im besonderen: Einrichtungen zur Absorption von Protesten[13] und zur Bindung von Einfluß an Sozialisierung.[14] An Gelegenheiten zur Anmeldung und Vertretung von Änderungswünschen fehlt es nicht. Der Student findet sich eingeladen zur Formulierung von Kritik, zur Bildung und Benutzung repräsentativer Vertretungen, zur Einlegung von Rechtsmitteln, zum Eintritt in politische Parteien - zu all den Ermüdungsläufen im System. Das System sperrt ihn nicht aus. Es gibt sich änderungsbereit. Aber die Offerten sind mit dem Angebot von Rollen verbunden, in denen der Status quo, die allgemeine Reduktion der Komplexität, anerkannt werden muß. Der Protest muß dann in verhandlungsfähige Ziele umgemünzt, die Rhetorik des Systems muß übernommen, das Errungene muß zementiert werden. So kann der Student den Anschluß an die moralische Basis der Gesellschaft gewinnen, wenn er die Einigungsformel akzeptiert, die Unberechenbares ausgrenzt.

Weniger formalisiert, aber nicht weniger einschneidend sind die Bedingungen der Teilnahme am politischen Leben und an der öffentlichen Meinung, jedenfalls dann, wenn man Ziele verfolgt. Im Augenblick scheint den Studenten eine aufmerksame Presse zu folgen, und das ist viel wert. Das heißt aber noch nicht, daß ihnen auch die Kreation politischer Themen glückt. Es kann zum Beispiel sein, daß sie das Thema der »Autorität des Ordinarius« in Gang bringen wollen, ihnen aber nur das Thema »Studentenunruhen« gelingt. Auch für dieses Spiel der Bildung und laufenden Betreuung politischer Themen ist ein Sicheinlassen auf Systembedingungen unerläßlich und ein absorbierendes

[13] Zu diesem Begriff und den damit gemeinten Institutionen sind nützlich: Amitai Etzioni, A Comparative Analysis of Complex Organizations: On Power, Involvement, and Their Correlates, New York 1961, S.246ff.; Clark Kerr/John T.Dunlop/Frederick H. Harbison/Charles A. Myers, Industrialism and Industrial Man: The Problems of Labor and Management in Economic Growth, Cambridge Mass. 1960, S.6, 30, 194ff.; Neil J. Smelser, Theory of Collective Behavior, New York 1963, insbes. S.231 ff.; Ruth Leeds, The Absorption of Protest: A Working Paper, in: William E. Cooper/Harold J. Leavitt/Maynard W. Shelly II (Hrsg.), New Perspectives in Organization Research, New York- London-Sydney 1964, S. 115-135.

[14] Hierzu einige treffende Bemerkungen bei Samuel P. Huntington, Political Development and Political Decay, in: World Politics 17 (1965), S. 386-430, insbes. S. 402, der ebenfalls Komplexität als die Grundvariable ansetzt.

Maß an Kenntnissen und Kontakten Erfolgsbedingung. Daran zeigt sich, daß jede ernsthafte Beteiligung an den Selektionsprozessen der Gesellschaft zur Übernahme von Komplexität zwingt und daß dies nicht nur Anschluß an den Status quo, sondern in beträchtlichem Umfange auch Arbeit und Organisation fordert. Dafür rüstet den Studenten seine Rolle nicht aus.

Der Status quo ist also ein Argument. Das einzusehen, ist aber nicht das Ende, sondern der Anfang der Kritik. Das Argument gilt nämlich aufgrund einer erkennbaren Funktion, und an dieser Funktion kann der Status quo mit alldem, was er jeweils einschließt, gemessen werden.

Allen Formen der Übernahme von Geschichte als Handlungsgrundlage lassen sich Möglichkeiten der Kritik zuordnen. Traditionalen Orientierungen gegenüber gibt es Strategien der Entdeckung anderer Möglichkeiten. Wenn die Alten auf ihre Erfahrungen pochen, können die Jungen versuchen, die Probleme ausfindig zu machen, die damit gelöst werden und das Hergebrachte und Bewährte dem Vergleich mit anderen Möglichkeiten aussetzen.[15] Traditionalistischen Legitimationsversuchen gegenüber gibt es die Strategie des Wertepluralismus: Man kann zeigen, daß auch andere Werte als der des So-gewesen-Seins beachtlich sind und den Konservativen mit seinen eigenen Inkonsequenzen konfrontieren. All diese Formen sind nicht inaktuell, aber gegenüber einem Konservativismus aus Komplexität reichen sie nicht aus. Hier ist die Kritik in Gefahr, offene Tore einzurennen und sich dann im gleichen Irrgarten der »decision trees« müdezulaufen.

Dem entspricht, daß es in unserer hochkomplexen Gesell-

[15] Eine ähnliche Unterscheidung von (konservativer) Wertorientierung und Problemorientierung oder von Erfahrungsorientierung und Problemorientierung haben empirische Untersuchungen der Organisationssoziologie zutage gefördert. Siehe Heinz Hartmann, Authority and Organization in German Management, Princeton N.J. 1959; Friedrich Weltz, Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern, Stuttgart 1964, insbes. S. 72ff. Sowohl Wert- als auch Erfahrungsorientierung sind dabei rahmenabhängig, relativ konkret, alternativenarm und konservativ, Problemorientierung ist dagegen funktional, einseitig-spezifiziert, substitutionsbereit, umweltoffen, aber zumeist der vollen Komplexität konkreter Situationen nicht gewachsen.

schaft für nahezu alles sinnvolle Handeln einen Platz und eine Funktion geben könnte. Auch der Protest und die regelmäßig sich wiederholenden Krisen haben ihre Funktion für die periodische Entdogmatisierung und Neuanpassung des Systems. Sie ändern die Strukturen nicht insgesamt, aber sie wirken sich doch aus in einer verbesserten psychologischen Schulung der Polizei, in einer Vermehrung von Stimmzahlen und Abstimmungsgremien, in einer Verbesserung der Karrierechancen für die Vertreter der Protestierenden, in einer willkommenen Erweiterung des Themenschatzes politischer Reden - auf der Basis des Status quo. Im Prinzip hat unsere Gesellschaft jene Schwelle der Entwicklung überschritten, von der ab sie jede Kommunikation in Stabilität überführen, jeden Radikalismus sinnvoll placieren, auch die seltsamsten Färbungen noch verwenden, kurz: jede Komplexität zulassen und selektiv abarbeiten könnte.

Damit aber wird zu geringe Komplexität zum Argument der Kritik. Komplexität eines Systems - das ist die Zahl der Zustände und Ereignisse, die im System strukturell integriert und sinnvoll verarbeitet werden können. Man kann und muß der Gesellschaft laufend entgegenhalten, daß sie nicht komplex genug ist, daß sie nicht genug Alternativen zum Ausdruck bringen kann, daß ihr Vermögen zur Oppositionsbildung, zur Abstraktion, zur Problematisierung von Evidenzen, zur abwechselnden Förderung aller Werte, zum Austausch von Personen und Programmen im Hinblick auf Funktionen nicht ausreicht.

Solche Kritik ist der letzten Intention nach nicht mehr funktional gemeint, sondern prinzipiell. Sie sucht nicht, oder nur an der Oberfläche, eingerichtete Problemlösungen mit anderen zu vergleichen und gegebenenfalls zu ersetzen. Das wäre im System legitim, ist aber praktisch von Studenten nicht zu leisten. Hinter Verstößen dieser Art spürt man eine andersartige Unzufriedenheit - die Unzufriedenheit damit, daß nicht alles Mögliche möglich gemacht wird. In diesem Sinne wird mehr Diskussion gefordert.

Im politischen Bereich mögen für Themen aus der kubanischen Revolution, dem Reiche Maos oder dem Leidensweg Vietnams unter Studenten rasche Sympathien zu wecken sein. Der Punkt des Anstoßes aber ist, daß es in unserem politischen System nicht möglich ist, daraus entscheidbare Themen zu ma-

chen; daß sich keine Partei findet, die scheinbar aussichtslosen Themen eine Chance böte, in den Entscheidungsprozeß zu kommen. Das Fassungsvermögen unserer politischen Prozesse ist, gemessen an ihren eigenen Idealen, zu gering. Sie können zuwenig Alternativen zur Entscheidung bringen. Deshalb scheint »außerparlamentarische Opposition« nötig zu sein.

Eine ähnliche Tönung hat die Kritik im Hochschulbereich, wo freilich auch andere, rollennahe Interessen mitspielen. In einer Diskussion des in diesem Bande abgedruckten Vortrages von Helmut Schelsky über »Der Student und die Autorität des Ordinarius«[16] wurde zum Beispiel von einem Studenten der Widerspruch kritisiert zwischen dem Autoritätsanspruch des Ordinarius und dem Prinzip des universell zugänglichen, kritisch geprüften, durch alle und für alle vermehrbaren Wissens. Mit Recht! Rang und Reputation regulieren im sozialen System der Wissenschaft, wann, wie, wo und was als Wahrheit erscheinen kann. Daß solche Vorsortierungsprozesse bei immens hoher Komplexität unvermeidlich sind, ließe sich zeigen.[17] Und dennoch tut der Student gut, hin und wieder daran zu erinnern, daß diese Vorsortierung nicht unbedingt in den Händen eines Kartells der Professoren liegen muß, das die Komplexität der Wissenschaft in den Grenzen der eigenen Urteilsfähigkeit festhält.

Ob die tragenden Motive der Studentenbewegung damit zutreffend gedeutet sind, wird sich nur durch empirische Untersuchungen feststellen lassen und ist keineswegs gewiß. In der Selbstdarstellung der Bewegung spielen ephemere und effekthascherische Züge, Rolleninteressen und nicht zuletzt ein ausgeprägt konservatives Festhalten an den dialektischen Denkfiguren des 19. Jahrhunderts oder gar an den unerfüllten Ansprüchen von 1848 mit - so als ob das reine Alter der Ansprüche schon ihre Berechtigung und ihre Dringlichkeit ausweise. Auf solchen Grundlagen wird die Bewegung kein stabiles Verhältnis zu der sie umgebenden Gesellschaft finden können. Aber es klingen auch Themen und Motive an, die sich auf Dauerprobleme unseres Gesellschaftssystems beziehen lassen. Sie lassen

[16] In: Studenten in Opposition, Bielefeld 1968, S. 83-112.

[17] Hierzu näher: Niklas Luhmann, Selbststeuerung der Wissenschaft, Jahrbuch für Sozialwissenschaft 19 (1968), S. 147-170.

sich freilich kaum artikulieren, solange die Gesellschaft selbst ihre moralischen Grundlagen nicht artikuliert. Ihre Form der Ausgrenzung unbearbeitbarer Komplexität, ihr Stil der Angstbewältigung, ihr Argument des Status quo sollten Anerkennung finden. Dann fiele es auch der studentischen Kritik leichter, sich selbst zu verstehen.

Wabuwabu in der Universität

Wabuwabu heißt in der Sprache des Dobu-Volkes die Anwendung scharfer Praktiken auf Fernerstehende.[1] Im Ursprungskontext dieses Begriffes geht es vor allem um Ausnutzung von Zeitdifferenzen in reziprok geordneten Sozialverhältnissen durch unredliche Manöver; man macht sich die Tatsache zunutze, daß nicht sofort erwidert werden kann, nicht sofort durchschaut wird, sondern allenfalls später mit schwarzer Magie die Rache folgt. Wir generalisieren diesen Begriff und nennen Wabuwabu scharfe Praktiken im Rahmen und unter Ausnutzung von fortbestehenden institutionellen Bindungen. Wabuwabu ist legitime, durch Binnenmoral gestützte Praxis, sofern es an den Grenzen der eigenen Gruppe geübt wird und diese eigene Gruppe nicht zu sehr belastet. Es kann, wenn erfolgreich, positiv bewertetes, oder auch nur toleriertes Handeln sein. Es setzt als Grundmuster der Orientierung eine deutliche Differenz von sozialer Nähe und Ferne voraus und Sicherheit darüber, daß die Loyalität unter den Nächsten und deren Interesse gefördert oder zumindest nicht gefährdet wird.

Scharfe Praktiken kommen in den Universitäten in den letzten Jahren zunehmend häufig vor. Das ist in sich selbst ein auffälliger, viel diskutierter, die Öffentlichkeit beunruhigender Tatbestand. Sollte die Beunruhigungsich verdichten und eine politisch tragfähige Basis ergeben, könnte man daran denken, eine Art Ordnungs- und Disziplinarrecht wiedereinzuführen oder sogar anzuwenden. Solchen Überlegungen müßte jedoch eine sorgfältige soziologische Analyse vorausgehen. Denn es versteht sich keineswegs von selbst, daß soziale Tatbestände überhaupt regelungsfähig sind; und erst recht ist die Wahl geeigneter, erfolgversprechender Mittel eine offene Frage.

Zwei Diagnosefehler sollte ein Soziologe vermeiden: den politischen und den juristischen. Politisch mag die Situation als zunehmender Linksradikalismus an deutschen Universitäten cha-

[1] Vgl. R. F. Fortune, Sorcerers of Dobu, London 1932, insbes. S. 193, 216ff. Siehe außerdem Marshall D. Sahlins, On the Sociology of Primitive Exchange, in: The Relevance of Models for Social Anthropology, London 1965, S. 139-236, S. 154f.

rakterisiert werden. Das geschieht im Hinblick auf die Parolen der »native speakers« und im Hinblick auf ihre makropolitischen Vorstellungen mit Recht, besagt aber wenig über die soziologische Struktur, in der sie sich bewegen. In politischer Sicht werden die Phänomene mit einem einfachen Schematismus von links/rechts oder progressiv/konservativ[2] für analytische Zwecke zu hoch aggregiert.

Den Gegenfehler begeht eine fachgerechte juristische Beurteilung der besonders markanten Punkte des Geschehens. Eine isolierte Betrachtung der Vorfälle, ihrer Tatbestandstypik und ihrer Täter wird für eine soziologische Analyse kaum ausreichen. Eine solche Diagnose dürfte vor allem dann nicht genügen, wenn in der einen oder anderen Weise der Kontext relevant ist, der solche Vorfälle produziert und reproduziert. Denn die Typik der Vorfälle - ob nun Gewalt gegen Personen oder Sachen, Verleumdung, gezielte Indiskretion, Drohung, Aufforderung zur Diskussion bei passenden und unpassenden Gelegenheiten oder auch nur Erzeugung des Eindrucks, daß solches geschehen könnte, wohlmeinende Warnung, psychischer Druck und Operieren mit nivellierenden Parolen, all das ist variabel und auch taktisch variierbar. Die bleibende Realität ist das, was bestimmte Verhaltensmuster reproduziert, was nicht als bloßes Aggregat aus Zahl und Schwere von Einzelfällen begriffen werden kann, sondern auch dann schon wirkt, wenn solche Fälle möglich sind, und man sich darauf einzustellen beginnt. Die Realität ist das soziale System. Das soziale System der Universität nimmt seit einigen Jahren Strukturen auf, die auf Wabuwabu hinauslaufen. Und nicht die scharfen Praktiken, als Fälle genommen, sondern Wabuwabu ist, soziologisch gesehen, das Problem.

Das soll in theoretischer Version heißen: Wir müssen Konfliktsformen nicht als Ereignisse für sich sehen und werten, sondern als Strukturelemente eines sozialen Systems, auf die andere Variable sich einspielen. Strukturbildung entsteht über Entwurf und Reduktion der Möglichkeiten, aus denen jeweils konkret Verhalten ausgewählt wird. Die strukturelle Reduktion setzt im-

[2] Hierzu Niklas Luhmann, Der politische Code: »Konvervativ« und »progressiv« in systemtheoretischer Sicht, in: Zeitschrift für Politik 21 (1974), S. 253-271.

mer zugleich *intern* einschränkende Bedingungen der Kompatibilität und nach *außen* einen systemspezifischen Charakter, der die Möglichkeiten der Behandlung des Systems durch externe Kräfte begrenzt. Mit Hilfe systemtheoretischer Analyse gewinnen Phänomene wie Wabuwabu in der Universität eine über sich selbst hinausweisende Bedeutung. Sie sind ein Element der Definition von »Bedingungen der Möglichkeit« im System und definieren damit die Freiheitsgrade, in denen das System sich bewegt und beeinflußt werden kann. Sie können zudem als »starting mechanism«[3] intern und extern je unterschiedliche Wirkungsreihen in Lauf setzen, weil sie über unerwiderte Aktionen, hinzunehmende Niederlagen, verfolgte, aber nicht erfüllte Erwartungen temporale Reihen ausgleichsbedürftiger Selektionen konstituieren. Nach all dem ist zu vermuten, daß die Einführung scharfer Praktiken in die Konfliktaustragung an Universitäten weiter ausstrahlt, als man zur Kenntnis nimmt, wenn man die Ereignisse unter dem Gesichtspunkt öffentlicher Skandale und moralischer Entrüstung registriert.

Tendenz zur Verschärfung der Mittel und Praktiken

Dies ist die These, die ich zunächst mit einigen mehr deskriptiv gehaltenen Ausführungen erläutern möchte.

1. Voraussetzung des hier zu erörternden Wandels ist vor allem, daß *gruppenmäßige Orientierungen* mehr und mehr an die Stelle sei es generellerer, sei es individuellerer Mitgliedschaftsorientierungen treten.

Dieser Wandel wird durch die offizielle Hochschulpolitik begünstigt, teils zögernd im nachhinein legitimiert. Er findet spektakulären Ausdruck in der förmlichen Anerkennung gleichartiger Rollen als hochschulpolitische »Gruppen«. Fast noch wichtiger dürfte sein, daß die Möglichkeit, über »Berufungsverhandlungen« (verdiente oder unverdiente, leistungsrelevante oder nur noch fortbestehende) persönliche Reputation in Ressourcen und in Macht umzusetzen[4], gebrochen worden ist. Das hat die Folge, daß Reputation nicht mehr als Macht *für*, sondern

[3] Im Sinne von Alvin W. Gouldner, The Norm of Reciprocity: A Preliminary Statement, in: American Sociological Review 25 (1960), S. 161-178, S. 176f.

[4] Zu dieser Art Konvertierung von »influence« in »power« vgl. Talcott Parsons,

tendentiell eher als Macht *gegen* die eigene Institution gebraucht wird: als relative Unangreifbarkeit, als Ausweichvermögen oder als Fähigkeit, öffentlich Klage zu führen. Was an individueller Macht verbleibt, entzieht sich rechtlichen und institutionellen Kontrollen und entwickelt sich ins Unverantwortliche.

Individuell praktizierbare Macht und gruppenmäßige Orientierungen können zusammen bestehen und sich wechselseitig beeinflussen. Ihr relatives Gewicht kann von Situation zu Situation, von Thema zu Thema wechseln. Unverkennbar verdrängen jedoch in Situationen, die als »politisch« definiert werden, die Gruppenorientierungen einen mehr individuell gewählten, von Lerninteressen, Karriereinteressen, fachlichen Präferenzen, Reputationen und »okkasionell« gehandhabten Koalitionen bestimmten Orientierungsstil.[5] Und als »politisch« definierte Situationen nehmen zu in dem Maße, als Konflikte zunehmen - nicht zuletzt deswegen, weil der Konflikt in die Entscheidungsprozesse hineinorganisiert worden ist. Der semantische Gehalt von »politisch« kann im übrigen weitgehend offen bleiben und in den Vorstellungen der Beteiligten divergieren. Der Sinn des Politischen ist ein pragmatischer, er gewinnt seine Funktion auf einer Metaebene der Kommunikation und besagt in der Sprache des Wabuwabu so viel wie: Vorsicht! wir meinen es politisch, wir meinen es ernst, wir haben mobilisierbare Verbündete!

Damit ist eine erste und grundlegende Bedingung für Wabuwabu erfüllt. Man kann sich, soweit die Gruppenorientierungen vorherrschen, am Unterschied von Nahestehenden und Fernerstehenden orientieren und unterschiedliche Erwartungen und Handlungsmuster zum Tragen bringen. Es kommt hinzu, daß diese Differenz mit Hilfe der Rollenunterschiede zwischen Studenten, Assistenten und Professoren prägnante Konturen gewinnt; daß sie darin Anknüpfungspunkte hat, die sich auch juristisch verfestigen lassen. Sicher liegt auch soziale Distanz zwischen den Gruppen vor; aber sie schwächt die Nähe nicht

Higher Education as a Theoretical Focus, in: Herman Turk/Richard L.Simpson (Hrsg.). Institutions and Social Exchange: The Sociologies of Talcott Parsons and George C. Homans, Indianapolis-New York 1971, S. 233-252, S. 248.

[5] Eine gute Analyse solch persönlicher und okkasionalistischer Machtpraxis im alten Stil bietet Rue Bucher, Social Process and Power in a Medical School, in: Mayer N. Zald (Hrsg.), Power in Organizations, Nashville Tenn. 1970, S. 3-48.

gleichsam kontinuierlich ab in zunehmend größere Ferne und Fremdheit, sondern läßt den Unterschied »digitalisiert« anfallen mit eindeutigen Zuordnungen zu dieser oder jener Gruppe.[6] Dadurch wird es möglich, sich bei entstehenden Konflikten rasch zu orientieren und mehr oder weniger spontan zu Wabuwabu überzugehen. Nur die Aktionsziele, nicht auch die Gegner müssen noch bestimmt werden.

2. Wabuwabu bleibt nicht ohne *Kontrolle,* nicht ohne eine Art Restriktion. Die Domestikation kann über Rücksicht auf die fortlaufende Symbiose der Gruppen gesteuert werden. Eine wie immer geschwächte Professorenschaft zu erhalten und zu disziplinieren, muß letztlich ein Ziel auch der anderen Gruppen bleiben. Gerade sie haben nämlich ein Interesse daran, daß die Professorenschaft sich nicht in eine Anzahl individueller Leistungsanbieter auflöst, die bei geringstem Druck ihr Interesse verlieren und in öffentliche oder private Räume entfliehen. Zumindest als Objekte für Wabuwabu und als Durchführer dessen, was angestrebt und eventuell erreicht wird, müssen alle Gruppen sich wechselseitig ihre Präsenz garantieren. Dazu dient die weit über alle sachlichen Notwendigkeiten hinaus aufgeblähte Selbstverwaltung. Organisation könnte man einfacher haben, Demokratie auch. Selbstverwaltung garantiert darüber hinaus die Erhaltung und interaktionelle Präsenz der Gegner.

Ein zweiter Kontrollmechanismus läuft über Formung und Erzwingung von Binnenloyalität in den Gruppen. Auch dies erinnert an Selbststeuerungsmechanismen archaischer Gesellschaften.[7] Einerseits erfordert Wabuwabu wenn nicht Führung so doch individuellen Einsatz, wenn nicht Mut so doch Unverschämtheit. Die Logik der Situation, Überraschungen ihres Wandels und das notwendige Aktions- und Reaktionstempo

[6] Interessante Gegentendenzen, die sich aber gruppendynamisch noch nicht durchsetzen, sind im zunehmenden Duzen zwischen Studenten und Assistenten, Assistenten und Professoren, ja selbst Studenten und einzelnen »fortschrittlichen« Professoren zu beobachten.

[7] Das Prinzip kommt gut heraus bei Sally F. Moore, Legal Liability and Evolutionary Interpretation: Some Aspects of Strict Liability, Self-help and Collective Responsibility, in: Max Gluckman (Hrsg.), The Allocation of Responsibility, Manchester 1972, S. 51-107.

müssen dem individuellen Handeln Spielraum lassen. Die Drastik und Schärfe des Vorgehens läßt sich durch kollektive Beschlüsse vorweg nicht regeln, soll die Situation den Handelnden nicht entgleiten. Andererseits bleibt der Gesamtkontext relevant, die Gruppe muß den Handelnden notfalls individualisieren und sich von ihm distanzieren können. Nicht immer werden Spitzenleistungen honoriert, und nicht selten setzt sich nach dem Vorgehen die Vernunft durch. Die nicht zu unterschätzende Domestikation bei hoher Aktionsfreiheit baut direkt auf dem Gruppenprinzip und der Differenz von Nahestehenden und Fernerstehenden auf. Der Wabuwabu-Kämpfer wird gegen Punkt-für-Punkt-Erwiderungen seiner ihm fernstehenden Gegner unempfindlich. Die Fernstehenden können ihm direkt nichts anhaben. Aber seine Gruppe ist im Kontext des Gesamtsystems durch Rückwirkungen betroffen und kann ihn durch Binnenmechanismen fassen.

Bei all dem tritt Strategie zumindest in der Realität zurück.[8] Sie mag teils Wunschdenken, teils Element der Hintergrunddiskussion und der Mutmache sein. Aber Wabuwabu ist auf Einsatzplanung nicht angewiesen. Und gerade hier liegt das Strukturproblem.

3. In der Einführung des Begriffs hatte ich Wabuwabu bewußt inhaltlich unbestimmt als »scharfe Praktiken« definiert. Diese Unbestimmtheit kann begrifflich nicht behoben werden, sie ist Element der Sache selbst. Was jeweils »scharf« ist, richtet sich nach dem Situationsverständnis der Akteure und der Betroffenen. Es mag, wie bei raffinierteren Wabuwabu-Spielen in Bürokratien[9], für Außenstehende nahezu unerkennbar sein. Aber auch drastische Mittel bis hin zu offenen Rechtsbrüchen kommen in Betracht und sind in den letzten Jahren vor allem in den Universitäten üblich geworden.

Die Mindestschärfe und die Schwelle zum Eintritt ins Wabu-

[8] Helmut Schelskys bekannter Beitrag: Die Strategie der »Systemüberwindung«, in: ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung: Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München 1973, S. 19-37, scheint mir die strategische Komponente zu überschätzen.

[9] Vgl. nur Melville Dalton, Men Who Manage, New York-London 1959; Tom Burns, Micropolitics: Mechanisms of Institutional Change, in: Administrative Science Quarterly 6 (1961), S. 257-281.

wabu dürfte in der Zerstörung der Legende liegen, von der die andere Seite ausgeht - der Legende des Einklangs mit der Institution, mit den Gesamtzielen der Universität, mit einer gemeinsamen Sache. Wabuwabu beginnt, wenn diese Darstellung nicht mehr angenommen, auch nicht mehr taktvoll-konziliant honoriert, sondern offen (für Dritte sichtbar) diskreditiert wird. Die Identifikation eines Teils mit dem Ganzen wird als Anmaßung von Herrschaft entlarvt. Solche Kritik kann alle Logik für sich mobilisieren, sie erzwingt damit die Rekonstruktion aller Interessen und Darstellungen als partikular. Wer in dieser Weise mit Wabuwabu beginnt, oktroyiert auch seinem Gegner die Stellung und Darstellung eines Partisanen auf, eine Rollenzuweisung, der sich der Angesprochene nur dadurch entziehen kann, daß er beharrlich von etwas anderem redet und auf Anerkennung keinen Wert mehr legt. Aus dieser Lage ergibt sich dann für den, der etwas erreichen will, die Tendenz zur Verschärfung der Mittel und Praktiken.

Nimmt man die »Schärfe« der scharfen Praktiken in diesem Sinne als Variable, kann man zwei Arten von Bedingungen unterscheiden, die ihre Variation beeinflussen: institutionelle und situative.[10] Institutionell gesehen wird die Schärfe des Wabuwabu vermutlich abgeschwächt durch ein gemeinsames Karrieresystem (zum Beispiel in Bürokratien, aber auch zwischen Professoren und Assistenten). Ein Karrieresystem erzeugt einerseits Themen für Wabuwabu, mildert aber auch die Mittel dadurch, daß es Interessen individualisiert und Vorwitz bestraft. Situativ gesehen kann die Schärfe zunehmen oder abnehmen je nach der Interaktionsgeschichte und vor allem je nach der Beurteilung von unmittelbar vorangehenden Akten.

4. Von Fragen der Schärfe sind Fragen des Stils zu unterscheiden. Diese sind natürlich schwer auf einen Nenner zu bringen. Für die letzten Jahre scheint mir ein Hang zur *Kontrastprimitivität* bezeichnend zu sein, der Angriff und Selbstschutz zugleich bewirkt. Die Wabuwabu-Techniken werden gezielt im Primitiven, Stillosen, Unerzogenen entwickelt. Daran frappiert zu-

[10] In systemtheoretischen Begriffen könnte man etwas präziser auch formulieren: Bedingungen des Organisationssystems und Bedingungen des Interaktionssystems.

nächst die Paradoxie, gerade in den Institutionen des Erziehungswesens Unerzogenheiten vorzuführen, um Verbesserungen zu erreichen - wie in den großen Paradoxien der Theologie, der Logik, der Souveränität eine Mischung von Ratlosigkeit und Raffinesse. Eine deutliche Ablehnung aller schichtspezifischen Attribute kommt hinzu, im Grenzfalle bis zum Ablegen der Kleidung. Der Nacktlauf ist im Moment (12.3.1974) an Universitäten noch nicht aktuell, wäre aber ein glänzendes Beispiel für Reflexivität auf diesem Gebiet. Diese Stilisierung zum Stillosen hat den großen Vorzug, daß Unvermögen gar nicht mehr auffällt und der Darsteller schon durch seine Intention gegen Blamagen gefeit ist.

Man müßte freilich bilanzieren und sehen, welche Möglichkeiten feinerer und schärferer Waffen damit aufgegeben werden. So dürften die Möglichkeiten des Lernens und der Vorbereitung auf Karriere- oder Reputationskämpfe gering zu veranschlagen sein. Es kann durchaus sein, daß auf diese Weise im Effekt zu Gehorsam aus Hilflosigkeit erzogen wird.

5. Ein letzter Punkt ist eher untypisch für Wabuwabu im allgemeinen, aber besonders kennzeichnend für die Situation an Universitäten: *Das »Recht« zum Angreifen ist ungleich verteilt*Um nur die Extremgruppen zu nennen: Die Studenten dürfen die Professoren angreifen, aber die Professoren nicht die Studenten. Das steht nirgends geschrieben, gilt aber als unformuliertes Gesetz der Situation. Einerseits mag dies als eine Art Ausgleich gelten für die »Vorteile der Herrschaft«, andererseits entspricht es aber auch den tatsächlich vorhandenen Talenten. Gewiß gibt es Ausnahmen. Einzelne Professoren koalieren mit den Studenten, andere qualifizieren sich auf dem Ministersessel aktiv für Wabuwabu. In der Regel aber wird Angriff im Namen der eigenen Gruppe von der Professorenschaft weder gedeckt noch ho-

[11] Solche Ungleichheiten provozieren heute normalerweise die Frage, wessen Interessen sie dienen. So zum Beispiel Hartmut Koch/Giesela Zenz, Erfahrungen und Einstellungen von Klägern in Mietprozessen, in: Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie 3 (1972), S. 509-528, S. 518ff. Auch diese Frage wird indes durch Vorurteile gesteuert; man stellt sie typisch, wenn von »sozial Stärkeren«, nicht dagegen, wenn von »sozial Schwächeren« angegriffen wird, wobei es vorkommen kann, daß man die Starken für die Schwachen und die Schwachen für die Starken hält, weil für diesen Schematismus von Stärke und Schwäche heute eindeutige soziale Regulierungen fehlen.

noriert, sondern bestenfalls wohlmeinend zurechtinterpretiert, sehr häufig aber in einer Weise bestraft, die die Gruppe für Wabuwabu disqualifiziert: durch Im-Stich-Lassen des aktiven Kämpfers.[12]

Wenn dies so ist und wenn dies auch nach einem Generationswechsel so bleibt, muß man mit einem strategischen Ungleichgewicht rechnen, das weittragende Folgen haben wird. Wabuwabu unter solchen Vorzeichen gibt der Dynamik institutioneller Entwicklung einen Zug, der sie von jedem kontrollierbaren Kurs abbringen muß. Es ist dann nur eine Frage der Zeit, bis externe Kräfte korrigierend eingreifen müssen.

Welche Rolle spielt die rechtliche Regelung?

Vom juristischen Urteil unterscheidet sich das soziologische zunächst dadurch, daß es Wabuwabu-Vorfälle nicht einzeln an Normen mißt, sondern Wabuwabu als Ganzes sieht, es in seinen strukturellen Bedingungen und seinen Gesamtfolgen für das System thematisiert und damit Unterschiede der Schärfe relativiert - was nicht heißen soll: bagatellisiert. Zugleich wird mit dieser soziologischen Betrachtungsweise aber auch eine komplexere Sicht auf Phänomene des Rechts gewonnen, die rechtssoziologisch und rechtspolitisch fruchtbar werden könnte.

1. Das Recht ist an der Entwicklung von Wabuwabu in der Universität nicht unbeteiligt, auch wenn die Entwicklung den Zielen der Rechtssetzung zuwiderläuft und Rechtswidrigkeiten produziert. Das Recht liefert sowohl konstituierende Bedingungen als auch Arsenale für Wabuwabu. Es definiert die Gruppen und digitalisiert damit die soziale Distanz, die eine Voraussetzung ist für Wabuwabu. Es begründet ferner jenes hochkomplexe System der autonomen Selbstverwaltung, das die Gruppen in die permanente Konfrontation zwingt. Es aggregiert die an Lehre und Forschung Beteiligten systempolitisch in einer Weise, die sich weder aus der Funktion der Lehre noch aus der Logik

[12] Ein nicht unwichtiges Moment in diesem Zusammenhang ist, daß Professoren typisch mit individuellen Rechten und Pflichten am Kollektivgeschehen beteiligt sind, andere Gruppen dagegen durch Vertreter. Andere Gruppen haben damit die Chance, Freiwillige an die Front zu schicken und Befähigte auszuwählen und Pechvögel aus der Schußlinie zu nehmen.

der Forschung ergibt, sondern anderen Zielen folgt. Damit ist nichts für oder gegen solche »Politisierung« gesagt; wohl aber, daß sie relativ zu den Funktionen des Systems kontingent erfolgt, daß sie auch anders oder gar nicht erfolgen könne, daß sie also politisch verantwortet werden muß und nicht einfach zu den notwendigen Kosten eines Universitätssystems gezählt werden kann.

Auch die Waffen des Wabuwabu sind in hohem Maße abhängig vom Recht, und zwar sowohl bei rechtmäßigem als auch bei rechtswidrigem Handeln. Das rechtsförmige Prozessieren der wichtigsten Entscheidungen und die rechtsförmige Absicherung des Nichtentscheidens[13] in den Universitäten bietet einerseits Möglichkeiten des Rückgriffs auf Argumente und der Verweisung auf Machtgarantien, die man sich Freunden gegenüber nicht gestatten würde. Das Recht produziert, wenn man es überhaupt zitiert, eine Verfremdung, die mit dazu beiträgt, Distanz zu erzeugen und die Illusion der Großen Familie zu zerstören. Wenn die eine Seite mit Recht argumentiert, ist die andere damit schon vor die Alternative gestellt, rechtmäßig oder rechtswidrig zu handeln. Und was bestimmt dann die Wahl innerhalb dieser Alternative? Wenn zum Beispiel in einer Fakultätssitzung die anwesende Öffentlichkeit darauf hingewiesen wird, daß sie nach den Satzungen bei einem bestimmten Punkte (z.B. Personalangelegenheiten) ausgeschlossen sei, was bewegt dann die Öffentlichkeit, sich tatsächlich zu entfernen oder zu bleiben? Den Ausschlag gibt rein faktisch wohl kaum das Recht selbst, sondern im Konfliktsfalle die Einschätzung der Situation unter Wabuwabu-Gesichtspunkten. Es mag genügen, sich auf den Flur zurückzuziehen, die Tür zu knallen und gelegentlich wieder hineinzuschauen, um die Präsenz zu zeigen. Oder es mag als richtiger erscheinen, die Sitzung zu sprengen und damit die Entscheidung zu verzögern, wenn nicht zu verhindern. Umgekehrt mag es der Seite, deren Wabuwabu nicht durch die Öffentlichkeit unterstützt

[13] Im Sinne von Peter Bachrach/Morton S.Baratz, Decisions and Nondeeisions: An Analytical Framework, in: The American Political Science Review 57 (1963), S. 632-642. Für eine etwas veränderte Fassung siehe dies., Power and Poverty: Theory and Practice. New York-London-Toronto 1970.

wird, gelingen, Anträge abstimmungstechnisch so zu koppeln, daß mit der Ablehnung des einen die Annahme des anderen verbunden ist, so daß die Öffentlichkeit nicht dazwischenfahren kann; oder sie mag Verfahrensfehler einbauen, um in Absehung eines ungünstigen Ausgangs Anfechtungsmöglichkeiten in der Hand zu haben. Und genau dies mag, bei leichteren Formen des Wabuwabu, für die andere Seite ein Motiv werden, die Regeln des Verfahrens selbst zumindest eine Zeitlang genau zu beachten, um das eigene Anliegen durchzubringen oder um einen erreichbaren Gruppenkompromiß nicht den Anfechtungslaunen individueller Störenfriede auf der anderen Seite auszusetzen. Gerade bei forcierter Disjunktion von rechtmäßig/rechtswidrig verliert das Recht selbst in der Situation seine motivierende Bedeutung, und entschieden wird unter dem Gesichtspunkt, in wessen Konzept welche Entscheidungen oder Nichtentscheidungen zu welchem Zeitpunkt passen. Dabei »profitieren« von Nichtentscheidungen längst nicht mehr nur die »Herrschenden«.

2. Angesichts der geschilderten Phänomene wird man sich fragen müssen, in welcher Weise hier Orientierung am Recht funktioniert, und weiter: ob es nicht tieferliegende Funktionsvoraussetzungen einer rechtsstaatlichen Ordnung gibt, die an Universitäten heute nicht mehr erfüllt werden. Ein noch normativ gesteuertes Denken würde vermutlich versuchen, mit der Kategorie des Mißbrauchs zu arbeiten, und dazu ansetzen, auch die Störungen wiederum zu juridifizieren. Das liefe hinaus auf die (sicher zutreffende) These, daß der Rechtsstaat verständnisvoll gehandhabt und in seinen Formen und Verfahrenstechniken nicht mißbraucht werden dürfe. Aber wo wäre das Kriterium, das noch differenziert, wenn Mißbrauch zum Brauch wird? Und wo ist die Instanz, die verbindlich entscheidet, wann Rechtsgebrauch in Mißbrauch übergeht?[14]

Man könnte sich eine weitere Verfeinerung des rechtssatzför-

[14] Besonders verdächtig stimmt, daß die Juristen selbst in solchen Fragen heute auf »Interessenabwägung« zurückzugreifen versuchen. Faktisch dient im übrigen die Figur des Rechtsmißbrauchs dazu, Zuständigkeiten aus der Legislative in die Justiz zu verlagern; sie besagt, daß etwas, was nach dem Gesetze Recht ist, nach Meinung des Richters dennoch fallweise Unrecht sein kann und umgekehrt. Das löst unser Problem nicht.

migen und rechtsdogmatischen Regelungswerkes vorstellen, aber das Grundproblem scheint auf einer generelleren Ebene zu liegen. Rechtliche Situationsregulierungen setzen eine *unmittelbare* Präsenz *hochgeneralisierter* Orientierungen voraus, vor allem die Orientierung an dem Einsatzpotential und der Einsatzbereitschaft eines jedenfalls überlegenen Machthabers, der das Recht garantiert, und ferner die Orientierung an dem Recht/Unrecht-Schematismus als solchem unabhängig davon, ob und wie er gutes oder schlechtes, nützliches oder schädliches, freundliches oder feindliches Handeln erfaßt. Beides setzt voraus, daß in der Situation relativ weiträumige Zeithorizonte zur Geltung kommen. In all diesen Hinsichten - Macht, Schematismus, Zeit - scheint nun die Orientierungsstruktur des Wabuwabu die Prämissen des Rechts zu ersetzen: Die relevante Macht ist zunächst die der situativ Beteiligten, als Schematismus dient die Unterscheidung »wir und die anderen«, die Zeithorizonte sind kurz und an das jeweilige Thema gebunden, etwa an eine Änderung der Prüfungsordnung, ein Berufungsverfahren, eine Aggressionskette gegen einzelne Professoren. Wabuwabu ersetzt nicht die einzelnen Vorschriften des Rechts, es setzt sie auch nicht außer Kraft, sondern spielt mit ihnen; es ersetzt die Prämissen der Umsetzung des allgemein geltenden Rechts in Interaktionssysteme und verwandelt das Recht damit in eine agonale Masse einzelner Vorschriften und Kampfmittel.

3. Die vorstehenden Überlegungen geben zugleich einen Schlüssel zur Auflösung einer scheinbaren Paradoxie: daß die *Steigerung von Konflikten* durch Wabuwabu zur *Konflikt Unterdrückung* führt. Angesichts der Unsicherheiten, die rechtloses Wabuwabu mit sich bringt, wird es notwendig, sich etwaige Anlässe dazu wohl zu überlegen; jeder wird heimlich oder offen prüfen, ob sie das Opfer einer heftigen Auseinandersetzung wert sind. Unter solchen Umständen ist das Einhalten von Rechtsvorschriften allein kein ausreichender Konfliktanlaß mehr. Die Rechtskonflikte, die nach Auffassung unserer Tradition gerade die Konflikte waren, für die zu leben und in denen zu kämpfen menschlich sich lohnt, werden teils unterdrückt, teils in Hilfsfunktionen für Wabuwabu umgeformt. Dies ist um so mehr der Fall, als die Parteien solcher Konflikte, zu Gruppen aggregiert, schon vor dem Konflikt und wiederum nach dem Konflikt in den

Selbstverwaltungsgremien zusammenarbeiten müssen, so daß es sich empfiehlt, »formale« und »juristische« Bedenken zurückzustellen.[15]

Nun sind Konfliktunterdrückungen, das liegt in der Natur der Sache, zunächst sehr viel weniger sichtbar als die Konflikte selbst. Die spektakulären Ereignisse des Wabuwabu faszinieren die Aufmerksamkeit und halten sie fest. Erst an kumulierten Effekten kann dann bewußt werden, daß für bestimmte strukturelle Interessen die Opfergrenze und damit die Eintrittsschwelle für Konflikte zu hoch liegt mit Folgen, die auf massive institutionelle Veränderungen in der Richtung von Partikularisierung, Entdifferenzierung, Funktionenverschmelzung hinauslaufen. Um nur ein Beispiel zu geben: Die Praxis der Handhabung von Fristen für die Abgabe schriftlicher Hausarbeiten in Prüfungen scheint sich zunehmend zu lockern etwa auf der Linie: Amtsärztliches Zeugnis - privatärztliches Zeugnis - Krankmeldung - Beteuerung, in irgendeiner Notlage gewesen zu sein, - glaubhafte Begründung. Die Lockerung wird mit Zustimmung aller - Prüfling, Prüfer und Prüfungsamt - unangreifbar eingeführt. Niemand wählt im Einzelfall den Konflikt für das Formale und gegen das Menschliche, die normative Regel wird also konsensuell unterlaufen. Dadurch entstehen erhebliche Ungleichheiten in den Bearbeitungszeiten, die im Prüfungsvorgang nicht angemessen »diskontiert« werden können. Es macht in den Prüfungschancen einen Unterschied aus, ob der Kandidat die Initiative, Forschheit, den Mut zur Lüge oder was immer aufbringt, um eine Fristverlängerung zu erreichen, oder ob er sich in der Illusion wiegt, daß die Regel gelte. Geprüft wird also im Effekt nicht nur fachliche Qualifikation, sondern eine sehr diffuse Mischung von erfolgbringenden Eigenschaften. Natürlich war das faktisch immer der Fall in dem Maße, als es auf die Urteilsbiidung in der Prüfung ankommt. Während aber die rechtlichen Vorkehrungen früher dieser natürlichen Tendenz entgegenzuwirken suchten,

[15] Auch hier sind im übrigen sprachliche Feinheiten aufschlußreich. Meine Beobachtung ist, daß Nichtjuristen Rechtsfragen in Verhandlungen gern als »juristisch« bezeichnen, eine Formulierung, die die Unmittelbarkeit des Rechtsinteresses und Rechtsgefühls aller Menschen übergeht, Distanz zum Ausdruck bringt und zugleich das Terrain bereitet für das Argument, »doch nicht bloß juristisch zu argumentieren«.

begünstigt die heutige Aufweichung rechtlicher Striktheit in einer für den Prüfer auch beim besten Willen kaum kontrollierbaren Weise die diffuse Urteilsbildung.

Rechtssoziologisch kann man feststellen, daß es Regelungsinteressen gibt, die nur bei entweder strenger Aufsicht oder hoher Konfliktbereitschaft der Beteiligten verfolgt werden können. Ob der Mangel an Bereitschaft zu Konflikten unter Wabuwabu-Bedingungen durch strenge Aufsicht kompensiert werden wird im Sinne eines Rücklaufs vom liberalen Staat zum Polizeistaat, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig hat man eher den Eindruck, daß ein dritter Weg eingeschlagen wird: die Regelungsinteressen aufzugeben.

4. Wenn diese Analysen zumindest tendentiell zutreffen, haben sie *rechtspolitische Konsequenzen.* Gesetzt den Fall, Wabuwabu beherrsche die Situation, welche Möglichkeiten gibt es dann?

Es dürfte dann wenig sinnvoll sein, die Universitäten mit neuen normativen Ordnungsmodellen zu füttern, die dann vor Ort konsensuell unterlaufen oder, soweit brauchbar, aufgebrochen und auf die Arsenale verteilt werden. Solange die Prämissen für die Aufnahme von Recht nicht gegeben sind, vermehrt die Vermehrung des Normenbestandes nur die Möglichkeit, Rechtsverstöße zu begehen oder feststellen zu lassen - sofern jemand daran ein taktisches Interesse hat. Das steigert die Möglichkeit von Blockierungen bei allen Operationen, die sich auf komplexe Voraussetzungen stützen müssen. Ohnehin laufen die Wasser nach unten, suchen sich schon jetzt den Weg des geringsten Widerstandes. Die Pumpstationen sind außer Betrieb oder soweit sie ganz links liegen, noch nicht überall angeschlossen. Die höher gelegenen Gebiete trocknen aus. Wo niemand mehr herrscht, herrscht der Konjunktiv. Dies kann man über Rechtsetzung, die den Mut zu neuen Hierarchisierungen nicht aufbringt, nicht ändern.

Eine Frage ist allerdings, ob nicht die soziologische Struktur des Wabuwabu externen Eingriffen zugänglich ist, und zwar in dem Bereich, in dem sie variabel ist: in der Schärfe der Praktiken. Ohne Zweifel wäre ein wirksames Unterbinden von Schärfen, wenn nur gewollt, rechts- und polizeitechnisch möglich. Studenten könnten relegiert, Assistenten entlassen werden. Und

man könnte sich daran erinnern, daß über Professoren Personalakten geführt werden, die bei Berufungsverfahren herangezogen werden müßten. Einige dieser Möglichkeiten mögen die Autonomie der Hochschulen tangieren. Zumindest ein Eingriffsrecht ratione peccati könnte der Staat sich jedoch vorbehalten. Das politische Problem ist indes, daß Schärfe schon immer ein Mittel der Schwachen war, und daß ein Zurückdämmen, das ihnen dieses Mittel nimmt, zwangsläufig Partei ergreift. Immerhin brauchte das nicht ohne Kompensationen geschehen im Rahmen der Gesamttendenz, Wabuwabu allmählich zu zivilisieren und normalen bürokratischen Gepflogenheiten anzunähern.

Rechtspolitische Konsequenzen

Wenn es nicht gelingen sollte, Wabuwabu zurückzudämmen, zu entschärfen oder gar auszumerzen: Was sind dann die Folgen?

In erster Linie wird man daran denken, die Sach- und Personenschäden zu messen und aufzuaddieren. Sie fallen zunächst ins Auge. Gemessen am Haushaltsvolumen einer Universität blieben solche Beträge politisch und ökonomisch jedoch eine quantité négligeable. Die Zeitverluste für die Beteiligten und die Störung der normalen Arbeitsabläufe fielen schon eher ins Gewicht. Aber selbst hier bringen manch ein gedankenloser Federstrich des Gesetzgebers oder Gerichtsurteile, die den Selbstverwaltungsprozeß belasten, höhere Kosten. All dies sind direkte Effekte. Sie machen den Umfang der Auswirkungen nicht deutlich. Diese sind vor allem indirekter Art; denn mit dem Übergang zu Wabuwabu vollzieht sich ein Strukturwandel, und dessen Folgen streuen breit.

Es ist natürlich schwierig, diesen einen Faktor empirisch zu isolieren und zu wissen, was man ihm zurechnen kann. Die hier angebotene Überlegung bietet also bestenfalls eine Teilerklärung, die unter anderen Gesichtspunkten als denen des Wabuwabu ergänzt werden müßte. Sie lautet: Konflikte in der relativ unzivilisierten Form des Wabuwabu bei gleichbleibenden Anforderungen im übrigen (Forschung und Lehre) vermehren die Zahl und die Verschiedenartigkeit der Faktoren, die für die konkreten Verhaltenswahlen und für die wechselseitige Achtung und moralische Fremd- bzw. Selbsteinschätzung relevant werden. Besonders von Professoren werden ganz neuartige, nie ge-

hörte Qualitäten verlangt - zum Beispiel die der Verblüffungsfestigkeit.[16] Das macht nicht nur die taktische, sondern auch die moralische Situation komplexer, und dies entsprechend verstärkt für alle Prozesse sozialer Abstimmung.

Bei höherer Komplexität verändern sich die Reduktions- und Entlastungsmechanismen. Auf die gegebene Situation scheint das System in zweierlei Weise zu reagieren: durch *Entindividualisierungen* und durch *Partikularisierungen.*

Individualität ist gewiß nur zum Teil und nur in einigen Hinsichten abhängig vom Modus der Konfliktsaustragung. Auch in Fakultäten älteren Stils waren Individuen nicht voll konfliktsfähig. Noch nie sei es, äußerte einmal ein erfahrener Kollege, einem einzelnen bekommen, mit einer Fakultät zu prozessieren, und zwar unabhängig von der Rechtslage. Aber das galt für ein System mit hoher Konfliktrepression, das den einzelnen nicht in Konflikten zur Schau stellte. Genau dies hat sich geändert. Es gibt mehr offene Konflikte, mehr aggressive Sprecher, aber diese exponieren und profilieren sich gruppenabhängig, weil sie nur durch die Gruppe Deckung und Sicherheit des Auftretens gewinnen.

Natürlich büßt damit niemand seine »Individualität« ein. Alle Einzelpersonen sind nach wie vor individuiert vorhanden, behalten ihre Identität, ihre je eigene Biographie, ihren besonderen Outlook, ihr persönliches Kontaktnetz. Die Frage ist nur, was davon noch in soziale Kommunikationen oder gar in das amtliche Wirken und in das offizielle Procedere des Systems eingeht, wenn das Urteil über die Person mitgegründet wird auf jene Sorten von Qualitäten, die sich für Wabuwabu eignen bzw. dort schaden. Wer wird seinen eigenen Charakter anderen zumuten oder den anderer hinnehmen, wenn die Aussicht besteht, daß der eine oder der andere in Konfliktsituationen kneift, sich heimlich anbiedert, verantwortungslos provoziert? Die Konsolidierung einer Gruppenmentalität bedeutet dann gerade nicht, daß man sich persönlich näher kommt, vielmehr geht auf vielschichtige Weise die zunehmende Anbindung an die Gruppe mit zunehmender sozialer Distanz einher. Tragödien klassischen

[16] So Hermann Lübbe, Hochschulreform und Gegenaufklärung, Freiburg i.Br. 1972, S. 90.

Stils, in denen die Teilnehmer ihre Identität enthüllen, indem sie miteinander eine Sache zerstören, kommen noch vor; aber sie sind bedingt durch die Substanz, die sie abbauen.

Reduziert Entindividualisierung die Sozialdimension, so reduziert Partikularisierung die Zeitdimension.[17] Aufmerksamkeit und Relevanzen werden bei partikularer Orientierung von der Situation, den jeweiligen Partnern, Themen und Kräftekonstellationen her spezifiziert unter Abschneiden weiterer Entscheidungshorizonte und allgemeingültiger Kriterien.[18] So steht zum Beispiel in der Personalpolitik das Durchbringen bevorzugter Kandidaten, nicht die Gesamtentwicklung eines Fachbereichs im Vordergrund. Die Kriterien und Schaustellungen, die zu diesem Zweck mobilisiert werden, gelten nur für den Fall und nur in agonaler Funktion. In der Situation ist dann die Orientierung sehr einfach; man muß nur informiert sein über die Absichten der Akteure und den momentanen Stand der Chancen. Die Reduktion des Zeithorizontes ermöglicht in der Situation dann Raffinesse und raffinierte Reaktion auf vermutete Raffinesse. Für Außenstehende wird das Spiel unverständlich, sofern sie nicht durch Indiskretionen der einen oder anderen Seite eingeweiht werden.

Die Verkürzung der Zeithorizonte ist nicht allein eine Folge von Wabuwabu. Die unbürokratische Organisation, die alle Entscheidungsprozesse über Gremien mit hohem Mitgliederwechsel und über Gruppen mit höchst unterschiedlicher Personalfluktuation laufen läßt, tut ein übriges. Sie schafft eben damit ein Klima, in dem einer zunächst okkasionellen, dann systematischen Entwicklung von Wabuwabu von der Organisation her zumindest keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Im Gesamteffekt werden die faktisch funktionierenden, Selektionen steuernden Strukturen des Universitätssystems damit entdifferenziert und auf eine konkretere, etwa durch Gruppenunter-

[17] Auch Parsons versteht sein Orientierungsmuster Universalismus/Partikularismus so, daß Partikularismus die Orientierungsform für kurze, konsummatorische Zeithorizonte der unmittelbaren Zielerreichung ist. Siehe insbes. die Fig. 1 in: Pattern Variables Revisited: A Response to Robert Dubin, in: American Sociological Review 25 (1960), S. 467-483, neu gedruckt in: ders., Sociological Theory and Modern Society, New York 1967, S. 192-219, S. 198.

[18] Für einen Extremfall: Egon Bittner, Police on Skid-Row: A Study of Peace Keeping, in: American Sociological Review 32 (1967), S. 699-715.

schiede definierte Ebene zurückgenommen. Die Folgen ergeben sich nicht so sehr in der Form von Schäden und nur übergangsweise - man gewöhnt sich rasch - in der Form von Enttäuschungen. Sie bestehen hauptsächlich in der fehlenden Anschließbarkeit und Anschlußsicherheit für komplexe, voraussetzungsvolle Leistungsketten. Die Selektivität der Struktur liegt in ihren eigenen »Opportunitätskosten«, in ihrem Entmutigungseffekt, in dem, was nicht geschieht.

All diese Reaktionen des Systems - Entindividualisierung bei zunehmender sozialer Distanz und Partikulierung mit stark verkürzten Zeithorizonten, Verzicht auf voraussetzungsvolle Selektionsverkettung - widersprechen Grundannahmen der soziologischen Theorie der modernen Gesellschaft. Das gleiche gilt für den Abbau der Rechtsstaatlichkeit mit ihrer Orientierung an universalistischen Normen und fernstehender unparteilicher Macht. Man könnte, wenn man an der heute bereits klassischen *Spencer/Durkheim/Parsons*-Tradition festhalten will, darin eine regressive Gesellschaftsentwicklung sehen, die zivilisatorische Errungenschaften aufgibt und zu unmittelbarer motivierbaren Verhaltensweisen zurückkehrt. Vielleicht täuscht dieser Eindruck, und vielleicht besteht eher Anlaß, angesichts der Fakten eine allzu uniformistisch ansetzende Gesellschaftstheorie zu kritisieren.'[1]' Oder wird hier am Ende schon trainiert für die Bedingungen, die gesellschaftsweit gelten werden, wenn die Grenzen des Wachstums überschritten sind?

Gesellschaftliche Tragweite

Einige kompetente Soziologen[20] sind heute - noch vor 20 Jahren hätten allenfalls Pädagogen das zu formulieren gewagt - der Meinung, daß das Erziehungssystem und speziell die Universitä-

[19] Etwa den Anregungen folgend, die Charles Tilly, Clio and Minerva, in: John C. McKinney/Edward A.Tiryakian (Hrsg.), Theoretical Sociology: Perspectives and Developments, New York 1970, S. 433-466, S. 450ff., gibt und reichhaltig belegt, wonach gesellschaftliche Evolution auf der Ebene des Makrosystems stets kompensiert wird durch Prozesse der Devolution (dedifferentiation, disintegration, particularization, shrinkage) auf der Ebene der Teilsysteme.

[211] So zum Beispiel Talcott Parsons, Higher Education as a Theoretical Focus, in: Herman Turk/Richard I.. Simpson (Hrsg.), Institutions and Social Exchange: The Sociologies of Talcott Parsons and George C. Homans, Indianapolis-New York 1971, S. 233-252, S. 244, unter Berufung auf Daniel Bell und Clark Kerr.

ten gute Aussicht haben, zum führenden Subsystem der Gesellschaft zu avancieren. Ein Argument ist, daß im Erziehungssystem mehr als irgendwo sonst Chancen verteilt werden. Ein besseres Argument wäre, daß hier die Gesellschaft im ganzen und in all ihren Funktionssystemen reproduziert werden muß, so daß hier über die mögliche Komplexität der Zukunft entschieden wird. Weder eine politische noch eine ökonomische Dominierung des Erziehungsprozesses ist tolerierbar, soll nicht eine primär moralisch-politische (alteuropäische) oder primär ökonomische (bürgerliche) Gesellschaftsformation entstehen, die dann durch die funktionale Perspektive der Politik oder der Wirtschaft das gesellschaftlich Mögliche limitiert. Andererseits ist und bleibt das Erziehungssystem nur ein Teilsystem der Gesellschaft - funktional spezialisiert auf Erziehung für alles. Die Engpässe dieses Teilsystems definieren Restriktionen künftiger Kommunikationspotentiale, künftiger Gesellschaft. Und es könnte sein, daß hier kritische Engpässe für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung liegen, so daß sich über kurz oder lang von hier aus entscheidet, was politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich usw. ermöglicht werden kann.

Solche Anforderungen sind mit den hier analysierten Strukturen schlechterdings nicht zu erfüllen. Gruppenkonflikte erzeugen mit einfachen, nahezu voraussetzungslos herstellbaren Mitteln laufend Selektionen, die die im Erziehungssystem ohnehin angelegten Tendenzen zur Entdifferenzierung des Funktionensystems der Gesellschaft verstärken. Der Idealismus der Pädagogen mag in dieser Hinsicht schon gefährlich gewesen sein, Wabuwabu ist es mit Sicherheit und in sehr viel stärkerem Maße. Sollte diese Struktur sich festsetzen, was nach wenigen Jahren der Erfahrung noch nicht angenommen werden darf, wird die Hoffnung auf weniger erfreuliche externe Interferenzen gesetzt werden müssen: auf überrollende politische oder ökonomische Dringlichkeiten.

Helmut Schelsky zum Gedenken

Ein lebendiger, widerspruchsreicher, eigenständiger und eigensinniger Kopf hat seine Augen schließen müssen. Helmut Schelsky ist am 24. Februar 1984 in Münster gestorben. Sein Leben ist ein Stück Geschichte der deutschen Soziologie gewesen, und es scheint, rückblickend gesehen, genau dazu bestimmt gewesen zu sein.

Es ist nicht leicht, das nachzuzeichnen, was ihn geleitet haben mag. Sicher kam es ihm nicht darauf an, in einem der vielen Spezialbereiche der Soziologie ständig an der Spitze der Forschung zu marschieren. Es war auch nicht seine Sache, theoretische Hypothesen methodengenau zu verifizieren oder zu falsifizieren. Er war gewissermaßen kein vollprofessionalisierter Soziologe. Eher ging es ihm um eine geistige Durchdringung der sozialen Wirklichkeit, um soziologisch geschulten Scharfblick und um das treffende Wort - die »skeptische Generation« als eines der bekannt gewordenen Beispiele. Schelsky konnte beobachten und formulieren. Er konnte Wendepunkte sehen oder auch Schwachstellen einer Theorie. »Wo bleibt bei Ihnen der Mensch?«, hat er mich immer wieder gefragt, und an Jürgen Habermas ging einmal die Frage, was denn nach dem Konsens komme.

Die noch weitgehend verdeckte Geschichte der deutschen Soziologie zwischen 1933 und 1945 muß Schelsky die ersten Anregungen gegeben haben. Seine Bekanntschaften mit Hans Freyer und mit Arnold Gehlen, aber auch mit Gotthard Günther gehen auf diese Zeit zurück. Die Legende, es habe in dieser Zeit keine Soziologie in Deutschland gegeben, mag den Wiederaufbau der Soziologie nach 1945 erleichtert haben. Sie ist sicher falsch, so wie es ebenso falsch ist, alle geistige Aktivität jener Zeit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer ideologischen und politischen Nähe zum Nationalsozialismus zu beurteilen. Schelskys Vertrauen in die Möglichkeit einer direkten Erfassung und Beschreibung der sozialen Wirklichkeit muß in dieser Zeit Wurzeln gefaßt haben. Hat er das gewollt, was nur den Göttern möglich ist (Timaios 68 D): das Mannigfaltige als Einheit zu sehen und die Einheit in eine Mannigfaltigkeit wiederaufzulösen? Eine sol-

che Einstellung hat ihre Zeit und hat ihre eigene Geschichtlichkeit. Sie wäre ohne Vorbereitung durch die deutsche Philosophie nicht möglich gewesen. Sie setzt formulierte Humanität voraus. Sie fand ihre besten Möglichkeiten in den 50er Jahren auf dem relativ freien Feld der neuen Nachkriegsrealität. Die Themenwahl Schelskys in dieser Zeit - Familie, Jugend, Schule - suchte diese Realität außerhalb der festgelegten politisch-ökonomischen Theorie und außerhalb der Klassiker-Traditionen des Faches. Auch sein Leitbegriff der Institution hatte eher anthropologische als soziologische Wurzeln. Mit diesem Ansatz geriet Schelsky dann in die Bildungstheorie und in die Hochschulpolitik, deren Ambitionen und deren Scheitern sein weiteres Leben bestimmten. Seine Vorstellung der im Forschungsprozeß zu vollziehenden Lehre bestimmten die Gründungspläne der Universität Bielefeld. Hier operierte Schelsky als eine Art realistischer Idealist. Er hatte die Telefonnummern wichtiger Abgeordneter in der Tasche und wirkte gelegentlich am Kultusministerium vorbei direkt auf das Parlament ein. Obwohl Soziologe, unterschätzte er aber die Widerstände, nämlich die Emanzipationsneurosen der Assistenten und Studenten und den Umstand, daß die Ministerialbürokratie nur in einer Deklination deklinieren kann. Als in seiner eigenen Fakultät dann beschämende Intrigen seiner Kollegen hinzukamen, nahm er seinen Lehrstuhl und ging - ein in der deutschen Universitätsgeschichte wohl einmaliger Vorgang.

Gleichsam in seine eigene posthistoire versetzt, fand Schelsky eine neue Aufgabe in einem schon lange gepflegten Interessengebiet: in der Rechtssoziologie. Einer der Schwerpunkte interdisziplinärer Zusammenarbeit in Bielefeld sollte hier liegen. Eine Tagungsserie war geplant und wurde in Gang gesetzt. Das Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie legt davon Zeugnis ab. Die Anregung, meine Gedanken über Rechtssoziologie in einem Büchlein zusammenzufassen und damit die Lehrreife dieses Fachgebiets zu dokumentieren, geht auf Schelsky zurück. Alles in allem stand für ihn nicht so sehr die ideenpolitische Vermehrung und Durchsetzung eigener Gedanken, von Schulenbildung ganz zu schweigen, als vielmehr die Förderung der Sache selbst im Vordergrund. Seine eigenen Beiträge entwickelten sich eher in der Profilierung gegen derzeit dominie-

rende empirische bzw. gesellschaftskritische Tendenzen. Recht war für ihn, darin den Klassikern wie Max Weber und Emile Durkheim, aber auch Talcott Parsons verwandt, immer schon mehr gewesen als ein bloßes Subsystem der Gesellschaft. Es erschien ihm als institutionell abgesicherte, auf den Menschen zielende Sonderform der Rationalität. »Die juridische Rationalität« hieß sein letzter, als Abschied gedachter Vortrag vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften.

Eine zweite Wirkungsweise: die sich bewußt über wissenschaftstypische Restriktionen hinwegsetzende politische Polemik, hat wenig Verständnis gefunden. Die Gründe hierfür sind jedoch nicht nur in Schelskys Biographie zu suchen. Es ging ihm, wie ich aus Gesprächen weiß, darum, Ausdrucksformen für Reflexion zu finden, die dann noch möglich ist, wenn der wissenschaftliche Diskurs durch einen unlösbaren Streit - und hier speziell: durch die selbstsichere Provinzialität der Frankfurter Schule - unterbrochen ist. Eine Art verzweifelte Reflexion auf die Verzweiflung an der Reflexion also? Jedenfalls meinte Schelsky, in dieser Situation sei nur noch Handeln möglich. Er hätte sich dafür auf Immanuel Kant oder auf Karl Marx berufen können. Aber solches Zitieren wäre Stilbruch und Reflexionsdefizit gewesen; es hätte in den wissenschaftlichen Diskurs zurückgeführt, aus dem Schelsky gerade ausbrechen wollte.

Der Angriff hat ihm die Etikettierung als konservativ oder gar - welch sprachliche Gedankenlosigkeit! - als »neo-konservativ« eingetragen. Das läßt sich wohl nur mit Hilfe des labeling approach erklären. Weder der Denkstil noch die Ideen Schelskys waren nach Tendenz oder Intention konservativ. Es wäre ihm als abwegig erschienen, das, was sich durchgesetzt hat, deswegen für gut zu halten oder Ideen auf Grund ihrer Überlieferung zu akzeptieren. Kritische Distanz war in allem, was ihn bewegte, zu spüren; und seine Polemik gegen die Priesterherrschaft der Intellektuellen und gegen die Betreuungsherrschaft der Funktionäre war gerade darauf zurückzuführen, daß er Zeittendenzen zu sehen meinte, die sich als Herrschaft unter Ausschluß der Freiheit, anders zu denken, durchgesetzt hatten.

Man sollte es bei dem durch Polemik verzerrten und zutiefst

unrichtigen Bild des Helmut Schelsky der letzten Jahre nicht belassen. Es ist zu sehr ein Artefakt der problematischen Geschichte der neueren Soziologie in Deutschland, und es verstellt den Rückblick auf das, was Schelsky für diese Soziologie bedeutet und bewirkt hat.

Kommunikation mit Zettelkästen
Ein Erfahrungsbericht

I

Das Folgende ist ein Stück empirischer Sozialforschung. Es betrifft mich und einen anderen: meinen Zettelkasten. Es ist klar, daß in diesem Falle die üblichen Methoden der empirischen Sozialforschung versagen. Dennoch handelt es sich um Empirie, denn den Fall gibt es wirklich. Und es handelt sich um Forschung, denn man kann, so hoffe ich wenigstens, generalisieren; und dies, obwohl einer der Beteiligten, nein: beide Beteiligten, die Generalisierung selbst an sich selbst vollziehen.

Für generalisierende, auch auf andere Fälle anwendbare Forschung braucht man Probleme, Begriffe und, wo möglich, Theorien. Uns (mir und meinem Zettelkasten) liegt es nahe, an Systemtheorie zu denken. Sie wird jedenfalls vorausgesetzt. Dennoch wählen wir für die Präsentation hier einen kommunikationstheoretischen Ansatz. Denn: daß wir uns für Systeme halten, wird niemanden überraschen. Aber Kommunikation, oder gar erfolgreiche Kommunikation? Der eine hört auf den anderen? Das bedarf der Erläuterung.

Daß Zettelkästen als Kommunikationspartner empfohlen werden können, hat zunächst einen einfachen Grund in technisch-ökonomischen Problemen wissenschaftlichen Arbeitens. Ohne zu schreiben, kann man nicht denken; jedenfalls nicht in anspruchsvoller, anschlußfähiger Weise. Irgendwie muß man Differenzen markieren, Distinktionen entweder explizit oder in Begriffen impliziert festhalten; nur die so gesicherte Konstanz des Schemas, das Informationen erzeugt, garantiert den Zusammenhalt der anschließenden Informationsverarbeitungsprozesse. Wenn man aber sowieso schreiben muß, ist es zweckmäßig, diese Aktivität zugleich auszunutzen, um sich im System der Notizen einen kompetenten Kommunikationspartner zu schaffen.

Für Kommunikation ist eine der elementaren Voraussetzungen, daß die Partner sich wechselseitig überraschen können. Nur so ist ein Generieren von Information im jeweils anderen möglich. Information ist ein innersystemisches Ereignis. Sie ergibt

sich, wenn man eine Nachricht, einen Eintrag, im Hinblick auf andere Möglichkeiten vergleicht. Information entsteht also nur in Systemen, die ein Vergleichsschema besitzen (und sei es nur das Schema: dies oder etwas anderes). Für Kommunikation ist nicht vorauszusetzen, daß beide Partner das gleiche Vergleichsschema verwenden; der Überraschungseffekt steigt sogar, wenn dies nicht der Fall ist und man es als Zufall ansieht, daß eine Nachricht vor einem Horizont anderer Möglichkeiten etwas besagt oder gar brauchbar ist. Anders gesagt: die »variety« im kommunizierenden System wird größer, wenn auch der Fall vorkommen kann, daß die Partner trotz unterschiedlicher Vergleichshinsichten erfolgreich (das heißt: für einen der Partner brauchbar) kommunizieren. Das erfordert den Einbau von Zufall ins System - Zufall in dem Sinne, daß nicht durch die Übereinstimmung der Vergleichsschemata schon gesichert ist, daß die Informationen, die die Kommunikation übermittelt, stimmen; sondern daß dies sich »aus Anlaß« der Kommunikation ergibt oder auch nicht.

Soll ein Kommunikationssystem über längere Zeit zusammenhalten, muß entweder der Weg hochgradig technischer Spezialisierung oder der Weg der Inkorporierung von Zufall und ad hoc generierter Information gewählt werden. Auf Notizsammlungen übertragen: Man kann den Weg einer thematischen Spezialisierung (etwa: Notizen über das Staatshaftungsrecht) oder den Weg einer offenen Anlage wählen. Wir haben uns für die zuletzt genannte Alternative entschieden, und nach nunmehr 26 Jahren erfolgreicher, nur gelegentlich schwieriger Zusammenarbeit können wir den Erfolg - oder zumindest: die Gangbarkeit dieses Weges bestätigen.

Natürlich stellt der Weg eines auf Dauer angelegten, offenen, thematisch nicht begrenzten (nur sich selbst begrenzenden) Kommunikationssystems bestimmte strukturelle Anforderungen an die Partner. Man wird bei dem gegenwärtig immer noch hohen Vertrauen in die Fähigkeiten des Menschen mir selbst zutrauen, daß ich diese Voraussetzungen erfüllen kann. Aber der Zettelkasten? Wie muß der Zettelkasten angelegt sein, damit er entsprechende kommunikative Kompetenz erwirbt?

Auf diese Frage kann hier nicht deduktiv, nicht aus einer Übersicht über alle Möglichkeiten und nicht durch Auswahl

der besten geantwortet werden. Wir bleiben auf dem Boden der Empirie und geben nur eine theoriegesättigte Deskription.

II

Zur technischen Ausstattung des Zettelkastens gehören hölzerne Kästen mit nach vorne ausziehbaren Fächern und Zettel im Oktav-Format. Diese Zettel sollten nur einseitig beschrieben werden, damit man beim Suchen von vorne lesen kann, ohne den Zettel herauszunehmen. Das verdoppelt zwar den Raumbedarf (aber doch nicht ganz, weil ja nicht alle Zettel auch hinten beschrieben werden würden), und das ist nicht unbedenklich, da nach einigen Jahrzehnten der Benutzung die Kastenanlage so groß werden kann, daß man sie von einem Sitzplatz aus nicht mehr leicht bedienen kann. Um dem entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, auf Karteikarten zu verzichten und Papier zu nehmen.

Dies sind jedoch Äußerlichkeiten, die nur die Bequemlichkeit und nicht die Leistung betreffen. Für das Innere des Zettelkastens, für das Arrangement der Notizen, für sein geistiges Leben ist entscheidend, daß man sich *gegen eine systematische Ordnung* nach Themen und Unterthemen und *statt dessen* für eine *feste Stellordnung* entscheidet. Ein inhaltliches System (nach Art einer Buchgliederung) würde bedeuten, daß man sich ein für allemal (für Jahrzehnte im voraus!) auf eine bestimmte Sequenz festlegt. Das muß, wenn man das Kommunikationssystem und sich selbst als entwicklungsfähig einschätzt, sehr rasch zu unlösbaren Einordnungsproblemen führen. Die feste Stellordnung braucht kein System. Es genügt für sie, daß man jedem Zettel eine Nummer gibt, sie gut sichtbar (bei uns links oben) anbringt und diese Nummer und damit den Standort niemals ändert. Diese Strukturentscheidung ist diejenige Reduktion der Komplexität möglicher Arrangements, die den Aufbau hoher Komplexität im Zettelkasten und damit seine Kommunikationsfähigkeit erst ermöglicht.

Feststehende Numerierung unter Abstraktion von einer inhaltlichen Ordnung des Gesamtaufbaus hat eine Reihe von Vorteilen, die, zusammengenommen, das Erreichen eines höheren Ordnungstyps ermöglichen. Solche Vorteile sind:

1. Beliebige innere Verzweigungsfähigkeit. Man braucht zusätz-

liche Notizen nicht hintenanzufügen, sondern kann sie überall anschließen, auch an einzelne Worte mitten im laufenden Text. Ein Zettel mit der Nummer 57/12 kann dann im laufenden Text über 57/13 usw. weitergeführt werden, kann aber zugleich von einem bestimmten Wort oder Gedanken aus mit 57/12a ergänzt werden, fortlaufend über 57/12b usw.; wobei intern dann wieder 57/12al usw. angeschlossen werden kann. Auf dem Zettel selbst verwende ich rote Buchstaben oder Zahlen, um die Anschlußstelle zu markieren. Es kann mehrere Anschlußstellen auf einem Zettel geben. Auf diese Weise ist eine Art Wachstum nach innen möglich je nachdem, was an Gedankengut anfällt, ohne systematische Vorprogrammierung und ohne Bindung an sequentielle Linearität. Der Nachteil ist: daß der ursprünglich laufende Text oft durch Hunderte von Zwischenzetteln unterbrochen ist; aber wenn man die Numerierung systematisch handhabt, läßt sich der ursprüngliche Textzusammenhang leicht wiederfinden.

2. *Verweisungsmöglichkeiten.* Da alle Zettel feste Nummern haben, kann man auf Zetteln Verweisungen in beliebiger Zahl anbringen. Zentralbegriffe können mit einem Haufen von Verweisungen belegt sein, die angeben, in welchen anderen Zusammenhängen etwas zu ihnen Gehöriges festgehalten ist. Durch Verweisungen kann, ohne allzuviel Arbeits- und Papieraufwand, das Problem des »multiple storage« gelöst werden. Bei dieser Technik ist es weniger wichtig, wo eine neue Notiz eingeordnet wird. Wenn sich mehrere Möglichkeiten bieten, kann man das Problem nach Belieben lösen und den Zusammenhang durch Verweisungen festhalten. Oft suggeriert die Arbeitssituation, aus der heraus man sich zu einer Notiz entscheidet, eine Vielzahl von Bezügen auf schon Vorhandenes, besonders wenn der Zettelkasten schon groß ist. Es ist dann wichtig, den Zusammenhang gleichsam strahlenförmig, ebenso aber auch mit Querverweisungen an den angezogenen Stellen, sogleich festzuhalten. In diesem Arbeitsprozeß reichert sich zumeist auch das an, was man inhaltlich notiert.

3. *Register.* Mangels einer systematischen Stellordnung muß man den Prozeß des Wiederfindens von Eintragungen regeln, denn man kann sich hier nicht auf sein Nummern-Gedächtnis

verlassen. (Das Abwechseln von Zahlen und Buchstaben in der Numerierung von Zetteln ist zwar eine Gedächtnishilfe und ebenso eine optische Erleichterung beim Suchen von Zetteln, reicht aber natürlich nicht aus.) Also ist ein Schlagwortregister nötig, das laufend fortgeführt wird. Auch hierfür ist die Numerierung der einzelnen Zettel unentbehrlich. Ein parallel arbeitendes Hilfsmittel kann mit dem bibliographischen Apparat verbunden werden. Bibliographische Notizen, die man aus der Literatur herauszieht, sollten innerhalb des Zettelkastens festgehalten werden. Bücher, Aufsätze usw., die man tatsächlich gelesen hat, gehören mit je einem besonderen Zettel mit bibliographischen Angaben in einen besonderen Kasten. Man kann dann nicht nur nach längerer Zeit feststellen, was man wirklich gelesen und was man nur vorsorglich notiert hatte; sondern die bibliographischen Zettel bieten auch die Möglichkeiten, Verweisungsnummern anzubringen, die festhalten, wo man Notizen festgehalten hat, die sich auf dieses Werk beziehen oder durch es angeregt waren. Das erweist sich als hilfreich, weil das eigene Gedächtnis - anderen wird es ähnlich gehen wie mir - nur zum Teil mit Schlagworten und zum Teil mit Autorennamen arbeitet.

Als Ergebnis längerer Arbeit mit dieser Technik entsteht eine Art Zweitgedächtnis, ein Alter ego, mit dem man laufend kommunizieren kann. Es weist, darin dem eigenen Gedächtnis ähnlich, keine durchkonstruierte Gesamtordnung auf, auch keine Hierarchie und erst recht keine lineare Struktur wie ein Buch. Eben dadurch gewinnt es ein von seinem Autor unabhängiges Eigenleben. Die Gesamtheit der Notizen läßt sich nur als Unordnung beschreiben, immerhin aber als Unordnung mit nichtbeliebiger interner Struktur.[1] Manches versickert, manche Notiz wird man nie wieder sehen. Andererseits gibt es bevorzugte Zentren, Klumpenbildungen und Regionen, mit denen man häufiger arbeitet als mit anderen. Es gibt groß projizierte Ideenkomplexe,

[1] Ein zutreffender Vergleich wäre die Mülltonne, die auch als Modell für Organisationen benutzt worden ist. Vgl. Michael D. Cohen/James G. March/Johan P.Olsen, A Garbage Can Model of Organizationa! Choice, in: Administrative Science Quarterly 17 (1972), S. 1-15.

die nie ausgeführt werden; und es gibt Nebeneinfälle, die sich nach und nach anreichern und aufblähen, die an untergeordneter Textstelle angebracht mehr und mehr dazu tendieren, das System zu beherrschen. Um zusammenzufassen: Es ist mit dieser Technik gewährleistet, daß die Ordnung, sie ist ja nur formal, nicht zur Fessel wird, sondern sich der Gedankenentwicklung anpaßt.

Ähnlich wie man in der Erkenntnistheorie die Vorstellung aufzugeben hat, es gebe »privilegierte Vorstellungen«, von denen aus der Wahrheitswert anderer Vorstellungen oder Aussagen kontrolliert werden könne[2], muß man aber auch beim Anlegen eines Zettelkastens die Vorstellung aufgeben, es gebe privilegierte Plätze, Zettel von besonderer, erkenntnisgarantierender Qualität. Jede Notiz ist nur ein Element, das seine Qualität erst aus dem Netz der Verweisungen und Rückverweisungen im System erhält. Eine Notiz, die an dieses Netz nicht angeschlossen ist, geht im Zettelkasten verloren, wird vom Zettelkasten vergessen. Ihre Wiederentdeckung ist auf Zufälle angewiesen und auch darauf, daß dieser Wiederfund im Moment des Vorfalls zufällig etwas besagt.

III

Will man einen Kommunikationspartner aufziehen, ist es gut, ihn von vornherein mit Selbständigkeit auszustatten. Ein Zettelkasten, der nach den gegebenen Hinweisen angelegt ist, kann hohe Selbständigkeit erreichen. Es mag andere, äquifinale Wege geben, um dieses Ziel zu erreichen. Die geschilderte Reduktion auf eine feste, aber nur formale Stellordnung und die entsprechende Kombination von Ordnung und Unordnung ist jedenfalls einer von ihnen.

Natürlich setzt Selbständigkeit ein Mindestmaß an Eigenkomplexität voraus. Der Zettelkasten braucht einige Jahre, um genügend kritische Masse zu gewinnen. Bis dahin arbeitet er nur als Behälter, aus dem man das herausholt, was man hineingetan hat. Mit zunehmender Größe und Komplexität wird dies anders. Einerseits vermehrt sich die Zahl der Zugänge und Abfragemög-

[2] Vgl. hierzu Richard Rorty, Der Spiegel der Natur: Eine Kritik der Philosophie, dt. Übers. Frankfurt 1981, S. 185 ff.

lichkeiten. Er wird zum Universalinstrument. Fast alles kann man unterbringen, und zwar nicht nur ad hoc und isoliert, sondern mit internen Anschlußmöglichkeiten. Er wird ein sensibles System, das auf vielerlei Einfälle, sofern sie nur notierbar sind, intern anspricht. Man fragt sich zum Beispiel, warum einerseits die Museen leer und andererseits die Ausstellungen Monet, Picasso, Medici überlaufen sind; der Zettelkasten nimmt diese Frage an unter dem Gesichtspunkt der Präferenz für Befristetes. Natürlich sind die intern bereitstehenden Anschlüsse selektiv, wie dieses Beispiel zeigen soll. Sie liegen außerdem, da eine Systemgrenze zwischen dem Eintragenden und dem Zettelkasten überschritten werden muß, im Bereich des Nichtselbstverständlichen. Ein neuer Eintrag kann sich natürlich auch isolieren - etwa unter dem Stichwort Picasso für die Picasso-Ausstellung. Wenn man dagegen Kommunikation mit dem Zettelkasten sucht, muß man nach internen Anschlußmöglichkeiten suchen, die Unerwartetes (Information) ergeben. Man kann versuchen, die Erfahrungen in Paris, Florenz, New York unter Allgemeinbegriffen wie Kunst oder Ausstellung oder Gedränge (interaktionistisch) oder Masse oder Freiheit oder Bildung zu generalisieren und sehen, ob der Zettelkasten reagiert. Ergiebiger ist es zumeist, nach Problemstellungen zu suchen, die Heterogenes zueinander in Beziehung setzen.

Jedenfalls gewinnt die Kommunikation an Fruchtbarkeit, wenn es gelingt, aus Anlaß von Eintragungen oder von Abfragen das interne Verweisungsnetz in Betrieb zu setzen. Auch ein Gedächtnis funktioniert ja nicht als Summe von Punkt-für-Punkt-Zugriffen, sondern benutzt interne Relationierungen und wird erst auf dieser Ebene der Reduktion eigener Komplexität fruchtbar.[1] Auf diese Weise wird - durchaus punktuell, in diesem Moment, aus Anlaß eines Suchimpulses - mehr an Information verfügbar, als man bei der Anfrage im Sinne hatte; und vor allem mehr an Information, als jemals in der Form von Notizen gespeichert worden waren. Der Zettelkasten gibt aus gegebenen Anlässen kombinatorische Möglichkeiten her, die so nie geplant,

[3] Vgl. W. Ross Ashby, The Place of the Brain in the Natural World, in: Currents in Modern Biology 1 (1967), S. 95-104, besonders auch im Hinblick auf die Inadäquität der Computer-Technologie in speziell dieser Hinsicht.

nie vorgedacht, nie konzipiert worden waren. Dieser Innovationseffekt beruht einerseits darauf, daß die Anfrage Relationierungsmöglichkeiten provozieren kann, die noch gar nicht traciert waren; zum anderen aber auch darauf, daß sie auf interne Selektionshorizonte und Vergleichsmöglichkeiten trifft, die mit ihrem eigenen Suchschema nicht identisch sind.

Gegenüber dieser Struktur, die aktualisierbare Verknüpfungsmöglichkeiten bereithält, tritt die Bedeutung des konkret Notierten zurück. Vieles davon wird rasch unbrauchbar oder bleibt bei gegebenem Anlaß unbenutzbar. Das gilt sowohl für Exzerpte, die ohnehin nur bei besonders prägnanten Formulierungen lohnen, als auch für eigene Überlegungen. Wissenschaftliche Publikationen entstehen denn auch nicht, so jedenfalls meine Erfahrung, durch Abschreiben dessen, was für diesen Zweck im Zettelkasten schon niedergelegt ist. Die Kommunikation mit dem Zettelkasten wird erst auf höher generalisierten Ebenen fruchtbar, nämlich auf der Ebene der kommunikativen Relationierung von Relationen. Und sie wird erst im Moment der Auswertung produktiv, also zeitgebunden und in hohem Maße zufällig.

IV

Man mag sich fragen, ob damit nicht auch die Ergebnisse einer solchen Kommunikation Zufallsprodukte sind. Das wäre indes eine zu stark komprimierte Vermutung. Innerhalb der Wissenschaftstheorie ist die Stellung des Zufalls umstritten. Wenn man evolutionstheoretischen Modellen folgt, hat Zufall eine geradezu führende Rolle.[4] Ohne ihn geht nichts, geht jedenfalls nichts voran. Ohne Variation am gegebenen Gedankengut gibt es keine Möglichkeiten der Prüfung und Selektion von Neuerungen. Das eigentliche Problem verlagert sich damit in die Erzeugung von Zufällen mit hinreichend verdichteten Chancen für Selektion. Wie man aus den Analysen von Mutationsvorgängen im Bereich organischer Evolution weiß, sind Mutationen kom-

[4] Vgl. z. B. Donald W. Campbell, Variation und Seleetive Retention in Socio-Cultural Evolution, in: General Systems 14 (1969), S. 69-85; ders., Evolutionary Epistemology, in: Paul Arthur Schilpp (Hrsg.), The Philosophy of Karl Popper, La Salle III. 1974, Bd. I, S. 412-463.

plex bedingte, feinregulierte Vorgänge und haben nur durch Vorauswahl auf ihrer Ebene jene Art von Stabilität, die Voraussetzung ist für selektive Bewährung. Sie sind Zufall in dem Sinne, daß sie mit den Faktoren, die seligieren, nicht abgestimmt sind; aber sie sind gleichwohl ihrerseits durch komplexe Ordnungen konditioniert.

Die Parallele soll nicht überzogen werden ; aber man wird nicht fehlgehen mit der Vermutung, daß auch im gesellschaftlichen Bereich und speziell auch im Bereich der wissenschaftlichen Forschung Ordnung nur aus Kombinationen von Ordnung und Unordnung entsteht.[5] Mit dieser Angabe über Entstehung sind Prüfbedingungen nicht außer Kraft gesetzt, vielmehr gerade in Kraft gesetzt. Im Unterschied zur alten Unterscheidung von Genesis und Geltung geht man heute aber davon aus, daß eine Isolierung dieser beiden Aspekte gegeneinander weder möglich noch methodisch sinnvoll ist; denn auch die Erzeugung von Zufallsanregungen bedarf der Organisation, allein schon um den Anforderungen an Tempo, Häufung und Erfolgswahrscheinlichkeit zu genügen, die in einer dynamischen Gesellschaft gestellt werden müssen.

Auf dieser abstrakten Ebene einer auf Wissenschaftstheorie gerichteten und gleichwohl empirischen Forschung ist Kommunikation mit Zettelkästen sicher nur eine unter vielen Möglichkeiten. Die Zufälle der Lektüre spielen eine Rolle oder auch Mißverständnisse aus Anlaß von interdisziplinären Gedankenbewegungen. Nicht zuletzt ist, ganz traditionell gesehen, die »Einheit von Forschung und Lehre« eine Reibungsfront mit zufallgenerierenden Effekten. Daß auch Kommunikation mit Zettelkästen hierfür als ein funktionales Äquivalent in Betracht kommt und daß sie, verglichen mit den anderen Möglichkeiten, viele Vorteile hat, was Informationsverdichtung, Tempo und wechselseitige Gefügigkeit angeht, können wir bestätigen.

[5] Eine heute geradezu Mode gewordene Auffassung. Vgl. z. B. Henri Atlan, Du bruit comme principe d'auto-organisation, in: Communications 18 (1972), S. 21-36; Anthony Wilden, L'écriture et le bruit dans la morphogenèse du système ouvert, in: Communications 18 (1972), S. 48-71. Mein Zettelkasten gibt unter der Nummer 21/3d26g 104,1 hierzu die Verweisungen: Selbstreferenz, noise, Morphogenese/Selbstorganisation, System/Umwelt, Evolution (Variation), Differenz.

Interdisziplinäre Theoriebildung in den Sozialwissenschaften

I

Nach fast zwanzigjähriger Tätigkeit an Hochschulen und Universitäten stehe ich verstärkt unter dem Eindruck, daß die Möglichkeiten zu einer Disziplinen übergreifenden Theoriebildung nicht hinreichend gesehen, geschweige denn genutzt werden.

Diese Sachlage hat sicherlich eine Vielzahl von Ursachen, die sich zudem von Disziplin zu Disziplin unterscheiden. Zum Teil haben Wege, die man zu begehen versucht hatte, letztlich enttäuscht. Das gilt nach meinem Eindruck für die Benutzung von Mathemathik bzw. kalkülförmiger Darstellungen als Theorietechnik und ebenso für die Erwartungen, daß sich auf Grund massenhafter empirischer Sozialforschung im Laufe der Zeit Theorien größerer Reichweite herausdestillieren ließen. Daß beide Unternehmungen, und die empirische mehr als die mathematische, mit erfolgreichen Forschungen und mit wichtigen Erkenntnisgewinnen aufwarten können, soll keineswegs bestritten werden. Aber auch die kritischen Bewegungen gegen formale Modellkonstruktionen ohne ausreichenden Realitätsbezug und gegen eine extrem aufwendige empirische Forschung, deren Resultate nicht einmal das Wissen erreichen, das Kennern des Milieus ohnehin zur Verfügung steht, lassen sich nicht mehr ignorieren. Jedenfalls ist es auf diesen Wegen nicht zum Aufbau einer interdisziplinär kontaktfähigen sozialwissenschaftlichen Theorie gekommen. Und speziell die Soziologie zieht sich angesichts einer bemerkenswerten Nachfrage von seiten der Rechtswissenschaft, der Pädagogik, der Geschichtswissenschaft, der Theologie (um nur einige zu nennen) auf eine Beschäftigung mit selbstgemachten Daten oder selbstgemachten Klassikern zurück.

Dies ist nicht einfach eine zu korrigierende Fehleinstellung; und es ist auch nicht einfach der Erfahrung zuzuschreiben, daß anspruchsvoll auftretende Theorien sich mehr oder weniger zu Recht dem Ideologieverdacht ausgesetzt sehen. Entscheidend ist vielmehr, daß der kombinatorische Aufwand sehr hoch liegt, daß ungewöhnlich abstrakte und durchgehend interdependente

Begriffsentscheidungen zu treffen sind, die zudem mit dem Theoriegut der Einzeldisziplinen sehr selektiv umgehen müssen. Dies wirkt wie eine Entmutigungsschwelle - zumal in einer hochschulpolitischen Situation, die kurze und sichere Wege zum Erfolg, das heißt frühzeitige Spezialisierungen begünstigt.

Eine Folge dieses Schwelleneffektes ist: daß im Bereich der allgemeinen Theorie mit Begriffsworten gearbeitet wird, die sich nur halten lassen, wenn längst vorliegende Analyseerfahrungen ignoriert werden. Man spricht von »Handlung«, so als ob es keine Attributionstheorie und keine Analysen der Ereignis/Struktur-Zusammenhänge (Whitehead, Mead) gäbe. Man hält »Konsens« für erforderlich zur Legitimation von politischen Entscheidungen, ohne das Problem solcher »Kollektivsingulare« (Koselleck) zu bedenken; ohne anzugeben, wie denn Mentalzustände einzelner Personen überhaupt mit der Massenproduktion politischer Entscheidungen in Übereinstimmung gebracht werden können; ohne zu berücksichtigen, wieviel Politik durch Nichtentscheiden gemacht wird; und ohne daran zu denken, daß es der Sozialpsychologie bisher kaum gelungen ist, verläßliche Zusammenhänge zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu entdecken. Begriffsdispositionen dieser Art eignen sich nicht als Entwicklungsschritte zum Aufbau einer funktionsfähigen sozialwissenschaftlichen Theorie; sie verdekken nur den Platz, an dem Theorien entstehen müßten, die vorliegendes Gedankengut wirklich organisieren und für weitere Forschungen reformulieren können.

Es ist verständlich, daß es in dieser Situation zu einem Theoriedefätismus kommt oder auch zu einem intellektuell verständlichen Widerwillen gegen das prätentiöse Gehabe »großer Theorie«, gegen anmaßende und uninformierte, mit den Geschäften nicht vertraute »Kritik« oder gar gegen die ihre eigenen Probleme nicht lösende Soziologie schlechthin. Diese Kritik ist jedoch ebenso blind wie die Theorieformulierungen, gegen die sie sich richtet. Beide sehen den Reichtum an kombinatorischen Möglichkeiten nicht, der ungenutzt brachliegt, weil seine Nutzung eine unübliche Art von Anstrengung und eine unübliche Art von Theorietechnik erfordert.

Meine optimistische Einschätzung der Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher Theoriebildung beruht vor allem auf neueren

Entwicklungen außerhalb der Soziologie, die mit Stichworten wie System, Komplexität, Differenz, Information, Kommunikation, Evolution, Kontingenz, Selektion, Selbstreferenz gekennzeichnet werden können und teils in Einzeldisziplinen, teils in übergreifenden Arbeitszusammenhängen wie Allgemeiner Systemtheorie und Kybernetik gepflegt werden. So ist zum Beispiel in der Allgemeinen Systemtheorie die ältere Betrachtung des Systems als gegliederter Einheit ersetzt worden durch ein Konzept, das von der Differenz von System und Umwelt ausgeht. Dieses Konzept wird zur Zeit erneut revidiert durch Einbau von Begriffen für selbstreferentielle Strukturen und Prozesse. Systeme können danach begriffen werden als Einheiten, die sich durch Ausdifferenzierung aus einer Umwelt konstituieren und in sich selbst eine Beschreibung der Differenz von System und Umwelt enthalten. Das Moment der »Reflexion« wird sozusagen aus dem Subjekt in das Objekt verlagert. Das wiederum erfordert eine Revolutionierung der Erkenntnistheorie, die von »subjektiven« oder transzendentalen oder schlicht normativen Grundlagen auf eine Art naturale Epistemologie des selbstreferentiellen Beobachtens selbstreferentieller Systeme umgestellt werden muß.

Zu den tiefgreifenden Konsequenzen dieser Entwicklung gehört es, daß die Systemtheorie von technisch-technologischen auf reflexive Verhältnisse umgestellt wird, von Design und Kontrolle auf Autonomie der Systeme, von Planung auf Evolution, von statischer auf dynamische Stabilität, um nur einige Gesichtspunkte zu nennen. Die (in der Polemik immer schon überzogene) Kontrastierung von naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen oder technischen und humanistischen Theorieinteressen wird dadurch aufgelöst, zumindest relativiert. Erst recht muß die alte Aversion der Soziologie gegen »Maschine« oder »Organismus« als Orientierungsmodell überprüft werden. Natürlich geht es nicht einmal mehr um >Analogien< zwischen Maschine/Organismus und sozialem System. Aber die Fortschritte im Bereich allgemeiner Theorie sind so frappant, daß sie in den Sozialwissenschaften nicht allein deshalb abgewiesen werden sollten, weil sie aus der Erfahrung mit der Programmierung von Computern oder aus Untersuchungen über das Froschauge hervorgegangen sind.

Diese Veränderungen im semantischen Kontext von interdisziplinärer Theorie werden international bereits weitläufig diskutiert. Auf den beiden letzten Weltkongressen für Kybernetik und Systemtheorie sowie in zahlreichen kleineren Veranstaltungen faszinierten sie zumindest eine beachtliche Minderheit. Die offizielle Soziologie (einige Soziologen ausgenommen) hat dies noch gar nicht bemerkt. Erste Bestrebungen, dafür im Rahmen der International Sociological Association ein Diskussionsforum zu schaffen, laufen soeben an. Angesichts der Härte, mit der die amerikanische Soziologie die Parsonssche Theorie für erledigt erklärt, wird man es für einen Erfolg ansehen müssen, wenn allgemeine Theorie jedenfalls als Anliegen einer kleinen Sekte anerkannt wird, neben Forschergruppen, die sich für Rassenvorurteile, kompensatorische Erziehung oder Homosexualität interessieren.

In dieser Situation scheint die international führende amerikanische Soziologie besondere Erwartungen mit Europa zu verbinden. Jedenfalls gab es auf dem letzten Kongreß der American Sociological Association erstmals eine gut besuchte Spezialveranstaltung über westeuropäische Soziologie. Europa aber bietet seine Klassiker an, zum zweitenmal sozusagen und mit einigen neuentdeckten Details aus der Werkgeschichte und der Biographie . Jede wirklich eindringende Theoriearbeit würde denn auch die vorauszusetzenden Verständnishorizonte sprengen und daher folgenlos bleiben. Es wäre höchst unrealistisch, rasch einsetzende Breitenwirkungen zu erwarten. Andererseits organisieren Vorstöße dieser Art, so jedenfalls meine Erfahrung, doch Kontakte und Beziehungsnetze. Unbekannte treten aus den Kulissen, und man hat nicht den Eindruck, daß es vergeblich sei.

II

Auf diese sicher subjektiv eingefärbte Situationsdarstellung lasse ich einen sehr persönlich gehaltenen Arbeitsbericht folgen.

Ich bin erst relativ spät und erst im Moment ihres Niederganges mit den deutschen Universitäten in nähere Berührung gekommen. Der Entschluß, beruflich im Rahmen einer Universität tätig zu werden, war mir durch die Pläne erleichtert worden, die Helmut Schelsky für die Universität Bielefeld ausgearbeitet hatte. Schon in der Aufbauphase wurde jedoch deutlich, daß

nichts davon realisiert werden konnte. Die Pläne hatten Forschung besonders intensivieren und Lehre im engen Zusammenhang mit Forschung durchführen wollen. Der Landesregierung fehlte jedoch die Kraft, ein vom Normalzuschnitt abweichendes Modell politisch durchzuhalten, und die gleichzeitig einsetzende Protestbewegung der Studenten und Assistenten führte dazu, daß alle Strukturpläne auf Gruppenkonsens gegründet wurden. Das wissenschaftliche Personal wurde emanzipiert, stand also nur noch sich selbst zur Verfügung. Generell zog sich die jüngere Generation in einem vorher unbekannten Ausmaße aus dem Kontakt mit den Älteren zurück. Berufungszusagen wurden nicht erfüllt. Die Organisation wurde in einem Ausmaß demobürokratisiert, daß der Verschleiß an Zeit und Kraft in keinem Verhältnis stand zu erwartbaren Effekten.

Zugleich bot diese Situation, wenn man sie nur konsequent behandelte, aber auch besondere Chancen. Ich habe alle Pläne, die eine Beschäftigung von Mitarbeitern voraussetzen, sehr rasch aufgegeben, und der Ertrag meiner wissenschaftlichen Arbeit ist nach Umfang, Abstraktionsgrad und thematischer Fluktuation im wesentlichen daraus zu erklären, daß ich im wissenschaftlichen Bereich keinerlei Hilfe in Anspruch nehme.

Neben dieser negativen gibt es eine positive Voraussetzung: einen gut funktionierenden Zettelkasten, der nicht nur als ein Hilfsgedächtnis arbeitet, sondern auf Grund einer nichtlinearen, rekursiven, verweisungsreichen Innenstruktur auch selbständige kombinatorische Leistungen erbringen kann. Einzeleintragungen aus wie immer zufälligen Anlässen fügen sich auf diesem Wege im Abfragefall zu unvorhersehbaren Konstellationen zusammen, und das eigene Denken paßt sich im Laufe der Zeit diesen Möglichkeiten an.

Sicherlich haben dieser Arbeitsstil und gewisse Erfordernisse, die in der Thematik selbst liegen, sich wechselseitig verstärkt. Das gilt einerseits für den Abstraktionsgrad der Begrifflichkeit, ferner für Schwierigkeiten bei der textförmigen Präsentation, die eine rckursiv und nichthierarchisch, aber gleichwohl hochinterdependent angelegte Theorie in eine Darstellungssequenz zwingt und dabei ständig mehr voraussetzen muß, als sie im Moment erläutern kann. Vor allem aber ist der rasche Wechsel thematischer Schwerpunkte einerseits bedingt durch das Interesse

an allgemeiner Theorie, andererseits aber auch ermöglicht durch die Arbeitstechnik. Einen Stab von Mitarbeitern würde man bei jeder Wendung hinter sich zurücklassen.

Mein Arbeitsschwerpunkt lag in den sechziger Jahren eher im Bereich von Organisation und Verwaltung und hat sich dann im Zuge der Umplanung angesichts der Arbeitsverhältnisse an Universitäten mehr auf die Ebene der Gesellschaftstheorie verschoben; Gegenstände sind hier neben Entwürfen zu allgemeinen Theoriefragen zunächst Rechtssystem und politisches System; sodann Religionssystem und Erziehungssystem und zur Zeit Wissenssoziologie, Wissenschaftssoziologie und Soziologie der Intimverhältnisse. Für Beobachter entsteht daraus der Eindruck, daß ich an einem »serial treatise« (G. Poggi) schreibe, in dem eine allgemeine Theorie auf einem Themenfeld nach dem anderen erprobt wird.

Im übrigen sollte Verzicht auf Hilfeleistungen, Zuarbeit und Schulbildung nicht verwechselt werden mit wissenschaftlicher Isolierung. Ein gewisses Pensum an Reisetätigkeit, Gastvorlesungen, Kongreßmitwirkung etc. versteht sich von selbst. Fernbetreuung wissenschaftlicher Arbeiten, Korrespondenz, Reaktionen auf Anfragen oder auf kritische Stellungnahmen nehmen mehr Zeit in Anspruch als die angeblich so belastende Lehrtätigkeit an der eigenen Universität. Ich habe bis vor wenigen Jahren auch versucht, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit meinen Publikationen nach Möglichkeit zu verfolgen, bis das aus Gründen der Quantität und der vielen, schwer zugänglichen ausländischen Beiträge schließlich unmöglich wurde. Aber ich sehe wissenschaftliche Produktion als Bedingung wissenschaftlicher Kontakte und nicht umgekehrt. Dabei bleibt die Art und die Selektivität der Resonanz natürlich nicht ohne Einfluß auf die weitere Themenwahl und auf die sprachliche Darstellung selbst.

Der Theorieoptimismus, den ich für vertretbar halte, findet am Anfang der achtziger Jahre wenig Anklang, zumal wenn er sich selbst als so schwierig darstellt und in schwer zu entschlüsselnden Formulierungen verbirgt. »Salvarsi col pensiero«, lautet dazu die skeptische Überschrift eines im übrigen wenig schmeichelhaften Artikels im Corriere della sera (3.XI. 1981). Dennoch scheint das Interesse an dieser Unternehmung eher zuzunehmen - vor allem wohl, weil es in der Soziologie gegenwärtig

kaum etwas Vergleichbares gibt. Engpässe liegen vor allem im langwierigen und deformierenden Prozeß des Übersetzens in fremde Sprachen.

Die Verhältnisse an deutschen Universitäten sind zwar ein Ärgernis an sich, und sie blockieren einige Aktivitäten oder stellen sie doch unter unzumutbare Anforderungen oder Unsicherheiten. Einiges, was auch noch geschehen könnte, bleibt dadurch ungeschehen. Das gilt in meinem Falle zum Beispiel für die Umsetzung internationaler Kontakte in die Arbeit der eigenen Universität, für das Veranstalten von Tagungen, Einladungen etc. Auch fehlt es an ausreichenden Schreibdiensten, so daß manche Manuskripte nie den Zustand der Reinschrift erreichen und in einer Ecke vergilben. Im übrigen habe ich aber nicht den Eindruck, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit den Mitteln, die denkbar sind, nämlich Recht, Geld und Organisation, sich auf meine Arbeiten nennenswert auswirken würde.

Probleme der Forschung in der Soziologie

Die Soziologie hält sich selbst für eine empirische Wissenschaft. Darüber besteht weitreichender Konsens. Ein ausgefeiltes Methodenbewußtsein dient seit dem zweiten Drittel dieses Jahrhunderts als wissenschaftliches Rückgrat des Faches, ja als Garant der Wissenschaftlichkeit soziologischer Forschung. Wer sich darüber hinwegsetzt, hat mit Fragen zu rechnen. Er kann als soziologischer Schriftsteller reüssieren und die Welt mit alarmierenden Ansichten erschrecken; aber ernsthafte Wissensproduktion ist, dem Allgemeinverständnis nach, an Deckung durch empirische Forschung und das heißt: an eigene Datenproduktion gebunden. Die Probleme beginnen, wenn man fragt, wie und mit welchen Methoden dieses Programm eingelöst wird.

Die Hauptachse der Methodendiskussion unterscheidet quantitative und qualitative Methoden. Es geht um statistisch auswertbare Datenbeschaffung auf der einen und um milieunahe Beschreibungen auf der anderen Seite. Die Vielfalt der Angebote und Verfahren entzieht sich einer knappen Darstellung. In beiden Fällen ist das, was als Theorie zugelassen wird, der Form nach eine Antezipation der Ergebnisse solcher Erhebungen. Das paßt zu einer konstruktivistischen Wissenschaftstheorie, die sich jedoch durch den Glauben salviert, methodengerecht erhobene Daten seien ein Beleg für den Realitätsbezug der Forschung - erkenntnistheoretisch gesehen der Sachstand vor Quines berühmter Kritik des logischen Positivismus (1951).

Die Ergebnisse dieser Forschung sind in ihrer Reichhaltigkeit beeindruckend, oft jedoch auf schwer durchschaubare Weise historisch an den Erhebungszeitpunkt gebunden. Der Theorieertrag und damit die Möglichkeit einer Verwendung von Ergebnissen für andere Gegenstandsbereiche ist eher beschränkt. Anders gesagt, die Resultate haben geringe informationelle Redundanz. Sie schränken das anderweit Mögliche sehr wenig ein. Deshalb hat sich eine eigenständige Theoriediskussion abgeschichtet, die sich in Ermangelung von Daten mit den Klassikern des Faches beschäftigt. Teils blank vom vielen Anfassen, teils schwarz vom Rauch der vielen Opferkerzen verlangen sie gera-

dezu nach Restauration und bieten so die Möglichkeit, in immer neuen Entdeckungszügen nachzuweisen, daß die Klassiker mehr gewußt haben, als man heute weiß, daß sie gewußt haben.

Ein anderes Problem ist: daß die empirische Forschung oft nicht mehr herausbekommt als in dem Milieu, das sie erforscht, den Insidern ohnehin geläufig ist - mag das Restaurantlehrlinge oder Unterhaltungsmusiker, die Ministerialbürokratie oder das Bankwesen, die Karriereförderung innerhalb politischer Parteien, die Laborsituation der naturwissenschaftlichen Forschung oder den Unterricht in Schulklassen betreffen. So dient die Publikation hauptsächlich dazu, Milieuwissen den damit nicht Vertrauten bekannt zu machen. Abstraktere, theoriegeleitete Auswertungen wären wünschenswert, aber sie überfordern sehr rasch das Datenmaterial und erscheinen vom Methodenkanon her gesehen als unseriös.

Was an diesem Stand der Forschung unbefriedigt läßt, ist nach meinem Dafürhalten nicht so sehr das Problem der »Anwendung« soziologischer Forschungsergebnisse. Hier muß man ohnehin, und das ist inzwischen durchgesetzter Forschungsstand, die Erwartungen umstellen von Erzeugung von Sicherheit auf Erzeugung strukturierter Unsicherheit. Das gravierendere Problem liegt in der Unfähigkeit der heute vorherrschenden Soziologie, zu einer Theorie der modernen Gesellschaft zu kommen. Eine wesentliche Aufgabe der Soziologie bleibt damit unerfüllt; ja es ist nicht einmal zu sehen, wie man sie von diesen Ausgangspunkten her anpacken könnte. Zwar sollte man nicht behaupten. die Theorie der Gesellschaft als des umfassenden, alle anderen einschließenden Sozialsystems sei die einzige Aufgabe der Soziologie. Auch ist sie sicher nicht die einzige Art von Theorieanstrengung, die die Soziologie sich zumuten könnte. Erst recht kann eine Theorie der Gesellschaft nicht als ein einheitlicher Theorierahmen verstanden werden, aus dem alle anderen Theorien abgeleitet werden könnten oder auf den sie sich, soll es um Soziologie gehen, beziehen müßten. Aber bei der gegenwärtigen Unsicherheit, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben, kann die Soziologie es sich nicht leisten, sich auf Methoden zurückzuziehen, die es ihr nicht erlauben, sich auf dem Gebiet der Gesellschaftstheorie zu engagieren.

Die Schwierigkeiten sind großenteils bekannt. Da ist einmal

das Komplexitätsargument. Es gebe keine Methoden, sich mit Einheiten von hoher und strukturierter Komplexität zu befassen. Entweder müsse man sich den Voraussetzungen der Statistik beugen, also eine große Zahl gleichartiger Elemente annehmen; oder man habe es mit Kleinsystemen zu tun, die mit nur wenigen Variablen angemessen beschrieben werden können. Weitgehend fällt diese Unterscheidung mit der von quantitativen und qualitativen Methoden zusammen, und offensichtlich genügt die Gesellschaft als System mit hoher und strukturierter Komplexität keiner dieser Bedingungen.

Ferner handelt es sich bei der Gesellschaft um ein selbstreferentielles, sich selbst beobachtendes und beschreibendes System. Auch dafür sind die geläufigen Theorien und Methoden unangemessen. Sie beruhen auf einer Subjekt/Objekt-Unterscheidung, von der, nebenbei bemerkt, bereits Novalis in seinen Fichtestudien bemerkt hatte, es handele sich um prekäre, scheinbare Akzidenzen. So wie die Physiker mit ihren Instrumenten selbst physikalische Phänomene sind, so sind auch die methodengestählten Beobachtungen der Soziologen selbst gesellschaftliche Phänomene. Und es wird auch zunehmend diskutiert, daß Soziologen (Ethnologen, Kulturanthropologen etc.) bei ihren Beobachtungen beobachtet werden, so daß sie nur Resultate des Beobachtens von Beobachtungen, Sichtweisen der Beobachtung zweiter Ordnung erheben können. Solche Phänomene sprengen jedoch die Möglichkeiten einer zweiwertigen Logik und erfordern strukturreichere Logiken, die nicht (oder jedenfalls nicht in der Form praktikabler Methoden) zur Verfügung stehen.

Schließlich ist die gegenwärtige Rede über Gesellschaft auf Prämissen angewiesen, die ebenso unverzichtbar wie unhaltbar sind. Der französische Epistemologe Gaston Bachelard hatte solche Sackgassensituationen »obstacles épistémologiques« genannt: Vergangene Erfolge blockieren die weitere Forschung. Dazu gehört einmal die Annahme, daß die Gesellschaft aus Menschen bestehe oder es doch mit Beziehungen zwischen Menschen zu tun habe - obwohl es nach allem, was man biochemisch, biologisch und psychologisch vom Menschen weiß, völlig unsinnig ist zu behaupten, dies alles sei Teil der Gesellschaft, gesellschaftlicher Prozeß oder auch nur gesellschaftlich relevant. Bei

aller emphatischen Hochschätzung »des Menschen« unter Traditionstiteln wie Individuum oder Subjekt weigert die Soziologie sich, ihn empirisch ernst zu nehmen.

Ähnliches gilt für die Festlegung des Gesellschaftsbegriffs auf regionale Einheiten mit entsprechenden Namen. Die USA und die Sowjetunion, Nigeria und Thailand wären danach verschiedene Gesellschaften. Auch wären die Bundesrepublik Deutschland, die ehemalige DDR und Österreich in diesem Jahrhundert zeitweise mehrere Gesellschaften, zeitweise eine Gesellschaft gewesen. Man spricht heute von »Globalisierung«, um Trends zur Entwicklung eines einheitlichen Weltsystems zu benennen. Solange aber der Gesellschaftsbegriff lexikographisch an relativ einheitliche Lebensbedingungen gebunden ist, lassen sich Regionalisierungen des Begriffs, wie klein- oder großformatig auch immer, nicht vermeiden, denn die Lebensbedingungen auf dem Erdball unterscheiden sich kraß. Andererseits wäre es gerade die Aufgabe der Soziologie, und auch dazu gibt es Ansätze in Dependenztheorien oder Kapitalismustheorien, diese Unterschiede als strukturelle Effekte der modernen Gesellschaft zu erklären, und dazu brauchte man einen Begriff der Weltgesellschaft.

Alles in allem kann die Soziologie, die sich bei methodisch gutem Gewissen mit solchen Selbstblockierungen belastet, auf die Frage: in welcher Gesellschaft leben wir? keine Antwort geben. Und es gibt gute Gründe dafür, daß dies so ist. Andererseits ist es nicht unbedenklich, die eigene Autonomie damit zu beweisen, daß man sich Fragen, die an das Fach gerichtet werden, nicht mehr stellt. Man überläßt damit Redensarten wie »Ende der Geschichte«, »Postmoderne«, »Sieg der liberalen Marktwirtschaft über den Sozialismus« und anderem öffentlichen Unfug das Terrain, für das die Soziologie eine eigene Zuständigkeit reklamieren könnte. Es wäre daher eine Überlegung wert, ob dies wirklich unvermeidbar ist.

Mindestens zwei Ressourcen erscheinen mir als gegenwärtig unausgenutzt. Einerseits könnte man daran denken, nicht allen Realitätsbezug mit selbsterhobenen Daten abzudecken, sondern sich auch mit völlig unbestrittenen Sachverhalten zu befassen und sie nur mit variierten Theorien anders zu beleuchten. Man denke an das Verhältnis von spekulativen zu investiven Kapital-

verwendungen oder an die Merkwürdigkeit, daß die Avantgarde den Kunstbegriff selbst zum Programm für Kunstwerke macht; oder daran, daß die Pädagogen offenbar reformsüchtig geworden sind und zwischen Eifer und Resignation hin und her schwingen; oder daran, daß immer mehr technologische und andere Risiken politisch thematisiert werden. Daß dies so ist, braucht gar nicht mehr bewiesen werden. Die Frage ist, welche Gesellschaft Merkwürdigkeiten dieser Art erzeugt. Es gibt viel unbestrittenes Wissen, das der Forschung zunächst als trivial erscheinen mag. Aber Theorie ist eben die Kunst, aus Trivialitäten weitreichende Schlüsse zu ziehen. Und vielleicht könnte die Soziologie ihre Distanz zur Gesellschaft weniger durch vorlaute Kritik und eher in der Form des Erstaunens über die Selbstverständlichkeiten der anderen zum Ausdruck bringen.

Eine zweite Möglichkeit bestünde darin, Ansprüche an begriffliche Genauigkeit zu steigern. Das wäre allein schon im Hinblick auf logische Hintergrundprobleme nötig, die auch die Methoden betreffen, vor allem aber in den Begriffen, die zur Formulierung von Theorien herangezogen werden. Üblicherweise werden die wenigen Begriffe, die als Grundbegriffe benutzt werden, etwa Handlung oder Beziehung oder Individuum, extrem salopp eingeführt, so als ob es genüge, Alltagsverständnis zu mobilisieren. Auf diese Weise verbaut sich die Soziologie jedoch interdisziplinäre Kontakte ebenso wie eine eigenständige Diskussion der Probleme des Theoriedesigns. Entsprechend schwierig ist es dann, festzustellen, welcher Phänomenbereich überhaupt bezeichnet wird und was durch die Wahl eines Begriffs ausgeschlossen ist. Man begegnet immer wieder dem Einwand, daß es sich bei Begriffsfragen um Glasperlenspiele ohne Realitätsbezug handele. Aber wenn die Soziologie sich auch auf der Ebene ihrer Methoden ohnehin nur eigener Konstruktionen und nicht einer Realität an sich vergewissern kann, spricht nichts dagegen, auch Begriffsfragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sich die wissenschaftsinternen Folgen unterschiedlicher Konstruktionen sorgfältiger zu überlegen.

Ein ungarischer Literaturhistoriker, Milós Szabolcsi, hat kürzlich gemeint, in der Literatur sei »une nouvelle sévérité« zu verspüren. Man möchte dergleichen auch der Soziologie wünschen.

Zwei Quellen der Bürokratisierung in Hochschulen

In den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre hat sich der Widerstand der Hochschulen gegen gesetzliche »Reglementierung« im wesentlichen eines Vorwurfs bedient: Die Hochschulen würden durch Erfordernisse der Bürokratie zu stark gebunden. Dies Thema hatte beim Erlaß des nordrhein-westfälischen Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen die Diskussion beherrscht - und irregeführt. Es taucht auch bei Anlässen von geringerer Bedeutung mit erwarteter Regelmäßigkeit wieder auf. Ein gut fundiertes Argument, so scheint es; denn die immense Zunahme von Regulierungen und formal erforderlichen Entscheidungsprozessen ist eine unbestreitbare Tatsache. Jede Reform, wie anders könnte sie sich durchsetzen, fügt dem Bestände eine neue Schicht hinzu. So bildet sich um einen, wie man hofft, gesunden Kern Schicht um Schicht. Die Schichten hängen fest miteinander zusammen, denn jede weitere ist durch die Mängel der vorangehenden motiviert. Ob der Kern noch gesund ist, ob er überhaupt noch vorhanden ist, kann dann nach einer Weile niemand mehr feststellen. Die Struktur trägt sich selbst, und man kann überzeugend nachweisen, daß genug Mängel vorhanden sind, die das ständige Suchen nach Korrekturen, Verbesserungen, Abhilfen antreiben. Die Bürokratie beschäftigt sich in bürokratischen Formen mit sich selbst.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß all dies auf schlichte Dispositionsfehler in den politischen Zentralen zurückzuführen ist. Gewiß, man weiß: Organisationen verkehren am liebsten mit Organisationen. Individuen, und Professoren zumal, sind ihnen zu unhandlich und zu unberechenbar. Jede Organisation legt Wert darauf, daß es auf der anderen Seite des Telefons funktioniert und daß die andere Seite nicht die Wahl hat, sich aus dem Kontakt zurückzuziehen, sondern ihren Entscheidungsbeitrag erbringen muß. So könnte man vermuten, die Ministerialbürokratie schaffe sich ein ebenfalls bürokratisches Gegenüber, um für eigene Entscheidungsleistungen Resonanz, Abnahme, Gegenwirkung und Neuantrieb zu finden. Das allein erklärt indes nicht

den Umfang des Phänomens und schon gar nicht die neuere Entwicklung, die anscheinend jeden Sinn für Proportionen verliert.

Fragt man nach weiteren Quellen der Bürokratisierung, so stößt man auf Faktoren, denen man diese Rolle auf den ersten Blick nicht ansieht. Es handelt sich um Faktoren, die sich allgemeiner Wertschätzung erfreuen und die deshalb zunächst außer Verdacht sind, nämlich um die *Demokratisierung* der Entscheidungsprozesse und um die *Autonomie der Lehre und Forschung.* Die Situation ist, wenn diese Annahme zutrifft, komplexer, als es zunächst scheint. Bürokratie ist nicht einfach extern auferlegte Fessel, sie ist zum guten Teil auch intern produzierte Pathologie; sie ist genau das, was man produziert, wenn man Organisation in Anspruch nimmt, um die Werte und Prinzipien zu realisieren, zu denen man sich bekennt.

Demokratisierung bedeutet schon in sich selbst: *Multiplikation der Entscheidungslast.* Aus einer Entscheidung werden viele Entscheidungen. Wer an Gremien, Kommissionen, Ausschüssen, Konferenzen, Senaten, Konzilen teilnimmt, muß entscheiden, wie er seine Stimme abgibt. Oft muß er an weiteren Sitzungen teilnehmen, die ein abgestimmtes Abstimmen sicherstellen sollen, da andernfalls die Aggregierbarkeit und die Anschlußfähigkeit des Entscheidens gefährdet wäre und Zufallsmehrheiten regieren würden. Das Abstimmen der Abstimmungen erfordert seinerseits Vorbereitungen, teils bei zufälligen, teils bei arrangierten Treffen; und es erfordert in jedem Fall eigens gewählte Organisatoren. Demokratie heißt: Auflösung und Rekombination der Sachentscheidung, und die dafür erforderliche Organisation nimmt unweigerlich bürokratische, vorwegregulierte, formalisierte Strukturen an.

Es kommt hinzu, daß die damit verbundene Kollegialverwaltung zeitaufwendig arbeitet, daß sie Regulative erfordert, die ein Einzelentscheider entbehren könnte, daß sie in höherem Maße auf organisiertes Gedächtnis angewiesen ist und, da ein solches zumeist fehlt, Fehler produziert, die anderen Gremien auffallen und zu Rückverweisungen führen. Weder die Köpfe noch die Registraturen fangen derzeit dies Problem auf. Trotz dieser seltsam hochgetriebenen Komplexität kann das System existieren, weil es an Verantwortlichkeit für Nichtentscheiden fehlt und weil Hochschulangehörige bei allen Klagen über die Lasten der

Selbstverwaltung kein Urteil darüber haben, wie effiziente Verwaltung aussehen würde.

Daß der Unterschied zwischen Entscheiden und Nichtentscheiden in dieser Art Selbstverwaltungsbürokratie gering wird, bringt uns auf die zweite Quelle der Bürokratisierung: die *Autonomie der Lehre und der Forschung.*

Diese Autonomie ist zunächst kein juristischer, sondern ein faktischer Tatbestand. Weder Lehre noch Forschung verfügen über eine rationale Technologie - verglichen etwa mit der industriellen Produktion. Das hat weitreichende Folgen. Man kann denen, die in diesem Funktionsbereich tätig sind, weder Fehler nachweisen noch Ressourcen in dem Maße zuteilen, wie dies für das Erreichen von Erfolgen oder das Vermeiden von Mißerfolgen notwendig ist. Gewiß: Erfolge und Mißerfolge treten ein und lassen sich auch unterscheiden. Nur lassen sich die Bedingungen dafür angesichts der Komplexität der Faktoren nicht vorweg festlegen. Die Forschung soll es ja gerade mit noch unbekannten Sachverhalten zu tun haben, die Lehre mit frei über sich selbst verfügenden Köpfen. Beides schließt erfolgssichere Rezepturen aus. Mangels hinreichender Technologie sind die Funktionsprozesse in diesem Bereich deshalb nicht über Vorgabe von Prämissen zu steuern. Das heißt: über die Leistung selbst kann in den Zentralen nicht, ja nicht einmal annäherungsweise disponiert werden. Die Leitung präsidiert, um die Formulierung eines amerikanischen Universitätspräsidenten aufzugreifen, über einer organisierten Anarchie.

Man könnte meinen, dies schließe Bürokratisierung aus. Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. Gerade weil man im organisierten Entscheidungsprozeß nicht an das tatsächliche Verhalten in Forschung und Lehre herankommt, entsteht eine Bürokratie, die ihre eigenen Formen pflegt, diversifiziert, kontrolliert und in immer neuen Weisen auf ihr Unvermögen reagiert, den Funktionsprozeß selbst zu steuern. Dies Unvermögen, das konkrete Verhalten wirklich nach erfolgreich/erfolglos zu sortieren, wirkt wie eine Barriere, vor der sich immer neue gutgemeinte Impulse aufstauen. Generation für Generation - und eine Generation von Ausschußmitgliedern hat eine Lebenserwartung von ein bis zwei Jahren - lädt hier ihre Hoffnungen ab. So türmen sich an dieser Stelle Regelungen auf Regelungen, Verbesserungen auf

Verbesserungen, und all das wirkt wie ein massiver, undurchdringlicher Panzer, der Lehre und Forschung um so mehr der individuellen Praxis überläßt. Es ist dann gar nicht mehr nötig, sich aufs Grundgesetz zu berufen; das Unvermögen der regulativen Bürokratie bietet ausreichenden Schutz.

Die Hochschulen machen es sich zu leicht, wenn sie in dieser Lage ihre eigene Bürokratie als Folge der Flut ministerieller Vorschriften ansehen. Die Ministerien sind mitbeteiligt, zum Teil aus den gleichen Gründen, die in den Hochschulen bürokratiefördernd wirken. Wenn aber in meiner Fakultät bei der Bewilligung der Mittel für eine studentische Hilfskraft für ein paar Monate drei verschiedene Kommissionen über den Antrag beraten müssen und ein entsprechend dreistufiger Dienstweg einzuhalten ist, Termine verpaßt werden können, Mitteilungen zu spät eintreffen, rechtzeitiges Einreichen der Anträge angemahnt werden muß, also Zuständigkeiten für dieses Anmahnen des rechtzeitigen Einreichens der Anträge bereitgehalten werden müssen, also auch Mitglieder der Fakultät, die gar keine Anträge stellen wollen, verständigt werden müssen, daß solche Anträge bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einzureichen sind, und in ihren Sekretariaten diese Mitteilungen abheften lassen, dann hat niemand, auch kein Ministerium, dies gewollt. Man will nur die Ursachen dieser Effekte: demokratische Beratung aller Entscheidungen und Autonomie von Lehre und Forschung.

Wenn massive Erfahrungen dieser Art vorliegen, muß man damit rechnen, daß die Konsequenzen die Prinzipien diskreditieren. Vielleicht genügt aber auch eine vorsichtige Korrektur, die auf Augenmaß und gesunden Menschenverstand zurückgreift. Ein Schritt in diese Richtung wäre schon getan, wenn die Hochschulen Bürokratie nicht als staatlich verordnetes, sondern als selbsterzeugtes Schicksal begreifen würden.

Dies erfordert eine Präzisierung des Begriffs der Bürokratie. Üblicherweise faßt dieser Begriff aus der Perspektive eines Beobachters ein ihm undurchsichtiges Amtsgeschehen zusammen. Bürokratie - das heißt »black box«, nämlich eine Art Regelmäßigkeit, die so komplex ist, daß sie sich der Einsicht entzieht. Man kann jedoch die Gründe für diese Komplexität genauer angeben, und damit kommt man über eine nur negative, nur die

jeweils fremde Organisation treffende Begriffsfassung hinaus. Bürokratie bildet sich in allen Organisationen, sobald die Koordination der Entscheidungsprozesse sich nicht mehr aus der Sache selbst ergibt, sondern besondere Vorsorge erfordert. Dann werden die Entscheidungsspielräume nicht mehr nur durch ihren Gegenstand eingeschränkt, sondern außerdem auch dadurch, daß Entscheidungen wechselseitig füreinander Prämissen und Anschlußverhalten bereitstellen. Dafür mag dann eine zentrale Aggregation von Entscheidungen in der Form von Entscheidungsprämissen, Entscheidungsregeln, Entscheidungsmustern eine ebenso sachferne wie komplexitätsrationale Lösung anbieten. Aber man sollte nicht verkennen: Gerade wenn eine Organisation diese Form der Zentralisierung ablehnt und auf Demokratisierung und auf Autonomie ihrer Basisprozesse besteht, lastet dieses Netz reziproker Bedingtheiten um so stärker auf ihr, weil dann die Transparenz sehr viel geringer und die Zahl der Koordinationsentscheidungen sehr viel größer ist. Mit dem Verzicht auf komplexitätsadäquate Rationalität gewinnt man nichts weiter als komplexitätsadäquate Irrationalität.

Erfahrungen mit Bürokratie und ihren Ursachen, die in Hochschulen gewonnen sind, brauchen nicht nur hier zu gelten. Auch in anderen Organisationen wird über Bürokratie geklagt. Und auch anderswo mag man sich fragen, weshalb das Verfolgen von allgemein anerkannten Zielen diese mißlichen Konsequenzen hat. Liegt dieser Entwicklung, die das Erwünschte ins Unerwünschte deformiert, ein allgemein formulierbares Prinzip zugrunde?

Will man den vorstehend skizzierten Befund verallgemeinern und von allen Besonderheiten reinigen, die nur für Hochschulen gelten, dann stößt man auf ein zugrundeliegendes Paradox: Man will die Operationen demokratisieren und ihre Autonomie erhalten, will also Mitbestimmung und Selbstbestimmung zugleich realisieren. Das hat eine doppelte Konsequenz: Einerseits wird der einzelne, was Demokratie und was Autonomie betrifft, mit *Illusionen* abgefunden. Träger dieser Illusion ist die Gruppe oder, wie man gern sagt: das Team. Das Team kann beides zugleich sein: Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Es wird zur Erhaltung dieser Illusion geschaffen, gelobt, verteidigt. Das bedingt aber einen Verzicht auf Rückleitung von Erfahrungen mit

eigenen Entscheidungen in die Organisation. Das Team ist unverantwortlich.

Andererseits wird der Widerspruch von Mitbestimmung und Selbstbestimmung *produktiv*. Jeder Zug zugunsten des einen Prinzips erzwingt Kompensationen fürs andere. Da Entscheidungen beliebig dekomponiert, auseinandergezogen und aufeinanderbezogen werden können, setzt das »Material«, aus dem die Organisation besteht, dem keinen Widerstand entgegen. Es ist nicht unmöglich, widerlegt also auch die Prinzipien nicht. Nur Zeit und Geld werden fühlbar knapper.

Wie weit produktive Illusionen dieses Typs auch außerhalb von Hochschulen Bürokratisierungsprozesse gefördert haben, müßte man von Fall zu Fall prüfen. Unabhängig davon könnte man damit beginnen, einer Paradoxie, die sich in dieser Weise auswirkt, mit etwas mehr Zurückhaltung zu begegnen.

Perspektiven für Hochschulpolitik

Zur Lage

Um die Hochschulpolitik der letzten beiden Jahrzehnte in Distanz zu rücken, genügt es, sich eine Zahl vor Augen zu führen. 1970 waren etwa 70% aller Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Wollte man die Zugangsmöglichkeiten zur Hochschule, die Ausbildungskapazität und damit auch die Zahl der Absolventen erweitern und vermehren, hätte man die Aufnahmekapazität des öffentlichen Dienstes entsprechend vergrößern müssen. Die Kommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, die 1970 ihre Arbeit aufnahm, hat jedoch keine entsprechende Instruktion erhalten. Sie hat von sich aus, aber ohne jeden Erfolg, versucht, sich mit der Bildungsplanung abzustimmen. Es war ihr jedoch nicht möglich, durch das Gestrüpp ministerialer Zuständigkeiten hindurchzugreifen; und erst recht war es nicht möglich, die Bildungsplaner davon zu überzeugen, daß das Problem der Expansion von hochwertigen Ausbildungsmöglichkeiten ein Problem des Zugangs zum öffentlichen Dienst werden würde. Was heute jedermann sieht!

Statt dessen hat man auf die Aufnahmekapazität der Wirtschaft spekuliert - oder nicht einmal spekuliert, sondern schlicht wertrational gehandelt, nämlich Bildung für gut befunden. Wertrationales Handeln ist jedoch ein Handeln ohne Zeitperspektive, ein euphorisches Handeln, ein von sich selbst überzeugtes Handeln. Es darf nicht verwundern, daß man nach Impulsen dieser Art heute wissen möchte, wie es um die Zukunft steht. Dies aber hängt von politischen Entscheidungen oder politischen Nichtentscheidungen ab, kann also nicht allein durch die Bildungsökonomie berechnet werden.

Angesichts der starken Zunahme der Studentenzahlen liegt ein erstes Problem in der Frage, ob nicht ein zu großer Anteil der Bevölkerung studiert - zu groß gemessen an Verwendungsmöglichkeiten. Hier darf man sich nicht durch den ersten Anschein überfüllter Hochschulen täuschen lassen. Es kommt auf die Zahl der Abschlüsse an. Nach einer für die Universität Hamburg durchgeführten Untersuchung ist dort die Zahl der Abschlüsse in der Zeit von 1966 bis 1980, im Jahresdurchschnitt genommen

und für alle Fächer gerechnet, konstant geblieben, obwohl die Personalkosten der Universität verdreifacht worden sind. Das politisch verfügbare Einsatzmittel Geld hat, was immer Nützliches damit geschehen sein mag, jedenfalls nicht zu einer Erhöhung der Absolventenzahlen geführt.

Schon angesichts der großen Zahl von neu gegründeten Hochschulen wird man nicht davon ausgehen dürfen, daß dieser Einzelfall für die Gesamtlage repräsentativ ist. Er gibt gleichwohl zu denken. Es gibt heute viel mehr Studenten als früher, und wenn die Zahl der Studienabschlüsse nicht entsprechend angestiegen ist, dann folgt daraus, daß ein Selektionsprozeß stattfindet - sei es, daß viel mehr Studenten als früher abbrechen, sei es, daß viele Studenten gar nicht mit dem Ziel des Abschlusses studieren. Solche Selektion wäre Selbstselektion, wäre ein biographisch selbstverantworteter Vorgang im Unterschied zu einer Fremdselektion, die in der Form von Zensuren und Prüfungen entscheidet, ob Studenten erfolgreich studieren oder nicht. Gerade Selbstselektion macht im übrigen wahrscheinlich, daß sich Zusammenhänge mit Schichtung oder zumindest mit dem Erziehungserfolg des Elternhauses einstellen werden, während Prüfungen immer schon als Instrument der relativen Neutralisierung von Herkunft empfohlen worden sind.

Es ist wichtig, diese Vermutungen überprüfen zu lassen. Träfen sie zu, dann müßte man das gegenwärtige System als System mit staatlich finanzierter Selbstselektion auffassen. Dies System läßt zu, daß man sich als Student immatrikuliert, um die dafür vorgesehene Unterstützung zu erhalten. Auch auf diese Erkenntnis sollte man jedoch nicht vorschnell und vor allem nicht mit dem schlichten und perspektivenlosen Mittel der Kürzung der Subventionen reagieren. Natürlich liegt es nahe, zu argumentieren: Das mindeste, was man für eine Zuwendung erwarten könnte, sei, daß der Empfänger sich der Fremdselektion unterwerfe. Trotzdem ist auch dieser Schluß keine ausreichende Politikgrundlage, denn er übersieht, welche problematischen Begleiteffekte mit Fremdselektion verbunden sind.

Differenzierung als Ausweg

Es wird nicht einfach sein, eine derart komplexe Sachlage politisch weiterzuentwickeln. Das Kürzen der Haushaltszuweisungen mag notwendig sein, ist aber als solches noch keine sinnvolle Politik. Auch die Bemühungen um eine Reform der Reform auf organisatorischer Ebene und um einen Abbau der riesigen Demo-Bürokratien, die als Folge der »Gruppenuniversität« entstanden sind, reichen nicht aus, so dringend sie zu wünschen wären. Die »Gruppenuniversität« fasziniert sich selbst. Durch ihre Organisationsform wird erreicht, daß die einzelnen Gruppen gegeneinander exerzieren. Die dafür geltenden Reglements können verfeinert werden. Außerdem muß sichergestellt werden, daß der Geschäftsgang trotzdem im Fluß bleibt. Auf dieser Ebene reformiert heute eine Bürokratie die andere mit dem Effekt, daß beide wachsen. Alle Mißstände werden in weitere Regulierungen umgesetzt. Das Augenmaß geht verloren, und schließlich sperrt man ganze Provinzen, um einzelne Hasen zu jagen. Benötigt wird aber ein Konzept für die gesellschaftliche Funktion der Hochschulen, für ihren Bildungs-/Ausbildungsauftrag.

Die Humboldtsche Universitätsidee war von einem Bildungsgedanken ausgegangen, der heute nicht mehr reaktualisiert werden kann. Die Forschung selbst sollte pädagogisch wirken. Helmut Schelsky hat genau dies noch einmal versucht und ist damit gescheitert (wie im übrigen auch schon Humboldt selbst). Politisches System, Wissenschaftssystem und Erziehungssystem sind für eine inhaltliche Amalgamierung zu verschieden, und dies gilt auch dann, wenn man weiterhin damit zu rechnen hat, daß die Hochschulen überwiegend für den öffentlichen Dienst erziehen. Statt dessen sollte die Politik sich im Verhältnis zum Hochschulwesen auf Formenvorgaben beschränken, und es bietet sich an, hierbei an das ohnehin aktuelle Problem der Selektion anzuknüpfen.

Einerseits bietet die Studentenflut und der Überschuß im Verhältnis zum Bedarf den Hochschulen die Möglichkeit schärferer Selektion. Sie können auf diese Weise eigene Vorstellungen über Bildung in Kriterien umsetzen und durch Selektion realisieren. Andererseits weiß man, welch verzerrende Nebeneffekte von jedem vorgegebenen System der Auslese und Kontrolle aus-

gehen: Das Studium wird auf ein möglichst gutes Bestehen des Examens angelegt. Auf dieses Dilemma kann man weder mit der Option für noch mit der Option gegen selektives Zensieren und Prüfen angemessen reagieren. Erst recht ist von lauen Mischformen abzuraten. Sie werden in der heutigen Situation eines tief verunsicherten, ohnehin nichts Gutes erwartenden Nachwuchses eher die Nachteile als die Vorteile beider Optionen kombinieren. Die einzig sinnvolle Möglichkeit ist, das Studium im Hinblick auf genau dieses Problem zu differenzieren. Man könnte dies tun, indem man »harte« und »weiche« Studiengänge unterscheidet. Die »harten« Studiengänge würden schärfere Fremdselektion mit höherer Sicherheit des Berufszugangs kombinieren. Dies läßt sich durchaus, und zwar gerade wenn hart geprüft wird, mit hoher Freiheit in der Ausgestaltung des Studiums kombinieren. Die »weichen« Studiengänge würden sich durch allgemeinere Bildungsziele, vielseitigere, aber unbestimmtere Chancen, mehr Selbstselektion als Fremdselektion und mehr Zukunftsunsicherheit auszeichnen.

Der Vorzug dieses Modells ist: daß es ein Dilemma in eine Wahlmöglichkeit transformiert. Es offeriert dem Studenten eine Art package deal. Die Studienform, die mehr Sicherheit des Zugangs zu Berufen und besonders zu Berufen im öffentlichen Dienst in Aussicht stellt, wird mit schärferer Selektion belastet. Die Studienform, die im Studium selbst weniger zu fürchten Anlaß gibt, wird mit höherer Unsicherheit im Hinblick auf das weitere Fortkommen belastet. Im einen Fall liegt der Schwerpunkt der Selektion und der Anpassung an begrenzte Aussichten im Studium selbst; im anderen Falle wird er hinausgeschoben und später im wirtschaftlichen System der Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit realisiert. Im ersten Falle können auch fachwissenschaftlich und pädagogisch gesteuerte Selektionskriterien mitwirken. Im zweiten Falle entscheidet der Arbeitgeber (aber wiederum vor allem: der öffentliche Dienst) nach eigenen Kriterien.

Eine Politik, die diese beiden Möglichkeiten zur Wahl stellt, eröffnet in bezug auf sie Freiheit der Entscheidung. Sie geht davon aus, daß jeder einzelne sich selbst der einen oder der anderen Möglichkeit zuordnen kann. Sie beschränkt sich nicht auf das Verteilen, Umverteilen und Zurücknehmen von Wohltaten; sie reagiert durch Formenvorgabe auf einen Orientierungsbedarf.

Offenhalten der Wahl

Jede Festlegung von Formen sollte sich selbst reflektieren und ihre Folgeprobleme nach Möglichkeit vorab entschärfen. Im Falle jeder Differenzierung wird der Zusammenhang zum Problem. Die erreichbare Typenschärfe wird mit Einheitsverlust bezahlt, und es bedarf zwar nicht einer dialektischen Synthese (denn es handelt sich nicht um »Widersprüche«), aber den Beziehungen zwischen den auseinandergezogenen Formen muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Eine expansiv konzipierte Politik würde wahrscheinlich versuchen, dies Problem auf der Ebene der Lehrpläne anzugehen. Sie würde sich damit aber in das pädagogische Geschäft einmischen und würde Kausalprozesse auslösen, deren Wirkungen sie weder voraussehen noch kontrollieren kann. Eine eher restriktiv gehandhabte Politik würde genau dies zu vermeiden suchen, wäre aber ihrerseits genötigt, politisch verfügbare Mittel, nämlich Recht und Geld, einzusetzen, um die Folgeprobleme einer solchen Regelung in die Lösung mit einzubeziehen.

Unter dem Gesichtspunkt des Offenhaltens der Wahl stellen sich vor allem zwei Probleme. Das eine ist eher auf eine rechtliche Regelung angewiesen, das andere betrifft die Finanzierung. Wie oft bei offengehaltenen Wahlmöglichkeiten kommt es auch hier darauf an, den Zeitraum, in dem die Entscheidung getroffen werden kann, auszuweiten. Konkret gesprochen heißt dies, daß ein Übergang aus der einen in die andere Studienrichtung ermöglicht werden muß. Das setzt eine »Entschulung«, nämlich einen weitgehenden Verzicht auf Regulierung des Studienganges voraus. In der einen Studienrichtung kann dann in weitestmöglichem Umfange anerkannt werden, was in der anderen an Studienleistungen schon erbracht ist. Studenten hätten dadurch die Möglichkeit, ihre Entscheidungen noch zu korrigieren, wenn sie sehen, daß sie für sie nicht gut war. Sie hätten nicht gleich am Anfang und ohne Studienerfahrungen bereits eine irreversible Entscheidung zu treffen.

Das zweite Problem betrifft die finanzielle Ausstattung der Studiengänge und die finanzielle Förderung der Studenten. Hier muß auf Gleichwertigkeit der Studienformen geachtet werden - gerade weil die Politik die Neigung haben wird, die selektiven, mit praktischem Berufseintritt gekoppelten Studiengänge für

förderungswürdiger zu halten als die offenen und unsicheren Studiengänge. Dieser Tendenz ist entgegenzuwirken. Ausbildung ist nicht wichtiger als Bildung, und Berufsrisikobereitschaft bei der Aneignung von Wissen verdient eher mehr als weniger Förderung. Jedenfalls hängt die Absicht, ein strukturiertes Freiheitsangebot zu machen, von einer Politik der Gleichwertigkeit ab. Man kann die Wahl nicht freigeben, wenn man zugleich nur die eine Option protegiert. Das ist nicht zuletzt eine Frage des politischen Stils, eine Frage der Ehrlichkeit und auch eine Bedingung des Wiedergewinns des weithin verlorenen politischen Vertrauens.

Disziplinen und Berufe

Der Vorschlag, eine Hochschulreform an dieser Grunddifferenz zu orientieren, kann sich durchaus auf vorhandene Traditionen stützen. Er könnte zum Beispiel an die Unterscheidung von Diplomstudiengängen und Magisterstudiengängen anknüpfen. Auch haben sich seit den Reformversuchen Leistungs- und Prüfungsanforderungen derart unterschiedlich entwickelt, daß man mit Recht die Frage aufgeworfen hat, ob man überhaupt noch von einer einheitlichen Institution »Universität« sprechen kann. In gewissem Sinne wird also das, was sich ergeben hat, nur kodifiziert und daraufhin konsequent unterschiedlich behandelt.

Dennoch ist es ein neuer Gedanke, die Grundstruktur der Hochschule nicht mehr in einer übergreifenden Wissenschaftsidee, sondern in der Behandlung des Problems der Selektion zu suchen, sie hier anzuschließen und sie damit auf einer Ebene anzusiedeln, die auf die Vielheit der Berufe und der wissenschaftlichen Disziplinen keine Rücksicht nimmt. Das wird zu Verständigungsproblemen, zu Realisierungsschwierigkeiten, auch zu Widerständen etablierter Establishments führen. Das ist jedoch kein Argument gegen den Vorschlag, sondern ein Argument für seine Tragweite.

Die Berufsorientierung der Universitäten hat eine alte Tradition, die auch an den heutigen Hochschulen fortlebt. Die Differenzierung der Wissenschaft in Disziplinen ist dagegen erst im 19. Jahrhundert entstanden. Sie hat sich mit den Professionswissenschaften auf eine Symbiose und ein Verhältnis wechselseitiger Anerkennung eingelassen, das durchaus in Frage gestellt

werden kann. Recht, Medizin, Pädagogik sind nicht zufällig »Wissenschaften« geblieben, die auf dem Wissensbestand anderer Disziplinen aufruhen und dies durch Kunstlehren und professionsbezogenes Reflexionswissen überhöhen. Es wird wenig Sinn haben, auch diese Fächer mit der Doppelmöglichkeit von »harter« und »weicher« Studienform auszustatten. Um so deutlicher wird damit, daß Komponenten dieser Fächer auf Disziplinen beruhen, die innerhalb der entsprechenden Fachstudien nicht, oder nicht gründlich genug, studiert werden können. Man denke an Chemie, Biologie, Psychologie, Soziologie als empirische Wissenschaften oder an Logik und Hermeneutik als Textwissenschaften. Was man den professionsbezogenen Studiengängen an die Seite zu stellen hätte, wären mithin interdisziplinäre Komposita, die die in Frage kommenden Grunddisziplinen zusammenführen.

Die vorhandene Fakultätsstruktur ist selbst ein Produkt der Geschichte. Sie ist nur zum Teil identisch mit der Disziplinendifferenzierung, die sich im interdisziplinären Kontext bewährt, und auch deren Struktur hat heute viel von ihrer Überzeugungskraft verloren. In den Naturwissenschaften ebenso wie in den Sozialwissenschaften lassen wichtige Fortschritte der Forschung die Grenzen verschwimmen. Eine Studienreform in dem skizzierten Sinne hätte einen Vorteil auch darin, daß sie nicht mehr gewohnheitsmäßig von einer Eins-zu-eins-Zuordnung von Fach und Studium ausgeht. Dieser Denkzwang wird gesprengt, und das kann dann auch ein freieres Verhältnis der Disziplinen in Gang bringen, wie es von der Forschung ohnehin nahegelegt wird.

Identifizierbarkeit von Talent und Arbeitswilligkeit

Eine der schlimmsten Folgen der deutschen Hochschulkatastrophe - dies Wort paßt! - ist, daß es in der neuen Organisation an Möglichkeiten fehlt, Talent und Arbeitswilligkeit zu identifizieren. Das hat Folgen, deren Ausmaß nicht abzuschätzen, sondern nur zu ahnen ist. Die Folgen sind nicht abzuschätzen, weil das Nichtidentifizierte eben nicht identifiziert worden ist.

Als »Bildungskatastrophe« hatte man angeprangert, daß bei weitem nicht alle Talente entdeckt und gefördert wurden, und man konnte sehr mit Recht auf die Benachteiligung von Angehö-

rigen unterer Schichten hinweisen. Die darauf angesetzte Bildungsreform ist organisatorisch mißlungen. Sie hat mehr Gleichheit realisiert - aber eben Gleichheit in der Nichtidentifizierbarkeit von Talent und Arbeitswilligkeit.

Mit »Identifizierbarkeit« meine ich nicht nur Erkennen durch andere. Dies freilich auch und in erster Linie. Es muß Möglichkeiten der Auszeichnung, der Bevorzugung und der bevorzugten Förderung geben. Es muß, wenn Hochschulen überhaupt einen Erziehungsauftrag behalten sollten, Möglichkeiten geben, Qualität im fachlich-intellektuellen Bereich zu bezeichnen und auf die einzelne Person zuzurechnen. Man hat die subjektive Natur solcher Urteile betont und ihre Konsensfähigkeit bezweifelt. Mit mehr oder weniger guten Gründen. Gerade in einer erkennbaren Subjektivität liegen aber auch Freiheiten und Distanzierungsmöglichkeiten für den Studenten. Er weiß oder glaubt zu wissen, wie er ein Lächeln auf das Gesicht seines Professors zaubern kann. Aber was gewinnt man und was gewinnt der Student, wenn man Qualitätsurteile oder Sonderförderungen unterbindet oder nachdrücklich entmutigt?

Die Nichtidentifizierbarkeit ist das größere Übel. Denn Fremdidentifikation ist eine Mitbedingung von Selbstidentifikation. Sie ist nicht, oder nur bei extrem apathischen Individuen, eine bloße Etikettierung. Sie wird vielmehr als Prämisse eigenen weiteren Verhaltens übernommen - sei es, daß sie anspornt; sei es, daß sie den Mut und das Anspruchsniveau in der Themenwahl erhöht; sei es, daß sie die Gruppenbildung erleichtert; sei es, daß sie Trotzreaktionen auslöst oder in ein Sichabfinden mit der eigenen Mittelmäßigkeit übergeht. In jedem Falle ist sie eine Vorbedingung für jede Kombination von Fremdselektion und Selbstselektion. Wenn sie unterbleibt, bleibt der einzelne mit sich oder mit seiner Gruppe allein. Die Hochschule verzichtet auf soziale Integration.

Dieses wichtige Problem der Identifizierbarkeit von Talent und Arbeitswilligkeit wird nicht optimal gelöst, wenn man Studienformen, wie hier vorgeschlagen, nach ihrer Selektionsschärfe differenziert. Gerade deshalb bedarf das Problem einer besonderen Aufmerksamkeit.

In Studienbereichen mit Engführung des Berufsnachwuchses und scharfer Selektivität sind, wie immer sie zustande gekom-

men sein mögen, Erfolgsbescheinigungen gewährleistet, die der Student als Bestätigung von Talent und ausreichender Arbeitsleistung lesen kann. Zumindest ist das das offizielle Sprachspiel. Es leistet positive und negative Auslese, Ermutigung und Entmutigung zugleich. Jedenfalls wird das Identifizieren von Talent und Arbeitswilligkeit wieder mit Hoffnungen verknüpft. In Studienbereichen ohne scharfe Selektivität ist dies strukturell nicht gewährleistet, und es würde dem Stil der hier angebotenen Studienmöglichkeiten widersprechen, wollte man Selektion unter anderen Vorzeichen dann doch wieder einführen.

Es ist kein Ausweg, hier verstärkt Aussichten auf akademische Karrieren zu eröffnen; denn in der augenblicklichen Situation spricht nicht viel für die Realisierbarkeit eines solchen Vorschlags, und er würde außerdem die Nachwuchskanalisierung in Richtung auf nur diesen Bereich verzerren. Es gibt nur die Möglichkeit, mit positiver Selektion ohne negative Selektion zu arbeiten: mit Auszeichnungen symbolischer Art, Zugang zu Hilfskraftstellen, Ermöglichung öffentlicher Vorträge für Studenten oder eventuell auch Stipendien für ungewöhnlich lange Studien oder für bestimmte Forschungsarbeiten neben oder nach dem Studium - alles in Form der Auszeichnung von sehr wenigen, so daß diejenigen, die daran nicht partizipieren, keine Gründe finden, negative Rückschlüsse auf sich selbst zu ziehen.

Zusammenfassung

Dem Vorschlag, Studienmöglichkeiten in Bereiche mit und in Bereiche ohne scharfe Selektion einzuteilen, liegt eine überlegte theoretische Struktur zu Grunde, die auch jeden Kritiker zur Präzisierung seiner Kritik zwingen müßte.

Der Vorschlag geht davon aus, daß das Problem der karrieremäßigen Selektion ein Problem ist, das sich in der modernen Gesellschaft zwangsläufig stellt. Es nützt nichts, die Augen davor zu verschließen, das Problem wegzuwünschen oder die Jugend um Vorschußvertrauen in unbestimmte gute Absichten der Politiker zu bitten. Man darf von der Politik eine realitätsbezogene Antwort, zumindest einen realitätsbezogenen Umgang mit diesem Problem erwarten.

Der Kern des Vorschlags ist: das Problem in eine Differenz zu transformieren. Das ist keine Lösung und keine Abschwächung,

sondern eine Strukturierung des Problems. Struktur ist Bedingung für Freiheit. Ohne Einschränkung der Möglichkeiten kann man nicht wählen. Härten mögen als unerwünscht und politisch als unzumutbar erscheinen; aber sie sind auch Bedingung dafür, daß man auf etwas aufbauen, sich auf etwas stützen kann. Ohne Vorgabe von einschränkenden Bedingungen ist es nicht möglich, Vergangenheit in Zukunft umzumünzen und Leistungen sich auszahlen zu lassen.

Jeder Versuch, dies allein der intellektuellen Schwierigkeit der Studieninhalte zu überlassen, ist heute zum Scheitern verurteilt. Die Idee und der Anspruchsgehalt von Wissenschaft zwingen sich nicht von selbst auf. Sie haben ihre eigene Autonomie realisiert; aber das entlastet die Politik nicht von der Verantwortung, Strukturen vorzugeben, die nur durch Organisationsentscheidungen eingeführt werden können. Solche Entscheidungen werden heute allzusehr unter dem Gesichtspunkt der Korrektur oder der Nachbehandlung früherer Entscheidung getroffen. Dabei gehen die politischen Perspektiven verloren, und die Entwicklung wird durch das bestimmt, was sich trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministerialbürokratie und hochschuleigener Bürokratie noch aushandeln läßt. Die Politik sieht zu und lobt - sich selbst.

Dabei muß es nicht bleiben. Man kann das Erziehungssystem und auch das Hochschulsystem einer Gesellschaft nicht planen, wenn planen heißen soll, daß man heute schon bestimmen kann, welche Zustände künftig eintreten werden. Auch Wissenschaft kann in dieser Hinsicht nicht helfen. Aber man kann Sachlagen sehr wohl im Blick auf allgemeine Strukturprobleme beobachten und beschreiben. Man kann ihre Transparenz erhöhen. Dann ergeben sich auch begrenzte Möglichkeiten, Strukturen neu anzubieten. Und da dies in Ungewißheit über die Folgen und in kontrovers bleibenden Situationen geschehen muß, ist es Sache der Politik, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Die Universität als organisierte Institution

I

»Institution« und »Organisation« sind zwei recht verschiedene Beschreibungen sozialer Sachverhalte. Beide sind in der Soziologie, aber auch in der Politikwissenschaft und in der Rechtswissenschaft in Gebrauch. Beide können auf die Universität angewandt werden. Normalerweise tendieren Autoren dazu, entweder die eine oder die andere Form der Beschreibung zu bevorzugen. Das muß Gründe haben, die nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Jedenfalls ergeben sich bei näherem Zusehen erhebliche, auch theoriesteuernde Unterschiede, und es lohnt sich deshalb, am Fall der Universität zu klären, was mit der Wahl der einen oder der anderen Beschreibung erreicht werden kann und ob sie eventuell kombinierbar sind.

»Institution« scheint ein stärker modeabhängiger und nicht ganz ideologieunverdächtiger Begriff zu sein. Er empfiehlt sich als Hoffnungsträger oder auch als ein Begriff, mit dem man versuchen kann, Differenzen »aufzuheben«. Daher eine Nähe zu »Geist« und »Geisteswissenschaften«, daher auch eine funktionsnotwendige begriffliche Unschärfe. Man bezeichnet als Institution gesellschaftlich bedeutende Einheiten (zum Beispiel auch die Familie) und nicht nur formale Organisationen. In der Rechtswissenschaft der 20er Jahre hatte der Begriff der Institution dazu gedient, die Unsicherheiten im Begriff der Rechtsquelle und die Legitimationsdefizite des nur noch positiven Rechts auszugleichen, zum Teil mit Rückgriffen auf eine noch ziemlich unentwickelte Soziologie.[1] Seit den 70er Jahren macht sich eine solche Institutionentheorie erneut bemerkbar in einem Kontext, der jetzt Rechtstheorie heißt.[2] In den 60er Jah-

[1] Siehe nur Santi Romano, L'ordinamento giuridieo, Neudruck der 2. Aufl. Firenze 1962; Maurice Hauriou, Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze. Hrsg. von Roman Schnur, Berlin 1965; Georges Renard, La théorie de l'institution: Essai d'ontologie juridique, Paris 1930.

[2] Als die wohl wichtigste Anregung Neil MacCormick, Law as Institutional Fact, in : The Law Quarterly Review 90 (1974), S. 102-129. Siehe auch Donald Neil MacCormick / Ota Weinberger, Grundlagen des institutionalistischen Rechtspositivis-

ren kam der Begriff der Institution in Münster zu neuem Ansehen im Umkreis von Joachim Ritter und Helmut Schelsky.[3] Hier ging es um sehr Verschiedenes, nämlich teils um einen Begriff für die Vermittlung von Metaphysik und Politik[4], teils um eine anthropologische Fundierung soziologischer Theorie, die sich deutlich sowohl von der derzeit dominanten amerikanischen Soziologie als auch von der Oppositionssoziologie Frankfurter Provenienz unterscheiden sollte.[5] Es liegt auf der Hand, daß diese Ideenwelt die Pläne zur Gründung einer Universität beeinflußt hat, die dann in Bielefeld angesiedelt wurde. In der Denkschrift Schelskys »Grundzüge einer neuen Universität« heißt es: »Als institutionelle Grundlage moderner Forschung ist, auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften, das *betriebsförmig organisierte Forschungsinstitut* anzuerkennen. Es ist die Kernzelle einer Universität, die sich auf der Grundlage der Forschung aufbaut.«[6] Als Institution in der Form von Organisation?

Seit kurzem gewinnt der Begriff der Institution auch in der Politischen Wissenschaft erneut an Prominenz. Er war Tagungsthema des Darmstädter Kongresses (1988) der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft[7], und eine Reihe weiterer Publikationen begleiten den Trend.[8] Offenbar reicht es den Politologen nicht, den Staat nur noch als eine Organisation des poli-

mus, Berlin 1985. Hier geht es im Anschluß an Herbert Hart um eine sorgfältige Analyse der Binnenperspektiven juristischer Entscheidungsverfahren, bei denen das herauskommt, was dann als positives Recht gilt, soweit eben diese Entscheidungsverfahren es nicht modifizieren oder ändern.

[3] Siehe Helmut Schelsky (Hrsg.), Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970.

[4] So Joachim Ritter, Metaphysik und Politik: Studien zu Aristoteles und Hegel, Frankfurt 1969.

[5] So Helmut Schelsky, Über die Stabilität von Institutionen, besonders Verfassungen (1952), in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit: Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf 1965, S. 33-55. Schelsky selbst hielt diesen Text für einen seiner wichtigsten theoretisch gemeinten Beiträge (mündliche Mitteilung).

[h] So in Paul Mikat/Helmut Schelsky, Grundzüge einer neuen Universität: Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen, Gütersloh 1966, S. 38.

[7] Siehe Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, Opladen 1989.

[s] Vgl. Gerhard Göhler (Hrsg.), Grundfragen der Theorie politischer Institutionen, Opladen 1987; ders. et al. (Hrsg.), Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch: Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen,

tischen Systems anzusehen, und der Begriff der Institution kann dann den Eindruck vermitteln, daß etwas Höheres, Sinnreicheres, vielleicht auch Geheimnisvolleres im Spiel sei. Allerdings zeigt dann zum Beispiel der Darmstädter Kongreß, daß der Begriff theoretisch nicht wirklich durchgreift, nicht wirklich Forschung organisiert, sondern es jedem erlaubt, sich mit den Themen zu befassen, mit denen er sich ohnehin befaßt.

Einen ganz anderen Eindruck gewinnt man, wenn man die Sozialwissenschaften (einschließlich: Wirtschaftswissenschaften) auf ihre Behandlung des Themas Organisation abgreift. Die Literatur ist nicht zu überblicken. Es gibt zahlreiche, recht präzise Vorstellungen und Theorien, die sich aber nicht zu einem einheitlichen Paradigma zusammenfinden. Es gibt reiche praktische Erfahrungen, heute vor allem mit Organisationsberatung, die aber ihrerseits, schon aus Gründen der Konkurrenz unter den Beratungsfirmen, unterschiedliche (oft oberflächlich unterschiedliche) Etikettierungen bevorzugen und, besonders in den USA, mit den Universitäten auf komplexe Weise forschungsgeschäftlich verflochten sind. Insgesamt fehlt es nicht an Verständnis für Pathologien, aber deren Beschreibung als »Bürokratie« und mit ihr das gesellschaftstheoretische Rahmeninteresse eines Max Weber sind kaum noch zu finden. Statt dessen sind Pathologien eher Kontrastvorstellungen zu therapeutischen Bemühungen, etwa im Sinne einer Kritik der unrealistischen Zurechnung von Konflikten auf Personen oder der problematischen Zurückhaltung gegenüber Innovationen oder Risiken.

In dieser Lage bleibt einem nur die Wahl, eklektisch vorzugehen und sich an Einzelproblemen zu orientieren oder mit einer eigenen Organisationstheorie zu arbeiten, die sich kritisch gegen andere Forschungsansätze profiliert. Angesichts des spezifischen Themas dieses Beitrags möchte ich eine solche Theorie im Hintergrund lassen.[9]

Die Frage ist ja, ob und wie sich eine Institution (in jenem

Opladen 1990; ders. et al. (Hrsg.), Die Rationalität politischer Institutionen: Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden 1990; James G. March/Johan P.Olsen, Rediscovering Institutions, New York 1989.

[9] Siehe aber Niklas Luhmann, Organisation und Entscheidung, in: ders., Soziologi-

anspruchsvollen, wenngleich unklaren Sinne) organisieren läßt und was zu erwarten ist, wenn man das versucht.

II

Dem oben zitierten Gründungsdokument kann man entnehmen, daß bei der Planung der Universität Bielefeld die Absicht bestand, die neu zu errichtende Universität als Institution zu gründen. Daß dies in der Form einer Organisation zu geschehen habe, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, war aber für die orientierenden Ideen nicht entscheidend. Die Form einer formalen Organisation ließ schließlich offen, welche Ideen in dieser Form zu verwirklichen waren. Diesem Bedarf einer näheren Bestimmung sollte dann mit einem sowohl historisch (Humboldt) als auch gesellschaftlich bezugsreichen Konzept Rechnung getragen werden.[10] Der Begriff der Institution schien dafür eine gewisse Realitätsnähe zu suggerieren. Insofern kann man die Gründungsgeschichte der Universität Bielefeld auch als ein Großexperiment in bezug auf die Tragfähigkeit des Institutionellen in der modernen Gesellschaft lesen.

Als Spezifikum der Universität und als Merkmal ihrer Unterscheidung von anderen Einrichtungen des »Bildungssystems« gilt seit dem 19. Jahrhundert der an Wissenschaft orientierte Unterricht.[11] Das wird üblicherweise mit der Formel der Einheit von Forschung und Lehre ausgedrückt. Dabei war jedoch zunächst eher an eine thematische, weniger an eine organisatorische Ein-

sche Aufklärung Bd. 3,2. Aufl. Opladen 1991, S. 335-389; ders., Organisation, in: Willi Küpper/Günther Ortmann (Hrsg.), Mikropolitik: Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen 1988, S. 165-185.

[10] Siehe für diese Hintergrundinformation Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit: Idee und Gestalt der deutschen Universität, 2. Aufl. Düsseldorf 1971. Vgl. auch die Formulierung »institutionalized individualism« bei Talcott Parsons/Gerald M. Platt, The American University, Cambridge Mass. 1973, S. 189.

[11] Für die davorliegenden Jahrhunderte identifiziert Rudolf Stichweh, Die Form der Universität, Ms. 1991, die Unterscheidung von Universalismus und Partikularismus im Anschluß an Parsons' pattern variables. Geht man davon aus, dann wäre festzuhalten, daß die Universität seit dem 19. Jahrhundert auf einen *spezifisch* wissenschaftlichen *Universalismus* setzt. Auch könnte man Parsons insoweit folgen, als die gesellschaftliche Vermittlung einer über das eigene System hinausgehenden Wirkung das Medium der Intelligenz benutzt, also durch »intellectuals« bewirkt wird. Vgl. Parsons/Platt a.a.O. S. 273ff. Siehe auch S.304ff. Uber »banking of intelligence and influence«.

heit gedacht. Schelskys Universitätsplanung versuchte dann, im Blick auf Idee und Institution der Universität auch organisatorisch die Konsequenzen zu ziehen, stieß aber damit, wie man nachträglich erfährt, auf zunächst verdeckten, aber um so hartnäckigeren Widerstand der Kultusbürokratie.

Das Ergebnis spricht eine eindeutige Sprache. Aus der Institution ist nichts geworden. Nicht nur, daß die Planungsideen in ihren spezifischen Konturen nicht realisiert worden sind, und nicht nur, daß die politischen Umstände durch das Dazwischentreten der Studentenbewegung rasch ungünstiger wurden. Vielmehr hat sich die Logik der Organisation durchgesetzt. Was nach der Gründung entstanden ist, könnte man als organisiertes Soziotop bezeichnen, zu dem die verschiedenen Gruppen der Hochschulangehörigen je das Ihre beigetragen bzw. nicht beigetragen haben. Äußerlich gesehen beeindruckte - so zum Beispiel einen japanischen Besucher - die Buntheit der Erscheinungen. Aber auf eine nur für den Insider erkennbare Weise setzte sich doch die Organisation durch, zwar nicht als funktionierende Hierarchie, wohl aber als Typus von Formen, deren sich jeder bedienen muß, der etwas erreichen will.

Der gesellschaftliche Bezug, der durch die Form der Institution gesichert sein sollte, nahm nun die Form von Beschlüssen an, mit denen Forderungen und Proteste artikuliert wurden. Solche Beschlüsse erforderten Organisation, vorbereitende Meinungsmache, Mehrheiten oder Minderheiten, die sich durch Organisation in Mehrheiten verwandeln konnten, sowie Kompromißbereitschaften. Sie traten an die Stelle des direkten politischen Handelns. Als Verstärkungsform kamen Demonstrationen und Streiks in Betracht, nicht etwa Versuche, politische und vor allem parlamentarische Kontakte zu pflegen. Die Ungepflegtheiten des Auftretens der Studenten erschwerten, ja zerstörten die Möglichkeiten der Interaktion. Statt dessen vertraute man darauf, als öffentliche Meinung wahrgenommen zu werden. Selbstverständlich blieb es bei den üblichen Kontakten der Universität mit dem für sie zuständigen Ministerium, bei entsprechenden Verhandlungen, bei organisierten Routinen. Aber damit war zugleich die Letztentscheidungskompetenz des Ministeriums anerkannt.

Wie der Begriff im System Hegels, so regiert Organisation

heimlich immer schon die Geschichte der Veränderungen. Was bei allseits gutem Willen möglich ist, wird durch ein Netzwerk der Organisationen, also nirgendwo, entschieden. Die Realität ergibt sich aus einer osmotischen Beziehung der Organisationen, die folglich immer in der Lage waren und weiterhin in der Lage sind, das, was zu entscheiden ist, als schon entschieden darzustellen.

Das Verfassungsrecht mit der vox viva des Bundesverfassungsgerichts wirkt sich mit zunehmend detaillierten Vorstellungen aus und mit gleicher Festigkeit auch die nicht mehr zu verhandelnden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und die Einzelfallentscheidungen der Instanzengerichte. Die Organisation macht aus Fällen Leitsätze, aus Verständigungen Musterordnungen und aus Musterordnungen eine Kritik aller abweichenden Regelungsversuche.

III

Das Kräfteverhältnis von Institution und Organisation und auch die empirische Relevanz der entsprechenden Begriffe kann man am besten an ausgewählten (und entsprechend drastischen) Beispielen aufzeigen. Eines dieser Beispiele ist das Herauswachsen der Universität aus den Unruhen der Studenten- und Assistentenbewegung. Am auffälligsten war vielleicht die Aufkündigung dessen, was Schelsky als institutionellen Konsens bezeichnet hätte. Studenten wurden, um diese Aufkündigung zu verdeutlichen, durch ihre Anführer zu demonstrativ rüpelhaftem Betragen angehalten. Die Professoren reagierten darauf mit separaten Zusammenkünften, taktischen Überlegungen und nicht durchsetzbaren Gruppenbeschlüssen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter konnten in dieser Situation relativ vernünftig bleiben, auf Koalitionsfähigkeit setzen und damit ihre Interessen fördern, die jedoch kaum den Interessen der einzelnen, vor allem kaum den in ihrer Lebenslage dominierenden Karriereinteressen entsprachen.

Das erhebliche Maß an Anarchie und Gewaltsamkeit in den Jahren nach 1968 hatte das Gute, an die Vorteile von Ordnung zu erinnern. Diese Vorteile konnten aber nicht durch Rückgriffe auf die Idee der Universität, sondern nur über Organisation wiedergewonnen werden. Organisation bietet die Möglichkeit, Un-

ruhe zu fixieren,[12] und davon wurde in der »Gruppenuniversität« reichlich Gebrauch gemacht. Damit wuchs auch die Komplexität des Systems. Das bot die Möglichkeit, auf Konsens zu verzichten und nur noch Verständigungen zu suchen im Sinne von Provisorien, die für den weiteren Betrieb unerläßlich zu sein schienen.[13] Entsprechend konnten die Gruppen von verschiedenen Systembeschreibungen ausgehen, ohne durch die Entscheidungspraxis der Organisation genötigt zu sein, sie auf eine gemeinsame Formel zu reduzieren. Die Gemeinsamkeit konnte sich nach außen, in Beschlüssen, Erklärungen, Protesten bewähren; aber das schloß wirksames politisches Handeln einzelner weitgehend aus.

Zu den neuen metaphysischen Anfangsgründen dieser Entwicklung gehörte, daß man auf »Emanzipation« Wert legte und dieses Ziel in der Form von »Partizipation« zu erreichen hoffte. Damit war eine Semantik lanciert, die von Anfang an organisationsgünstig ausgelegt war. Wie man sich eine Emanzipation durch Erwerb von Geschäftsordnungskompetenzen vorzustellen habe, blieb ebenso rätselhaft wie die Vorstellung einer vorausgegangenen Unmündigkeit (von der Frage ganz abgesehen, ob die Hoffnungsträger jemals zu den res mancipi - Frauen, Kinder, Knechte, Großvieh etc. - gehört hatten). Die Vergangenheit wurde unter dem Modell der Universitätssklaverei rekonstruiert und die Ideologie der Emanzipation wurde in Sprecherrollen und Gruppenversammlungen artikuliert, deren Existenz und Kommunikationsfähigkeit der Organisation zu verdanken war. Im Effekt lief das auf einen Immobilismus hinaus, der natürlich auch unter der ganz anderen Idee der Institution nahegelegen hätte. Korrigierende Eingriffe mußten jetzt von außen kommen, also von der Staatsverwaltung ausgehen. Die Lösung lag und liegt in der Komplizierung der Verfahren, in der Unterscheidung

[12] Friedrich Schlegel, Signatur des Zeitalters, in: Dichtungen und Aufsätze. Hrsg. von Wolfdietrich Rasch, München 1984, S. 593-728, hatte Repräsentatiwerfassungen als »fixierte Unruhe« bezeichnet, und der Kontext macht deutlich, daß dem eine Präferenz für Institution und gegen Organisation zugrunde lag, wenngleich es den Organisationsbegriff im modernen Sinne damals noch nicht gab.

[13] Dazu allgemein: Alois Hahn, Verständigung als Strategie, in: Max Haller et al. (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988, Frankfurt 1989, S. 346-359. Siehe auch Josef Simon, Philosophie des Zeichens, Berlin 1989, insb. S. 177f.

von Entscheidungen, in der Differenzierung der erforderlichen Mehrheiten und Abstimmungsmodalitäten - kurz: in der Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von Fehlern, die dann retroaktiv auf die Verfahren zurückwirken.

Ein weiteres Beispiel betrifft das Verhältnis der Universität zur staatlichen Verwaltungsbürokratie. Die Verfassung garantiert das Eigenleben der Universität als Institution für Forschung und Lehre. Dies kann aber offenbar nicht wirksam verhindern, daß sich auf der Ebene der Organisation andere Realitäten einspielen. Erlasse des Ministeriums lesen sich oft so, als ob die Ministerialbürokratie dem Irrtum unterliege, es handele sich bei Universitäten um nachgeordnete Dienststellen mit delegierten Kompetenzen. Die formell gewährte Satzungsautonomie wird durch eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen und Formulierungsvorgaben so eingeschränkt, daß lokale Besonderheiten kaum noch durchzusetzen sind. Im Konfliktfalle beruft sich das Ministerium auf eigene Beschränkungen.

Gravierender ist, daß das Verhältnis von Forschung und Lehre dadurch gestört, nämlich zu Gunsten der letzteren disbalanciert wird. Lehre ist im Unterschied zur Forschung an Hand von Stundendeputaten und Zeitplänen kontrollierbar. Wer nicht lehrt, fällt auf. Wer nicht forscht, verzichtet allenfalls auf etwas, was mehr und mehr als Privatgenuß eigener Aktivität erscheint. In Reaktion auf diese Disprivilegierung bildet die Forschung eigene Organisationen, die sich auf Forschungsförderung konzentrieren. Das ändert aber nichts daran, daß der Personalbestand der Universitäten über Lehrbelastung kontrolliert wird und langfristige Entwicklungen der Personalressourcen wissenschaftlicher Fächer dabei außer acht bleiben. Außerdem hat auch die Organisationsform der Forschungsförderung ihre eigene bürokratische Logik. Es müssen Anträge gestellt werden, so als ob es nicht um eine Dienstpflicht ginge, sondern um ein ausnahmsweise zu gewährendes Privileg. Entsprechend nimmt, besonders in »schlechten Zeiten«, das Risiko zu, daß solche Anträge abgelehnt werden und der Vorbereitungsaufwand vergeblich war. Man darf vermuten, daß die tatsächliche Forschung damit in beträchtlichem Umfange durch die Variable »Risikoneigung von Antragstellern« kontrolliert wird, die ihrerseits eher von Betriebsmotiven als von Erkenntnismotiven abhängen

mag, etwa von dem Motiv, für schon vorhandene Mitarbeiter neue Gehaltsquellen zu erschließen.[14] Die zeitliche Begrenzung der Forschungsförderung führt zur Episodenhaftigkeit der Forschung, zur Aufgliederung in »Projekte«, die mit Ergebnissen abgeschlossen und immer neu beantragt werden müssen.[15] Ein beträchtlicher Zeitaufwand geht deshalb in das laufende Projektieren von Projekten. Vor allem aber darf man vermuten, daß das »structural drift« der Disziplinen durch diese Form der Förderung beeinflußt wird und daß Probleme, die sich dem nicht fügen, gar nicht mehr als Probleme erscheinen.

IV

Dies alles mag kritisch stimmen. Es ist aber kaum zu sehen, wie es anders gemacht werden könnte. Das Soziotop Universität hat gegen Institution und für Organisation optiert. Man richtet sich in den dadurch gegebenen Bedingungen ein, und das scheint ein irreversibler Prozeß zu sein. Mit etwas mehr Distanz kann man darin aber auch einen Theorietest sehen: ein Realexperiment, einen Test auf die Ergiebigkeit von Begriffen und Theorien. Schon im Hinblick auf die vorhandene Literatur war ja aufgefallen, daß der Begriff der Institution im Vergleich zum Begriff der Organisation unzulänglich spezifiziert ist. Das verweist den soziologischen Blick auf verdeckte gesellschaftliche Prämissen. Offenbar ist unsere Gesellschaft nicht mehr die, die im Begriff der Institution vorausgesetzt war. Nachdem schon das Naturrecht und seine naturalen Formenkonstanten unter dem Druck der Zeitverhältnisse aufgegeben werden mußten, scheint dasselbe Schicksal auch die Ersatzvorstellung der Institution zu ereilen. Das hat vermutlich weitläufige gesellschaftstheoretische Gründe.

In der modernen Gesellschaft sind Organisationen in allen Funktionssystemen unentbehrlich. Gerade weil ein Funktions-

[14] Trotz des gegenwärtigen Booms in Risikoforschung sind mir Forschungen zu diesem Thema nicht bekannt.

[15] Hierzu Rudolf Stichweh, Differenzierung des Wissenschaftssystems, in: Renate Mayntz et al., Differenzierung und Verselbständigung: Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme, Frankfurt 1988, S.45-115, S.75ff; Joachim Matthes, Projekte - nein danke? Eine (un)zeitgemäße Betrachtung, in: Zeitschrift für Soziologie 17(1988), S. 465-473.

system wie Wissenschaft oder Erziehung, Wirtschaft oder Politik nicht als Einheit organisiert werden kann und alle Einheitskonzepte erodieren - von der Bildungsplanung bis zur Staatspolitik und zum perfekten (mathematisch abbildbaren) Konkurrenzgleichgewicht der Wirtschaft übernehmen Organisationen die Funktion der Interdependenzunterbrechung. Sie ermöglichen in der Wissenschaft lokale Schwerpunktbildungen und entsprechende Attraktionen wie immer temporärer Art; in der Politik Demokratie durch den Zwang zur Verschiedenheit der Parteiprogramme; in der Wirtschaft die Realisierung von Rationalität auf der Ebene unternehmensspezifischer Bilanzen. Es wird immer schwieriger, sich vorzustellen, wie die hochkomplexe moderne Gesellschaft ohne solche Interdependenzunterbrechungen mit sich selber umgehen könnte. Und die Erfahrungen mit dem Schicksal der Universitäten in den letzten Jahrzehnten scheinen dies - bei allen Irrtümern und Fehlern, die man kritisieren könnte - im großen und ganzen zu bestätigen. Wir müssen mit dieser Gesellschaft nicht zufrieden sein; aber wir können es nicht sein, wenn wir nicht lernen, mit Organisationen auszukommen und sie mit ihren eigenen Mitteln auszutricksen, wenn sich die Mühe lohnt.

Erfahrungen mit Universitäten
Ein Interview

I

ANDRÉ KIESERLING: Herr Luhmann, Sie sind ja auf Umwegen an die Universität gekommen, haben also zunächst längere Zeit in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet und schon in dieser Zeit angefangen, wissenschaftlich zu publizieren. Wie ist eigentlich dieser Entschluß, die Verwaltung zu verlassen und ganz an die Universität zu gehen, damals zustande gekommen?

NIKLAS LUHMANN: Ein Grund lag in gewissen Hindernissen für eine weitere Karriere innerhalb des administrativ politischen Kontextes, in dem ich gearbeitet hatte, das war ein Kultusministerium. Man hätte in eine Partei eintreten müssen oder wäre andernfalls auf einer bestimmten Ebene stehengeblieben, und dort war Wiederholung aller Tätigkeiten abzusehen, so daß ich mich entscheiden mußte, entweder mich stärker politisch zu engagieren oder rauszugehen. Und ich habe dann diese zweite Entscheidung getroffen. Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen, das muß ich zunächst einmal sagen. Im Kultusministerium war ich mit Wiedergutmachungssachen wegen der Naziverfolgung von Gelehrten befaßt, also mit den Hintergründen des Vergraulens von Kollegen und mit der Rekonstruktion ihrer Karrieren. Aber ich hatte auch sonst viel mit Universitäten zu tun, und das Bild, das man dort bekam, war nicht ein Bild, was mir es nahegelegt hätte, in diese Situation selbst hineinzugehen - also zum Beispiel die ins Lächerliche gehenden Disziplinarfälle. Hinzu kam das Problem der interdisziplinären Orientierung. Ich konnte mich eigentlich nicht für eine bestimmte Fakultät entschließen, weil ich zwar von Hause aus Jurist war, aber doch gerade auch in der Praxis eher auf nichtjuristische Fragen gestoßen war, also auf organisatorische zum Beispiel, so daß es mir schwerfiel, mir vorzustellen, daß ich eine Fakultät finden könnte, in der ich das, was ich machen wollte, wirklich tun konnte.

RUDOLF STICHWEH: Sie sind dann an die sogenannte Reformuniversität Bielefeld gegangen. Waren die relativ ehrgeizigen Reformvorstellungen eigentlich für Sie persönlich von Bedeu-

tung, oder war Bielefeld nur ein Ort, an dessen Stelle auch andere Orte in Deutschland hätten treten können?

LUHMANN: Die Idee, eine Universität zu bauen, wo die Forschung Dienstpflicht ist und gleichzeitig eine primär auf die Lehre zugeschnittene Tätigkeit sein sollte, das fand ich attraktiv. Außerdem war natürlich die Gründungssituation besser als eine vorhandene Struktur, in die man irgendwo hinein mußte: Hier konnte ich meine Tätigkeit im Zugang zur Universität mehr oder weniger selber bestimmen. Und schließlich war die Stärke der Soziologie in dieser Gründungsphase ein weiteres Motiv. Von der Soziologie aus konnte man sich ja mit allen möglichen Themen beschäftigen, wenn man immer nur sagte, Soziologie des Rechts, Soziologie der Organisation, Soziologie des Wissens, Soziologie der Religion usw.

KIESERLING: ES gibt einige Aufsätze von Ihnen, die sich mit der Studentenbewegung befassen, und Sie haben ja Ihre Lehrtätigkeit in Münster auch 1968 begonnen. Welche Erfahrungen haben Sie persönlich mit den Leuten aus dieser Generation gemacht?

LUHMANN: Ich muß zunächst sagen, daß ich eigentlich immer einen relativ kleinen Kreis von sehr guten Studenten hatte, der sich in der Größe nie verändert hat. Da sind immer fünf oder sechs oder zehn, die ich gut kenne, die meine Arbeiten kennen, die sich mehr oder weniger aktiv beteiligen und von denen ich viel lerne - aus der Art der Fragen oder aus der Art des Nichtverstehens, auch aus der Kritik selbst -, und das ist konstant geblieben. Natürlich kommt die Art der Kritik aus der Lektüre der Studenten, und die Lektüre ist damals eine andere gewesen als heute. Aber die Studenten, die mir Freude machen, sind eigentlich immer ähnliche Studenten gewesen, und das hat von diesen ideologischen Fragen eigentlich nie abgehangen. Was irritierte, war eher eine Art von Aufmüpfigkeit oder eine Art von Unerzogenheit, die ermutigt wurde durch die Bewegung in ihren mehr extremen Seiten. Das hat im übrigen auch den Studenten, die studieren wollten und ihr primäres Ziel darin sahen, erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Diese Situation war für mich belastend, ohne daß ich darüber heißes Blut bekommen hätte. Die wirklich unheilbaren Verletzungen sind durch das Verhalten von Kollegen entstanden und nicht durch das Verhalten von Studenten.

KIESERLING: Die Systemtheorie, an der Sie arbeiten, ist ja zunächst einmal ein Forschungsprogramm und wird für Wissenschaftler geschrieben. In der Universität aber muß sie auch in Situationen der Lehre vertreten werden, die ganz anders gebaut sind. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

LUHMANN: Man hat es als Lehrer leichter, wenn man eigenes Gedankengut reproduzieren kann, vorausgesetzt, daß dies nicht nur irgendeine Idiosynkrasie ist, sondern zum Beispiel als Publikation dann auch Resonanz findet. Außerdem gibt es bei Studenten einen Bedarf für Übersicht mit sparsamen Instrumentierungen, einen Bedarf für Übersicht mit Hilfe überall verwendbarer Begrifflichkeiten, und diese Art von Übersicht kann man zum Beispiel mit dem Systembegriff herstellen - im Unterschied zu Übersichten, die nur sagen: Es gibt die und die Klassiker, die muß man alle kennen, es gibt Weber und Durkheim, es gibt Phänomenologie und Systemtheorie und Frankfurter Schule und so weiter und so weiter. Ich fürchte, für Studenten ist diese bloße Verkettung durch »und« eher irritierend. Als Alternative dazu könnte man sich an eine Gesellschaftstheorie wenden, die den Anspruch macht, über alle Themen etwas sagen zu können, wenngleich immer im Einsatz des eigenen Instrumentariums. Systemtheorie hat die Möglichkeit, einen Zusammenhang darzustellen, auch wenn sie natürlich nicht in der Lage ist, alle Theorien gleichsam aufzusaugen und neu durchgekaut zu reproduzieren. Außerdem kommt man auf diese Weise zu einer Kommentierung von wichtigen Problemen der modernen Gesellschaft und kann diese Probleme in einem Zusammenhang sehen, also beispielsweise ökologische Fragen in einem Zusammenhang mit Problemen der Ökonomie - und nicht als ein Wertdesiderat, das durchgesetzt werden muß gegen ökonomische Bedenken. Man kann also relativ gut, aber ich spreche jetzt natürlich pro domo, Zusammenhänge darstellen und damit auch gewissen Einseitigkeiten in den Engagements entgegenarbeiten, wo man ein Wertziel hat und dieses als das eigentlich Ausschlaggebende setzt. Eine solche Abkühlung von Einseitigkeiten spricht einige an, und andere werden dadurch abgestoßen, weil gerade ihr Wert, ihr Desiderat relativiert oder mit einer gewissen coolness und Indifferenz behandelt wird.

KIESERLING: Es gibt inzwischen eine Reihe von jüngeren

Soziologen, die vermutlich nichts dagegen hätten, wenn sie als Schüler von Ihnen bezeichnet würden, aber eine Schule im engeren Sinne scheint es nicht zu geben, und wenn ich es richtig sehe, haben Sie sich auch nicht darum bemüht, eine solche Schule zu bilden.

LUHMANN: Das ist richtig, denn ich selber würde ja von Schülern gar nichts lernen können, während ich von selbständigen jüngeren Kollegen mehr lerne als von gleichaltrigen oder von ganz andersartig orientierten Soziologen, so daß mein eigenes Interesse eigentlich darin liegt, Devianz zu erzeugen und am Abweichungsfalle zu sehen, was passiert, wenn man den von mir in Gang gesetzten Zug an einer bestimmten Station verläßt und dann zu Fuß gehen muß und sich verirrt oder doch einen Schnellwagen findet und überraschenderweise noch vor mir in der nächsten Station wieder auftaucht - oder überhaupt nicht wieder auftaucht. Die Selbständigkeit ist also einer der großen Vorteile, und die Systemtheorie kann das durch ihren Relativismus nur begünstigen, denn man muß ja immer von einer Systemreferenz ausgehen. Dazu gehört auch die Ironie in der Präsentation der Systemtheorie selbst. In allen Büchern ist irgendein heimlicher Unsinn drin, der nicht immer entdeckt wird, aber auch in den Vorlesungen kommt viel dieser Art vor, um eine Orthodoxierung des Lehrguts zu vermeiden. Das geschieht in der Absicht, zur Reflexion anzustoßen oder zum Weiterdenken anzustoßen, ohne irgendwie zu zügeln. Abgesehen davon aber liegt es mir auch vom Naturell her.

STICHWEH: Ich hatte auch immer den Eindruck, daß vom Duktus Ihres Denkens her, aber auch vom Blick auf die Weltgesellschaft her eine Schule etwas zu Kleines wäre. Das Interesse scheint doch eher eines an den überraschenden Wirkungen zu sein, etwa an der Rezeption in Australien, die unantizipiert kam, verbunden mit der Befürchtung, daß man sich so was verbaut, wenn man zu sehr nach innen spricht.

LUHMANN: Das kann ich bestätigen, auch weil faktisch viel an Resonanz, eigentlich das meiste, über Kritik und Ablehnung gelaufen ist. Das gilt sehr deutlich für Italien, und auch dort hat es eigentlich keine Schulenbildung gegeben, wohl aber enorm viel Literatur. Der Name ist bekannt, und es gibt, jedesmal wenn ich da bin, Interviews, Fernsehen und alles mögliche. Ich bin also

eine öffentliche Figur, aber die Kenntnis der Materie selbst ist minimal - und das ist nun auch wieder nicht ein Optimum. Also Resonanz und kritische Auseinandersetzung sind unabdingbar, aber das ist gerade nicht Schulenbildung. Mit Schulenbildung würde man ja von vornherein Grenzen setzen zwischen dem, was erlaubt und erwünscht ist, und dem, was nicht dazugehört, und die Nichtdazugehörigen würden dann auch gar keinen Anlaß sehen, sich damit zu beschäftigen. Das würde sektiererisch werden müssen, und daran liegt mir überhaupt nicht.

II

KIESERLING: Ich möchte jetzt einige Komponenten der Idee der Universität kurz in Erinnerung rufen und Sie fragen, was Sie als Soziologe davon halten. Eine dieser Komponenten war ja die Vorstellung, daß Forschung und Lehre an der Universität keinen Gegensatz bilden, sondern eine Einheit, daß die Wissenschaft also mit ihren jeweils fortgeschrittenen Figuren zugleich belehren könnte, ohne daß man dafür eine Art pädagogische Zutat benötigen würde, und daß umgekehrt Situationen, in denen man lehren muß, etwas wissenschaftlich Produktives haben, zu Einfällen anregen usw. Diese Vorstellung einer nicht nur äußerlichen Beziehung zwischen Forschung und Lehre ist dann irgendwie mitgeführt worden und auch abgeändert, aber eigentlich nie ganz verabschiedet worden. Und mindestens die organisatorische Ausrüstung der Universität orientiert sich ja nach wie vor an dieser Idee. Was halten Sie davon?

LUHMANN: Seit den Zeiten Humboldts hat sich sowohl im Wissenschaftsbereich als auch in der Erziehungsinstitution viel geändert. Die Kluft ist größer geworden, also die Lehrbarkeit avancierten wissenschaftlichen Wissens oder des Wissens, das an der Forschungsfront gerade entwickelt wird, ist ein Problem geworden - bei allen Versuchen, schon in den Schulen mit moderner Wissenschaft anzufangen, etwa mit Mengenlehre oder mit linguistischen Feinheiten oder vielleicht sogar mit Systemtheorie. Es ist also schwieriger geworden. Andererseits ist auf der institutionellen Ebene ein Vorteil darin zu sehen, daß man nicht völlig in die Lehre eingebaut ist, sondern gleichsam als Entschuldigung für die eigene Freizeitverwendung auch noch Forschung betreiben darf. Wie stark das kontrolliert werden kann, ist ein

bekanntes Problem, aber insgesamt gesehen findet man natürlich die überwiegende Forschungsleistung heute immer noch an den Universitäten, und das in Zeiten, die als Berufszeiten gelten, was in vielen Hinsichten rechtlich sehr wichtig ist, daß man immer im Hauptamt tätig ist und nicht etwa im Nebenamt herumreisen muß. Das hat alles noch deutliche Vorteile, obwohl die Verbindung von Forschung und Lehre schwieriger geworden ist. Für mich selbst auch deshalb schwieriger, weil im Zuge meiner Theorieentwicklung die Lehrveranstaltungen mehr und mehr auf meine eigenen Arbeiten zugeschnitten werden, obwohl ich besonders in den Seminaren versuche, einen Gegenkurs zu halten und offen zu sein. Aber die Fragen kommen dann von Leuten, die meine Bücher gelesen haben oder sogar sämtliche Manuskripte kennen, die in meinem Büro zur Verfügung stehen. Die Lehre selbst teilt die Studenten dann sozusagen in solche, die gut Bescheid wissen und damit glänzen können, und andere, die stumm bleiben und nur die Köpfe schütteln.

STICHWEH: Ich würde da gerne noch einmal nachfragen. Mir ist das immer aufgefallen: In Ihren publizierten Schriften werten Sie eher skeptisch die Idee der Einheit von Forschung und Lehre ab. Schon Humboldt sei damit erfolglos gewesen, in Bielefeld sei das noch einmal gescheitert. Andererseits habe ich eigentlich nie einen Universitätslehrer getroffen, der mir die Einheit von Lehre und Forschung in der eigenen Lehrpraxis in so reiner Form verwirklicht zu haben scheint, so daß ich immer, wenn jemand zu mir sagen würde, das gibt es ja gar nicht, antworten würde: und Luhmann? Ich wüßte gerne, ob das nicht ein Widerspruch ist, Ihre publizierte Position und die Art und Weise, wie Sie selbst agiert haben in der Universität?

LUHMANN: Ja, das ist sicher ein Widerspruch, weil ich bei der Publikation an den Normalfall denke, wo Forschung zum Beispiel in der Soziologie als empirische Forschung läuft, in umfangreichen Untersuchungen oder in der Psychologie in Experimenten. Die Fragen, die dort behandelt werden, sind relativ detailliert und eng zugeschnitten, denn anders kommt man methodisch nicht heran. Ein Lehrprogramm muß aber den Studenten in das gesamte Fach einführen können, so daß man eine Verbindung eigentlich nur noch so denken kann, und das war ja zur Zeit des deutschen Idealismus vielleicht sogar als Normalfall

gedacht, daß man umfassendere Theorien anbieten kann, die im Prinzip in der Lage sind, zu allen Gegenständen etwas zu sagen, wenn auch in einer bestimmten vorseligierten Form. Genau das versuche ich nun in der Forschung selbst zu erreichen.

STICHWEH: Dann ist es in Ihrem Fall der biographische Zufall des Verfügens über eine eigene Theorie, der die Einheit von Forschung und Lehre noch einmal erlaubt.

LUHMANN: Jedenfalls scheint es eine Ausnahme zu sein.

KIESERLING: Ein anderes Element der klassischen Idee der Universität lag in der Vorstellung einer übergreifenden Wissenschaftskonzeption, welche die unterschiedlichen Disziplinen auf die Einheit eines Prinzips zurückführt, für das seinerzeit die Philosophie des Subjekts zuständig sein sollte - also eine nicht mehr kosmologisch und auch nicht mehr enzyklopädisch gedachte Vorstellung über die Einheit der Wissenschaften. Diese Komponente der Universitätsidee wird nach dem Zerfall jener Philosophie heute eher von Überlegungen zu interdisziplinären Kontakten interpretiert, und Helmut Schelsky etwa hat ja deutlich so gedacht. Ist das eine adäquate Nachfolge oder stehen wir nicht diesem Problem eher ratlos gegenüber?

LUHMANN: Es ist jedenfalls keine adäquate Nachfolge, denke ich. Die Philosophie selbst hat sich ja als Spezialdisziplin ausdifferenziert und auch in Fächer aufgelöst, also beispielsweise in Erkenntnistheorie oder in das, was im Französischen als Epistemologie bezeichnet wird. Das sind beides Begriffe, die Mitte des 19. Jahrhunderts überhaupt erst auftauchen. Das heißt, die Philosophie versucht noch zusammenzufassen, aber eben nur noch als Erkenntnistheorie. Und die interdisziplinäre Entwicklung, soweit ich das übersehen kann, ist im allgemeinen eng mit bestimmten Theoriekonzepten verbunden, so daß es neben den Fachgebieten immer gewisse anspruchsvolle Theorieentwicklungen sind, wie etwa Kybernetik oder Informationstheorie, neuerdings im gewissen Umfange auch Mathematik, wo man annehmen kann, daß interdisziplinäre Kontaktfähigkeit hergestellt wird. Aber diese Forschungsgebiete sind nicht repräsentativ für klassische Disziplinen wie etwa Psychologie oder Soziologie oder Physik oder Chemie, und daraus ergibt sich eine eigentümliche Selektivität, auch eine eigentümliche Modeabhängigkeit, für die es institutionell keinen adäquaten Unterbau gibt, es sei

denn in diesen sogenannten invisible Colleges von Forschergruppen, die sich kennen und bei irgendwelchen Gelegenheiten auch treffen.

Auch in der Soziologie gibt es ja deutliche Abgrenzungsbemühungen: Man will nicht Sozialphilosophie sein. Man hat das Problem, die Handlungstheorie gegen Psychologie abzudichten, was immer nur mehr oder weniger artifiziell gelingt. Man ist immer empört, wenn jemand biologische Literatur zitiert, weil das dann aussieht wie eine Organismusanalogie usw. Also die Abgrenzungsbemühungen sind mindestens ebenso stark, auch jetzt gegenüber der Soziolinguistik zum Beispiel, wie die Versuche, interdisziplinär zu lernen. Ich denke, daß die Soziologie interdisziplinär lernen und dann auch wieder rekursiv in die Diskussion eingreifen kann, nur wenn sie selbst eine eigene Theorie hat. Das war auch die Erfahrung von Parsons übrigens, der mit Freud etwas anfangen konnte und mit Jacobson und Chomsky, also mit Linguisten, mit Psychologen, mit Systemtheoretikern verschiedenster Art, aber auch mit businessmen wie ehester Barnard usw. Aber Parsons konnte das alles eben auch in seiner eigenen Weise lesen und in seine eigene Theorie hineinbringen. Und das scheint mir die Schwelle zu sein, an der die Soziologie im Moment stagniert.

KIESERLING: Ein drittes Element, das wir mit der Universitätsidee verbinden, bestand in der Erwartung, daß die Universität nicht nur eine Vorbereitung auf Karrieren innerhalb und außerhalb der Wissenschaft leistet, sondern ihre Mitglieder zugleich bilden soll. Bei Bildung war dabei offensichtlich mehr gemeint als nur die Kenntnis einer bestimmten historischen Tradition, also mehr als nur das Zitierenkönnen, sondern eher ein komplexes Weltverhältnis, das dann den Gebildeten in die Lage versetzt, sich in allen möglichen Situationen zurechtzufinden, ohne daß ihm jeweils gesagt werden müßte, was zu tun ist. Kann man irgend etwas davon auch von der Universität, wie sie heute ist, erwarten?

LUHMANN: Ich weiß nicht, ob ich das noch in jenem alten Sinne als Bildung definieren würde, also zum Beispiel als Fähigkeit, in Interaktionen Lesefrüchte zum besten zu geben, welche die anderen vermutlich überraschen, als Gebildeter mit sicherer Zitierfähigkeit auftreten zu können und etwas zu wissen, was

andere nicht wissen. Aber trotzdem ist eine wissenschaftliche Ausbildung ein Unterschied gegenüber dem, was man anderenfalls hätte, vor allen Dingen, wenn sie auf Kritik Wert legt. Und eine gewisse Fähigkeit der Abstraktion, eine gewisse Fähigkeit, Tatsachen und Sachverhalte zu vergleichen, die auf den ersten Blick ganz verschieden aussehen, Zusammenhänge herzustellen, und auch ein Bewußtsein, daß dies theorieabhängig geschieht oder methodisch abhängig geschieht - das sind Fähigkeiten, die sich zum Beispiel auch deutlich unterscheiden von dem, was man gemeinhin als Anwendung von Wissen bezeichnet, so als ob es ein Rezept gibt, das man dann in der Praxis nur anwenden muß. Aber es ist sehr die Frage, ob das noch in irgendeinem Sinne mit einem Bildungsbegriff zusammenpaßt, der im übrigen auch immer schichtspezifisch gewesen ist und ein seligiertes Publikum voraussetzte.

KIESERLING: Ein anderer Gedanke war, daß die Universität Funktionen der Aufklärung einer größeren Öffentlichkeit wahrnehmen kann. Was man heute erkennen kann, ist jedoch kaum mehr, als daß es Wissenschaftler gibt, die gelegentlich auch als Intellektuelle tätig sind, Zeitungsartikel schreiben, Rundfunkgespräche führen usw. Aber das ist ja von der Universität aus gesehen eine Art Privatangelegenheit, eine Art anzuzeigender Nebenbeschäftigung, aber nicht eigentlich ein Thema, das die Universität als Thema für eigene Entscheidungen ansehen würde.

LUHMANN: Man kann wohl davon ausgehen, daß speziell die deutsche Universität ausgesprochen feindselig reagierte auf die breitere Kommunikationspraxis der Intellektuellen. Simmel hat beispielsweise viele Zeitschriftenartikel anonym publiziert, um nicht seine wissenschaftliche Karriere dadurch zu erschweren, und es macht heute Mühe, sie überhaupt noch zu finden. Das Zeitungsartikelschreiben war also keine Sache, die einem jungen Gelehrten einen Ruf verschafft hätte. Andererseits war natürlich der deutsche Wissenschaftsbegriff sehr viel breiter als das, was im Angelsächsischen als science gilt. Die Differenz zwischen, traditionell gesprochen, Meinung und strengem Wissen war dadurch flüssiger als anderswo, so daß bestimmte Philologien beispielsweise oder auch Philosophie durchaus das kulturelle Klima einer bestimmten Zeit beeinflussen konnten. Man

könnte an Existenzphilosophie oder auch an bestimmte ästhetische oder kunsttheoretische Überlegungen denken, wo die Grenze zur Wissenschaft eben nicht sehr scharf ist. Außerdem müßte man einmal die gedankliche Probe machen, was denn mit unserer intellektuellen Kultur passieren würde, wenn man solche Wissenschaftler ausschalten würde, wenn ihre Stellungnahmen entfallen würden durch zuviel Rigidität in den Methoden oder durch zuviel Schüchternheit in der endgültigen Bekanntgabe von etwas, was man schon lange gedacht hatte.

KIESERLING: Die Idee der Universität hatte ja auch den Charakter einer Abwehrformel im Hinblick auf politische Eingriffe. Auch heute noch nehmen wir an, wenn Gefahr droht oder wenn etwas Unsinniges passieren kann, dann passiert es vermutlich erst mal politisch und wirkt sich von dort her auf die Universität aus. Aber ist das eine angemessene Vorstellung, wenn man sehen muß, daß die Universität selber dauernd Themen erzeugt, mit denen sie dann nicht fertig werden kann und über die dann doch - die Studentenbewegung ist vielleicht ein Beispiel dafür - politisch entschieden werden muß?

LUHMANN: Wenn man den Begriff der Autonomie von den Operationen her sieht, so ist es ja völlig undenkbar, daß die Politik zugleich konkret im Hörsaal lehren oder vor dem Mikroskop forschen könnte, so wie es auch schwierig ist für Professoren, unmittelbar politisch tätig zu werden. Die Fälle, die man hat, sind nicht sehr ermutigend, meistens deshalb, weil in den politischen Parteien der entsprechende Rückhalt fehlt und man von außen hineingekommen ist und dann auch schnell wieder draußen ist. Operativ gesehen ist die Unterscheidung also sehr stark und auch sehr real, und eine Verschmelzung wäre überhaupt nicht denkbar, wenn man die Leistungsfähigkeit der Politik im Bereich des Konsensschaffens oder des Vortestens von irgendwelchen Projekten einerseits und andererseits die Leistungsfähigkeit der Forschung ebenso wie der Lehre auf dem gegebenen Niveau halten will. Aber die Frage ist natürlich, was aus der Rechtsgarantie von Autonomie eigentlich geworden ist, und hier meine ich, daß die Rechtsgarantie überhaupt nur deshalb einigermaßen funktioniert, weil eben diese operative Trennung und Autonomie eine Tatsache ist, die man nicht wieder aufheben kann.

Im faktischen Betrieb ist dadurch, daß die Universität selbst eine Organisation ist, eine kaum durchschaubare Gemengelage entstanden, zum Beispiel was Prüfungsordnungen, was die Bewilligung von neuen Lehrstühlen, was die Dosierung von Geldmitteln usw. angeht. Organisatorisch gibt es dann eine kaum überschaubare Vermischung von politisch gesetzten Entscheidungsprämissen und Desideraten, die sich aus der Lehre und der Forschung ergeben. Das liegt einfach daran, daß die Organisation, wenn man so sagen darf, eine Hypertrophie von Entscheidungsmöglichkeiten erzeugt und damit Parasiten anlockt. Die Politik parasitiert die Universität, indem sie Chancen, irgend etwas Gutes zu tun, wahrzunehmen versucht, und die Universität parasitiert die Politik, oder die Professoren suchen über Geschick in der Ausnutzung von organisatorischen Möglichkeiten ihre eigenen Forschungs- und Lehrbelange besser abzusichern.

III

STICHWEH: In den Aufsätzen aus den siebziger Jahren haben Sie an der Gruppenuniversität kritisiert, daß sie das Vordringen kurzfristig definierter und partikularistisch verengter Orientierungsmuster auf Kosten des Rechts begünstige. Mich würde die Frage interessieren, ob Sie eigentlich denken, daß diese Diagnose die Situation der frühen 90er Jahre noch beschreibt? Ist nicht inzwischen ein Strukturwandel eingetreten oder jedenfalls ein Nachlassen des ideologischen Engagements?

LUHMANN: Letzteres sicher; und ein Strukturwandel insofern, als das Recht auf die Situation durch Verkomplizierung reagiert hat. Man hat jetzt sehr aufwendige Abstimmungsverfahren in den Fakultätskonferenzen, und man kann eine Fakultät nicht mehr leiten, ohne rechtliche Fehler zu machen. Die Satzungen sind dafür zu kompliziert, und die Schwierigkeit ist ins Organisatorische und Rechtliche ausgefranst, was die Gruppen nicht beseitigt hat, ihnen aber den massiven Einfluß über ganze Pakete von Themen genommen hat. Insofern hat das System gelernt durch Aufbau von Komplexität, durch Bürokratisierung, durch Demobürokatisierung, wenn man so sagen will. Was geblieben ist, ist eine unzählige Menge von Kommissionen; was geblieben ist, ist die Unmöglichkeit, belanglose Entscheidungen auf der Verwaltungsebene allein zu treffen, und auch die Not-

wendigkeit, daß die Gruppen sich eigentlich vorher verständigen müßten, bevor ein Vertreter von ihnen in den Kommissionen votiert, was die ganze Verfahrensstruktur mindestens zweistufig macht. Da aber die Voten in den Kommissionen wiederum noch nicht die Voten in den endgültigen Entscheidungsinstanzen sind, wird oft ein Dienstweg von fünf bis sechs Stationen oder eine Hierarchie dieser Art in den Entscheidungsgang eingebaut, was im Zweifel dazu führt, daß man mit dem, was man anfängt, nie zum Ende kommt. Das könnte man mit neuen Strukturen alles sehr viel einfacher und rationeller machen, wenn man gleichsam die Kühe erst mal aus dem Stall führt, bevor man ihn ausmistet. Aber die Kühe bleiben natürlich im Stall.

STICHWEH: In einem anderen Text sagen Sie, und ich fand das eine sehr scharf zugespitzte Bemerkung, Sie hätten die deutsche Universität erst im Augenblick ihres Niedergangs betreten. Ich vermute, diese Diagnose zielt ebenfalls auf die Gruppenuniversität. Ich würde gerne aber noch einmal nachfragen: Gilt diese Diagnose noch? Dauert der Niedergang fort und woran läßt er sich weiterhin festmachen?

LUHMANN: Er hat inzwischen die Eigenschaft eines Fortschritts angenommen. Er stagniert auf dem Nullniveau, ohne daß die Zeit zu Ende wäre. Es gibt also nicht »mehr Niedergang«, das würde ich nicht sagen, und auch ich finde rückblikkend diese Formulierung übertrieben, um so mehr als ich auch mit der Ordinarienuniversität meine Schwierigkeiten gehabt hatte und eigentlich den Fehler darin sah, daß etwas nicht sehr Gutes durch etwas Schlechteres ersetzt wurde. Das heißt, man hat die Chance einer Reform verpaßt. Man hätte mit wenigen und klaren rechtlichen Regelungen die Strukturen durchsichtiger machen und die Willkür gewisser professoraler Machtansprüche brechen können.

Ich denke zum Beispiel an Assistentenkarrieren: Man hätte eine rechtlich sehr einfache Struktur einbauen können, die es erfordert, daß der Assistent zu Beginn seiner Karriere mit dem Professor zusammenarbeitet, mit ihm forscht und mit ihm lehrt, dann aber sequentiell freigegeben wird für eigene Forschungen und eigene Lehre. Den Übergang hätte zum Beispiel die Promotion bilden können. Man hätte das anstelle der alten Strukturen mit ihren Berufungszusagen und persönlichen Zuordnungen von

Assistenten zu Professoren einführen können, ohne nun gleich eine Gruppenuniversität daraus zu machen, wo die Assistenten quer zu allen Sachzuordnungen oder Personalzuordnungen zu Gruppen zusammengefaßt sind. Ich hätte mir also ganz andere Reformmaßnahmen vorstellen können.

Auch ist die Gruppenuniversität weniger geeignet, Nachwuchs zu entdecken und zu fördern. Das ist einer der Einwände, die ich immer hatte, daß Nachwuchsförderung eigentlich nicht über Gruppen und über Bewerbungen und über Schriften laufen kann, die man sehr früh publizieren muß, auch wenn sie noch gar nicht fertig sind, damit man ein Schriftenverzeichnis zusammenbekommt, mit dem man dann publik und demokratisch vor die Kommissionen läuft. Das funktioniert nicht, und es kann auch die personelle Förderung von Nachwuchs nicht ersetzen - die natürlich ein Moment der Willkür, der persönlichen Zuneigung oder des persönlichen fitting von jüngeren und älteren Mitarbeitern und Kollegen zum Problem werden läßt. Die Personalförderung ist deutlich schlechter geworden, insbesondere, wenn man sich als Personal nicht den agilen jungen Menschen vorstellt, der schnell lernt, gut formuliert, gerne reist und überall sofort ankommt, sondern jemanden, der lange Zeit braucht und der sich selbst immer wieder testet, sich selbst immer wieder in Frage stellt. Wenn man einmal den Prototyp des jungen Mannes nimmt, der früher einmal deutscher Professor wurde, sieht man sofort: Diese Leute kommen nicht mehr durch.

STICHWEH: Ist das eher ein Urteil eines Universitätslehrers oder ist das eher ein Urteil des Wissenschaftlers? Sehen Sie also diese Defizite eher in der Dimension der Lehre und der Ausbildung von Studenten oder finden Sie, daß sie noch stärker auftreten in der Dimension der Forschungsleistung der Universität?

LUHMANN: Ich würde es im Schwerpunkt auf Forschung beziehen, also insbesondere auf Innovativität im Unterschied zu der kritischen Diskussion vorhandener Texte. Im Bereich dieser sekundären Kommentierung dessen, was ohnehin schon geschrieben ist, wo irgendjemand eine Theorie aufstellt und dann eine riesige Sekundärliteratur daran anschließt, kann dieser Typus von Nachwuchs reüssieren, und in der Lehre ist er selbstverständlich oft elegant und durchaus willkommen. Aber ich denke, daß mit der Struktur, die wir jetzt haben, die Stellung auf keinen

Fall je wieder erreicht wird, die die deutschen Universitäten im Bereich von Wissenschaft im 19. Jahrhundert hatten, und zwar ganz unabhängig von Geldmitteln.

IV

KIESERLING: Sie haben vor einigen Jahren einen Aufsatz veröffentlicht, der einen Vorschlag macht für die Hochschulpolitik. Dem liegt die Wahrnehmung zugrunde, daß wir sehr viel mehr Studenten haben in den ersten Semestern, als dann schließlich einen Abschluß machen, daß also sehr viel an Selektion einfach passiert, daß Leute entmutigt werden oder abspringen oder etwas anderes vorziehen. Ihr Vorschlag bezieht sich darauf, daß man in der Universität selektiv prüft, und zwar unterschiedlich selektiv, daß es also harte und weiche Studiengänge gibt, und dies nicht nur in dem Sinne, daß es dann neben den sogenannten harten Fächern auch noch sogenannte weiche Fächer gibt, sondern im Sinne einer Differenzierung in den Ausbildungsmöglichkeiten der einzelnen Fächer selbst, und daß es dann Sache des Studenten ist, sich zu entscheiden, ob er eher einen weichen oder eher einen harten Kurs bevorzugen würde, und daß man dies als Gliederung, als Differenzierung innerhalb der Universität behandelt. Können Sie das etwas erläutern?

LUHMANN: Mir hatte zunächst ganz formal die Differenz zwischen einem Magisterstudiengang mit mehr akademischen Freiheiten, wenn man so will, mit weicher definierten Lernzielen, mit individuelleren Kombinationsmöglichkeiten einerseits und dem Diplomstudiengang andererseits vorgeschwebt. Also der Diplomstudiengang im Hinblick auf einen Berufsanschluß und der Magisterstudiengang eher im Hinblick auf Bildungswerte oder auch auf individuelle Kombinationen, die natürlich dann im Einzelfall sehr gefragt sein können, wenn jemand sehr heterogene Sachen nebeneinander studiert hat und dann etwa Verfassungsrecht und Soziologie kombinieren kann. Das war der Ausgangspunkt, und zugleich war die Beobachtung, daß die Universitäten insbesondere unter dem Einfluß der Studentenbewegung - das gilt speziell für Bielefeld - eher selektionsfeindlich orientiert waren. Auch die Pädagogik ermutigt uns nicht, streng zu zensieren; sie sieht die Zensuren und das Versetzungssystem und die Abschlußprüfung eher als eine Belastung der eigent-

lichen pädagogischen Aufgabe. Ich hatte gedacht, man müßte eigentlich ein Problem in eine Wahlmöglichkeit umdefinieren. Das Problem ist, wie scharf soll man in der Universität seligieren, um bestimmten Abnehmern, bestimmten Berufen, qualifiziertes Personal anbieten zu können, oder wie schwach soll man in der Universität seligieren, um Individualität und Entwicklungsmöglicheiten zu fördern. Daraus kann man eine Option machen und sagen: Wir bieten beides, aber institutionell getrennt, so daß der Student nicht einfach nur die Schwäche der Selektion, das prüfungs- und zensurenlose System goutiert, sondern sich danach richten kann, daß jede Option ihre eigenen Vorteile und Nachteile hat. Man hätte dann größere Unsicherheit bei größerer Individualität in dem, was ich mal so Magisterstudiengang nennen würde, und größere Stringenz der Kurssysteme, aber auch größere Marktsicherheit der Abschlüsse in dem, was ich Diplomstudiengang nennen würde. Das war die Idee.

STICHWEH: Dieser Vorschlag der Trennung harter und weicher Studiengänge war ja eine Art Reaktion auf das wahrgenommene Wachstum der bundesdeutschen Universität. Für die Bundesrepublik hatten wir ehedem zwei bis fünf Prozent eines Altersjahrgangs in der Universität, während nun die Zahlen schon sehr deutlich über zwanzig Prozent liegen. Mich würde interessieren, ob Sie eine Möglichkeit sehen, für diese Wachstumsprozesse der Universität irgendwelche Grenzen anzunehmen, die zum Beispiel als Grenzen der Studierfähigkeit oder auch als Grenzen des gesellschaftlich sinnvoll Nutzbaren angegeben werden könnten, oder ob Sie vielleicht eher wie Talcott Parsons mit einer Universalisierung des Zugangs zur Hochschulerziehung rechnen würden, die sich dann in ähnlicher Weise durchsetzt wie vorher die Universalisierung der Primarerziehung und dann auch der Sekundarerziehung?

LUHMANN: Ich würde genau diejenige Lösung für nicht gut halten, die faktisch gewählt wird, nämlich am Anfang auszuschließen, also Zulassungsbeschränkungen zu haben, und das nicht im Sinne von Qualitätsbeschränkungen, sondern im Sinne von Mengenbeschränkungen, so daß bestimmte Wartezeiten oder bestimmte Entmutigungen durch eine zentrale Regelung des Studienzugangs gesetzt sind. Das war ja ein Ergebnis einer

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, und ich hätte es auch anstelle des Verfassungsgerichtes für viel sinnvoller gehalten, jede Einschränkung abzulehnen und die Universitäten mit Chaos zu konfrontieren, denn nach neueren systemtheoretischen Vorstellungen bietet das Chaos immer gute Möglichkeiten der Selbstorganisation. Man hätte also eine Flut von Studenten auf die Universitäten und auch auf solche Studiengänge, die wegen der Knappheit von Laborplätzen mit begrenzten Zahlen arbeiten müssen, loslassen und dann die entsprechenden Studienordnungen oder auch die Selektionsverfahren schaffen müssen. Es gibt zum Beispiel in Rom eine sozialwissenschaftliche Fakultät, die erhebliche Mengen an Statistik in den Anfang tut und dann am Ende nur noch mit sehr wenigen Studenten zu rechnen hat, weil die anderen entweder aus Gründen der Entmutigung oder aus inhaltlichem Scheitern ausgeschieden sind. Die Nationalökonomen mit ihrer Mathematikvorschaltung haben zum Teil vielleicht ähnliche Ideen gehabt, auch wenn man das natürlich nicht offen sagen darf. Die Frage ist also, wo die Selektivität placiert wird und ob man nicht einen gewissen Auskühlungseffekt des Studiereifers oder auch einfach Qualitätstests, und -Motivtests natürlich, latent in den Studiengang einbauen könnte.

Das scheint mir allerdings nur vertretbar zu sein, wenn diejenigen, die vorzeitig aussteigen, auch dann noch ein Abschlußzeugnis bekommen. Es war eine dieser Ideen, daß man jedem Dropout eine Bestätigung dessen gibt, was er gemacht hat, so daß, wenn ein halbfertiger Jurist sich bei einer Versicherung anstellen läßt, immer noch bescheinigt wird, daß er ziemlich eifrig Privatrecht studiert hat und Steuerrecht belegt hat und da Klausuren geschrieben hat usw. Wenn man die Selektion in den Studiengang selbst hineinlegt und elastischer ist in der Deklarierung von Effekten, also nicht nur auf Abschlußexamen Wert legt, kann man auch andersartige Studienbescheinigungen ausstellen, etwa für junge Frauen, die heiraten und später mal irgend etwas damit anfangen möchten, aber im Moment nicht weiterstudieren können. Auch Leute, die einfach die Lust am Studium verlieren, wozu die Universitäten dann ihrerseits beigetragen haben, haben dann immer noch dokumentierte Möglichkeiten, sich irgendwo zu bewerben. Das wäre die Vorstellung gewesen.

STICHWEH: Das ist die Vorstellung, daß die Universität durch

chaotisch andrängende Studentenströme überfordert wird und darauf mit neuen Formen der Strukturbildung reagiert. Wenn ich das richtig antizipiere, würde man dann möglicherweise auf diese Bescheinigung für Drop outs hin studieren, so daß wir es letztlich mit der spontanen Neubildung von Studienwegen zu tun hätten, die es bis dahin nicht gab.

LUHMANN: Ich würde das schon so sehen, obwohl man vielleicht an eine so starke Individualisierung der Drop-out-Abgangsbescheinigung denken kann, daß es schwierig ist, das nun in eine Sequenz von normalerweise zu belegenden Lehrveranstaltungen zu überführen. Aber warum sollte man nicht diesen Weg wählen?

In Deutschland sind wir vor allen Dingen deshalb daran gehindert, weil nach dem Modell des öffentlichen Dienstes bestimmte Eintritts- und Karriereplafonds vorgesehen sind. Man ist entweder höherer Dienst oder gehobener Dienst, und die Industrie hat dieses Muster in vielen Hinsichten kopiert. Auch sie würde Akademiker in der Eingangsposition anders behandeln als Leute, die mit Realschulabschluß oder mit Abitur kommen, so daß dieses Plafonddenken eigentlich gar keinen Platz hat für diese gemischten Ergebnisse von Leuten, die nicht fertig geworden sind, aber trotzdem seriös studiert haben und das zum Beispiel mit Hilfe von Zensuren nachweisen können. Das würde natürlich auch bedeuten, daß man dann zu einer Zensierung von Übungsscheinen und dergleichen übergehen muß, soweit das nicht jetzt schon - oder jetzt noch - der Fall ist. Alles das würde eine gewisse Adaptierung von vorhandenen Strukturen bedeuten, aber ich sehe weder in den Ordnungen der Abnahmeinstanzen nach Rängen, akademisch oder nichtakademisch, noch in den inneren Gewohnheiten der Universitäten ein zwingendes Hindernis, es so zu machen, und ich halte das auf alle Fälle für besser als diese langen Wartezeiten auf Zulassung, wenn man also zum Beispiel Medizin studieren will, aber erst nach fünf oder sechs Jahren Wartezeit zugelassen wird.

STICHWEH: Wenn wir einmal in diesem Sinne von einer wachsenden Universität mit höherer innerer Verschiedenheit der Studiengänge ausgehen, wären Sie dann der Meinung, daß es besonderer Einrichtungen und Anstrengungen bedürfte, um so etwas wie Eliten zu bilden, und sehen Sie Ansätze dafür, zum Beispiel

in Graduiertenkollegien? Oder würden Sie andere Wege präferieren, um Sondergruppen zu definieren, die dann beispielsweise in bestimmter Weise auf Wissenschaft hin geführt werden?

LUHMANN: Wenn man von Elite spricht, hat das heute natürlich einen unangenehmen Geruch, wenn man so sagen darf. Ich denke aber, daß man etwas Ähnliches erreichen kann, indem man Zweitstudien ermöglicht, unter Umständen auch über Bafög, obwohl das im Moment schwierig ist. Man könnte etwa bestimmte Juristen mit einem Soziologiestudium zusätzlich ausbilden, ähnlich wie das ja auch in dem gesundheitswissenschaftlichen Studiengang oder in den entsprechenden Schulen in Amerika vorgesehen ist. Man baut ein Zusatzstudium ein und eröffnet damit besondere Berufschancen. Eliteausbildung würde dagegen vermutlich eine Eingangsprüfung erfordern, wie es sie zum Beispiel in Amerika gibt, wo man eine besondere Aufnahmeprüfung machen muß, wenn man an die guten Universitäten will. In New York gibt es nur eine Stuyvesant High School, die selektiv aufnehmen darf, alle anderen müssen jeden nehmen. Und in Japan hat man ähnliche Strukturen mit bestimmten Zuführschulen zu Eliteuniversitäten. Also wenn man von vornherein auf hochqualifizierte und hochmotivierte Personen abstellt, müßte mit Eingangsprüfungen gearbeitet werden. Und der andere, für mich eher überzeugende Weg wäre das Zweitstudium mit einer bestimmten Konstellation, die auch außerhalb der Universitäten Sinn macht.

STICHWEH: Das wären dann wahrscheinlich auch bestimmte Fächer, die sich besonders für Zweitstudien eignen. Also ich könne mir vorstellen, daß Sie implizit auch an Soziologie denken.

LUHMANN: Sicher, aber vielleicht auch an Jura, obwohl das schwierig wäre, weil hier eine Halbausbildung nicht in Betracht kommt. Wir hatten im übrigen bei Beginn unserer Fakultät die Frage zu entscheiden, wie man Studiengänge behandeln soll, die zum Beispiel in die öffentliche Verwaltung führen: Sollen die Leute ein Referendariat machen müssen? Die soziologische Fakultät war der Meinung, das geht auf keinen Fall: Wer Soziologe ist, ist Soziologe, und wer bei uns abgeschlossen hat, ist auf alle Fälle berufsfähig und braucht dann kein Referendariat mehr. Das hat den ganzen Praxisschwerpunkt öffentliche Verwaltung

mehr oder weniger zum Scheitern gebracht, weil natürlich das öffentliche Dienstrecht niemanden nimmt, der nicht Referendar gewesen ist. Das wäre schon aus Vergleichbarkeitsgründen nicht möglich. Aber unabhängig davon denke ich schon, daß man die Kombination von verschiedenen Disziplinen an der Stelle oder zumindest als einen Alternativweg sich vorstellen kann, wo andernfalls eher elitäre Vorstellungen angebracht wären.

KIESERLING: Ich habe eine Frage zu jener Kritik an Bewertungen und Benotungen und schließlich auch an Prüfungen, die ja teils an Schulen, spätestens seit der Studentenbewegung aber auch an Universitäten eine Rolle gespielt hat. Sie haben sich in diese Diskussion eingeschaltet mit der These, daß man vermutlich nicht alles auf einmal los wird, also nicht das Bewerten, das Benoten und das Prüfen zugleich, aber daß man sehr wohl die Anteile ändern könnte. Sie haben damals für Schulen die Idee vertreten, daß es eigentlich sinnvoller wäre, alle wichtigen Entscheidungen möglichst weitgehend durch Bewertungen und Benotungen samt den entsprechenden Hochrechnungen vorzustrukturieren und den eigentlichen Prüfungen nur eine Art von letzter Funktion in Fällen von Unsicherheit, etwa über die Versetzung eines Schülers, zuzusprechen. Die Idee war, daß man auf diese Weise vielleicht die besonderen Schwierigkeiten der Prüfungssituation mit ihrem Zeitdruck, mit ihrem Angstfaktor vermeiden kann, ohne in eine ganz unstrukturierte Situation hineinzugeraten, daß das Prüfen also leichter wird, wenn es eine Vorgeschichte gibt, die auch noch zählt, so daß von der Prüfung nicht alles abhängt. Ist das nicht auch ein Konzept für Universitäten?

LUHMANN: Ich denke schon, allerdings mit Problemen, die man bedenken muß. Die Prüfung, die mündliche Prüfung oder auch die Klausur, also der zeitbegrenzte Leistungstest ist ja etwas ganz anderes als das laufende Zensieren, wo der Lehrer sozusagen sein Notizbuch hat, und wenn jemand eine Vokabel nicht weiß, wird ein Strich gemacht. Hier gibt es eine fast bruchlose Überleitung von Lob und Tadel in Notizen oder auch in Erwartungen, die der Lehrer hat und dann nachher verwendet, wenn es darum geht, Schüler zu beurteilen. Ich denke, daß es ohnehin, sobald eine Art Personenkenntnis zwischen Lehrenden und Lernenden vorliegt, immer zu einer Distinguierung guter

und schlechter - oder meinetwegen: weniger guter - Schüler oder Studenten kommt und daß man darin schon einen Teil der Vorbereitung von Prüfungen sehen kann, wenn man das etwas formalisiert. Das war der Grundgedanke.

Meine eigenen Erfahrungen mit mündlichen Prüfungen sind nicht unbedingt schlecht, aber jedenfalls sehr ambivalent. Man sieht einerseits deutlich, daß es Talente gibt, die auch ohne Wissen Prüfungen bestehen. Es gibt Leute, die eine Prüfung über doppelte Buchführung glänzend bestehen, obwohl sie nicht wissen, was Soll und Haben ist, und es gibt andere, die eigenes Wissen und Nichtwissen so stark reflektieren, daß sie von vornherein scheitern müssen. Der andere Punkt ist, daß die mündliche Prüfung Zensuren vergeben soll und man nur kurze Prüfzeiten hat. Man müßte eigentlich vorher wissen, ob man den Kandidaten vor dem Durchfallen bewahren oder ihn auf sehr gut prüfen soll, denn das kann man natürlich nicht mit denselben Fragen tun. Wenn man keine Akte bekommt, ehe man einen Kandidaten zum ersten Mal sieht, wie soll man dann sinnvoll auf eine bestimmte Zensur hin prüfen? Die zwölf Minuten, die man als Einzelprüfer bei uns dafür hat, reichen nicht aus. All das spricht dafür, einen Teil der Prüfung in die Studienzeit selbst zu verlagern.

Der Nachteil darf aber nicht verschwiegen werden. Das würde, und das wird immer angemahnt, zu einer Verschulung des Studiums führen. Das ist ein Schreckwort, nicht so sehr an amerikanischen Universitäten zum Beispiel oder in Frankreich, aber bei uns. Verschulung ist eine Abwehrformel, mit der einerseits der Wohlgeruch der Universität bewahrt wird, aber natürlich auch die relative Freiheit des Professors gegenüber dem Lehrstoff und dem Lehrbetrieb. Das hat guten Sinn. Ich will das nicht negativ bewerten, aber man muß sehen, daß ein studienbegleitendes Prüfungssystem, was dann zwei Drittel der Leistungen für die endgültige Prüfung schon erbringt, doch eine strengere Regelung der Kurse und der Inhalte erfordern würde.

KIESERLING: Der Kanzler der Universität Leipzig hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, daß man die Hörergeldpauschale, die ja nach der gegenwärtigen Ordnung dem Professor gezahlt wird unabhängig davon, wie erfolgreich er in der Lehre ist, in der Form eines zweckgebundenen Kontos den Studenten zu-

gänglich macht, die dann selber entscheiden können, für welche Lehrveranstaltungen sie dieses Hörergeld ausgeben möchten und in welche Hände es geleitet wird. Die Idee war, daß man auf diese Art das Element einer Marktordnung einbauen könnte, das womöglich viel besser als auf dem Wege der Aufsicht oder auf irgendeine andere organisatorische Weise eine Anpassung des Lehrangebots an Bedürfnisse von Studenten erzeugen könnte. Wie sehen Sie das ?

LUHMANN: Warum soll denn das Lehrangebot an Bedürfnisse der Studenten angepaßt werden? Das ist für mich eine befremdliche Vorstellung.

KIESERLING: Das ist in der Tat eine etwas unglückliche Formulierung. Vielleicht könnte man sagen, daß die Zuordnung von Studenten zu Professoren auf diese Weise anders gelöst wird, als wenn man die Frage entweder offenläßt oder zentral vorentscheidet.

LUHMANN: Das alte System der Kolleggelder hat in der Tat ungefähr so gewirkt, aber im Zusammenhang mit einer Studienregulierung, die Studenten zwang, bestimmte Veranstaltungen zu besuchen. Außerdem lenkte es die Professoren auf die Anfängerveranstaltungen, weil sie da mehr Geld verdienen konnten, während die Privatdozenten mit ägyptischer Archäologie hängenblieben, wo kaum Studenten zu erwarten waren. Diese Regelung hatte also auch Nachteile und ist deswegen ja auch abgeschafft worden. Andererseits glaube ich nicht, daß man der Meinung der Studenten über die Leistungen eines Professors die ausschlaggebende Rolle geben sollte, denn häufig sind es ja gerade die unbequemen Professoren, die viel verlangen oder die schwierig sind, die eigentlich das Kerngerüst der Universität ausmachen. Oder anders gesagt: Man würde die Professoren dazu bringen, nett zu sein und nicht zuviel zu verlangen und Witze zu machen und die Vorlesung entsprechend locker zu handhaben. Das kommt zum Teil übrigens bei den Studenten gar nicht gut an, und man hört von ihnen oft, daß eine zu starke Anbiederung, insbesondere durch das aus den 60er Jahren übriggebliebene Lehrpersonal, auch nicht goutiert wird. Aber wenn die Studenten gleichsam mit ihren Geldern votieren könnten, ist es die Frage, ob daß noch in irgendeiner Weise mit der Idee der Universität übereinstimmt.

STICHWEH: Halten Sie, unabhängig vom Geld, etwas von der amerikanischen Praxis, daß Studenten nach Ende ihres Kurses die jeweiligen Lehrer detailliert beurteilen in verschiedenen Hinsichten und daß davon dann eventuell die Karriere des Lehrers abhängt?

LUHMANN: Also auf alle Fälle ist es informativ.

STICHWEH: Aber ist es nicht auch eine Verbesserung der Qualität der Lehre?

LUHMANN: Ich glaube nicht, denn die Kriterien von gut und schlecht sind dafür zu konfus. Man weiß doch selber nicht, ob man gut ist oder schlecht ist. Man hat nach einer Stunde das Gefühl, das ist gut gegangen, und nach anderen Stunden das Gefühl, irgendwo bin ich nicht angekommen oder irgendwo haben Studenten nicht mitgearbeitet, ohne zu wissen, woran das liegt. Die Umsetzung von Tests in didaktische Verbesserungen würde ja eigentlich voraussetzen, daß man die Fehler erkennen kann. Ich glaube nicht, daß das möglich ist, und ich glaube auch nicht, daß das Studentenurteil das beste Mittel dazu ist. Aber als Informationsquelle : daß man sich sozusagen beobachtet sieht und beobachten kann, wie man beobachtet wird - das ist eine andere Sache. Nur bin ich nicht sicher, ob davon Karrieren abhängen sollten. In Amerika ist natürlich die tenure-Frage immer entscheidend. Soll jemand auf Lebenszeit eingestellt werden, nachdem er lange Zeit da gewesen ist? An dieser Schwelle spielt die Bewertung eine Rolle, während bei uns die Verbeamtung eine Sache ist, die das Ministerium angeht, die anders geregelt wird und die auch weiterhin nicht von diesen Beurteilungen der Studenten abhängig sein sollte.

V

STICHWEH: Ich habe noch Fragen zu eher theoretischen Aspekten, die die Stellung der Universität in der Organisationstheorie und in der Gesellschaftstheorie betreffen. Ich habe zunächst einmal den Eindruck, wenn Sie selbst an Organisationen denken, denken Sie an Wirtschaftsunternehmen, an die öffentliche Verwaltung, aber eigentlich nicht an die Universität, obwohl neuere Entwicklungen in der Organisationstheorie gerade von hier aus begonnen wurden, etwa mit Begriffen wie loose coupling und Ähnlichem.

LUHMANN: Hier wird man bedenken müssen, daß die typischen Organisationsmerkmale, und das gilt ja schon für Max Weber, entweder in der öffentlichen Verwaltung oder in den Wirtschaftsorganisationen zu finden sind und daß Organisationen, die sich mit der Veränderung von Personen befassen, wenn man einmal diesen Erziehungsaspekt herausgreift, sehr untypische Züge haben, schon deshalb, weil sie in der Kommunikation interaktionsintensiv und wenig schriftlich sind. Darin sehe ich aber keinen Grund, nicht die Organisation der Universität zu untersuchen oder zu reflektieren. Wenn ich das bisher weniger getan habe, vielleicht auch deshalb, weil ich immer eher an Schule gedacht habe, wenn es um das Erziehungssystem geht. Und im Bereich der Forschungsorganisation habe ich nun wirklich überhaupt nicht gearbeitet. Was die Forschung der Organisation verdankt, würde man ja auch nicht an Universitäten, sondern an den eigentlichen Forschungsinstituten studieren können.

Andererseits kann ich mir vorstellen, daß die Organisation sozusagen immer nach innen wachsen kann. Jede Entscheidung kann noch einmal zerlegt werden, und aus einer Entscheidung können zehn Entscheidungen gemacht werden, wenn es dazu irgendwelche Anlässe gibt. Und diese Hypertrophie von Entscheidungsmöglichkeiten kann zum Treffpunkt unterschiedlicher gesellschaftlicher Funktionssysteme werden. Ich vermute, daß man am Beispiel der Universität, aber auch etwa an Krankenhäusern, gut zeigen könnte, wie sich zunehmende Politisierung von Problemen mit zunehmenden Finanzschwierigkeiten und beides mit zunehmender Eigendynamik in den eigentlich betroffenen Funktionssystemen verbindet. Die organisierten Entscheidungen sind dann der Bereich, wo alles sich trifft und alles konfus wird, so daß es ein bestimmtes Know-how braucht, um damit fertig zu werden. Das ist an solchen Organisationstypen besser zu studieren als zum Beispiel in der Wirtschaft oder in der öffentlichen Verwaltung, wo es ja abgesehen davon, daß rechtliche Fragen auftauchen können, eine primäre Zuordnung zu einem bestimmten Funktionssystem gibt. Aber ich habe das bisher nicht gemacht; mir ist das Problem deutlich, aber die Zeit ist begrenzt, in der man allen Problemen nachgehen kann, die einem so im Laufe der Zeit einfallen.

STICHWEH: Mich interessiert die Frage, welcher Stellenwert der Universität in gesellschaftstheoretischen Überlegungen für Sie zukommt, etwa im Vergleich mit Talcott Parsons, wo ja deutlich ist, daß bei ihm der Universität unter dem Titel einer treuhänderischen Verwaltung von Rationalität oder einer Art banking des Mediums Intelligenz eine gesellschaftliche Zentralität zugedacht wird, die noch einmal über das hinausgeht, was man der Wissenschaft oder der wissenschaftlichen Wahrheit an gesellschaftlicher Wirkungsfähigkeit zuschreiben kann. Mich würde interessieren, ob es bei Ihnen eine vergleichbare Funktionsstelle für die Universität im Blick auf die Gesellschaft gibt oder geben könnte?

LUHMANN: Nur innerhalb der klassischen Funktionen von Erziehung/Ausbildung auf der einen Seite und Forschung auf der anderen Seite. Und ich würde nicht glauben, daß die Universität in diesem Zusammenhang mehr als zum Beispiel die Ökonomie oder die Politik oder das Recht eine Zentralrolle in der Gesellschaft besitzt, so daß die Gesellschaft sozusagen in der Universität repräsentiert wird, so wie früher in der Stadt im Unterschied zum Land oder im Adel im Unterschied zum Volk. Ich glaube nicht, daß es diese Zentralinstitutionen noch gibt, wo die gute Gesellschaft exemplarisch vorgeführt werden kann. Wenn die Universität diesen Anspruch hätte, würde sie sich schlicht irren, so wie sich auch der Staat irrt, wenn er diesen Anspruch hat. Ich denke also, daß die moderne Gesellschaft aufgrund der Optimierung bestimmter Funktionen sowie aufgrund einer Ausdifferenzierung der entsprechenden Organisationen, der entsprechenden Codes, der entsprechenden Programme operiert und daß das zum Verzicht auf ein Zentralbanking von Einfluß oder von handlungsdeterminierender Intelligenz zwingt.

STICHWEH: Ist dieser Unterschied zwischen Talcott Parsons und Ihrer Theorie nicht auch dadurch bedingt, daß die Idee funktionaler Differenzierung bei Parsons eigentlich nicht annähernd so scharf herausgearbeitet worden ist, wie das bei Ihnen der Fall ist, und Parsons vielleicht die Theorie der Universität auch darum braucht, weil er letztlich keine soziologische Theorie der Wissenschaft hat? Und daß umgekehrt bei Ihnen, weil es das alles gibt, eine Theorie des Erziehungssystems, eine Theorie der Wissenschaft, die Universität doch zurückgestuft wird und dann

eine Organisation darstellt, wo sich diese beiden funktionalen Referenzen begegnen?

LuHMANN: Das ist richtig. Dieser Zug ist in der ganzen Struktur der Parsonsschen Theorie tief angelegt, schon darin, daß er alles auf den Handlungsbegriff aufbaut und für den Handlungsbegriff neben Situationen, Mitteln und Zwecken auch noch eine normative Orientierung braucht. Er baut von dort aus eine Hierarchie und placiert die normative Struktur der Gesellschaft entsprechend hochrangig in der latent pattern maintainance Funktion, so daß Einrichtungen mit dieser Funktion von vornherein wichtiger sind als andere, obwohl es sich nur um eine Funktion unter anderen handelt. Das ist eine merkwürdige Ambivalenz, nämlich einerseits hierarchisch, andererseits fast schon horizontal gedacht, insbesondere in der Theorie der Kommunikationsmedien. Das wird jetzt sehr technisch, aber in der Struktur der Parsonsschen Theorie sind die Optionen nicht drin, auf die ich Wert legen würde, nämlich eine horizontale Differenzierung und gleichzeitig Integration von sehr verschiedenen Funktionssystemen.

KIESERLING: Können Sie noch etwas über die Pläne sagen, die Sie für die Zeit nach der Emeritierung haben?

LUHMANN: Meine Pläne sind noch ein bißchen unstrukturiert. Daß ich im Bereich der Forschung weiterarbeite, ist zunächst einmal selbstverständlich. Manuskripte sind in großem Umfange da. Es wird also wieder Bücher geben, wenn ich die Möglichkeit habe, sie schreiben zu lassen, und wenn irgendein anderer den Computer bedienen kann. Die Frage eines Sekretariats und der technischen Infrastruktur ist eines der Probleme. Auch möchte ich weiterhin Bücher, die im Entstehen sind, schon mal in Form von Kolloquien durchdiskutieren lassen. Wer teilnehmen will, liest vorher das vorläufige Manuskript, und dann wird darüber diskutiert. Das haben wir mit dem Buch »Die Wissenschaft der Gesellschaft« so gemacht, und das war sehr fruchtbar. Eine der Schwierigkeiten ist, daß ich eine Fülle von auswärtigen Einladungen auf die Zeit nach der Emeritierung verschoben habe in der Annahme, ich könnte dann auch im Semester nicht nur donnerstags und freitags, sondern sogar montags und dienstags woanders sein. Ich muß also einiges abarbeiten; das gilt zum Beispiel für das nächste Jahr. Daneben gibt es gewisse italienische

Engagements, wo ich an Gründungen von Forschungsinstituten beteiligt bin, aber bei der Unübersichtlichkeit der italienischen Verhältnisse nicht genau weiß, was da wirklich auf mich zukommt. Sicherlich Möglichkeiten der Ausstattung, vielleicht auch ein Sekretariat, sicherlich gewisse Forschungsprojekte, vor allen Dingen den Mezzogiorno betreffend, wo die Parteien heute alle sehr daran interessiert sind, eine Theorie über die Ausweglosigkeit oder Nichtausweglosigkeit der Situation in Süditalien zu haben. Das sind alles sehr attraktive Sachen, aber wie weit ich mich dann dort binde, das kann man erst sehen, wenn man die konkreten Bedingungen dort kennt, und im Moment ist alles, wie in jeder Zeitung zu lesen ist, völlig unübersichtlich.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie

Je unsicherer uns unsere Zukunft erscheint, desto lauter ertönt der Ruf nach Verantwortung.

Dies gilt besonders, seitdem die öffentliche Aufmerksamkeit sich nicht nur mit den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst befaßt, sondern sich mehr und mehr auf die bedrohlichen Folgen technischer Entwicklungen für die Ökologie des menschlichen Lebens richtet. Es gibt Gründe, diese Techniken zu verwenden. Es gibt Gründe, sie nicht zu verwenden. Auf beiden Seiten sind es gute Gründe. Wie kann dann entschieden werden? Doch nicht etwa durch Appell an die Vernunft? Es sind ja gute Gründe auf beiden Seiten. Man spricht statt dessen von Verantwortung. Aber das ist zunächst nur ein neues Wort für einen ungeklärten Sachverhalt; ein gefühltes Wort, das dem Verstande unklar bleibt; ein Wort mit Appellqualität, das sich aber immer an die anderen richtet.

Besonders seit einem viel beachteten Buch von Hans Jonas »Das Prinzip Verantwortung« hat sich eine breite Diskussion dieser Vorstellung bemächtigt. Hohe Funktionäre der Wissenschaft, Minister und Präsidenten, Generalsekretäre und Professoren, die sich als Experten dazu berufen fühlen, stimmen ihr zu. Das ist leicht gesagt, und danach tritt man vom Katheder ab. Ich verkenne nicht, daß auch Ethikkommissionen sich mit diesem Appell beschäftigen und in einer Art von mosaischer Anmaßung dazu ansetzen, die Regeln unter dem Busch hervorzuholen. Man findet sie dort aber nur, wenn man sie vorher da hingelegt hat. Wir können natürlich Gesetze machen, können erlauben und verbieten. Da man aber nicht sicher sein kann, ob man dies richtig tut und was man damit anrichtet, geschieht dies ganz kurzfristig und mit Revisionsvorbehalt. Man regelt »bis auf weiteres«, sammelt mit Hilfe der Regeln Erfahrungen, um dann nachzusteuern und das Regelwerk zu lockern oder anzuziehen, es zu ergänzen und, in Reaktion auf chronisch wiederkehrende Vereinfachungskampagnen, zu vereinfachen.

Man sieht nicht, wie es besser gemacht werden könnte. Aber: Ist das Verantwortung?

Die Soziologie hat in dieser Situation öffentlicher Unsicherheit einen besonders schweren Stand. Sie kann zunächst ja erklären, oder jedenfalls sich und anderen verdeutlichen, daß und warum es zu dieser Unsicherheit kommt. Die Zeitorientierung der modernen Gesellschaft hat sich im 19. Jahrhundert von der Vergangenheit auf die Zukunft verlagert. Man findet für die Bewältigung immer wieder neuartiger Situationen wenig Anhaltspunkte in vergangenen Erfahrungen; und es geht auch nicht, wie die Politikwissenschaft um 1600 noch meinen konnte, um bloße Konstanz in der Anpassung an wechselnde Verhältnisse. Es geht vielmehr um Entscheidungen, die am besten mit dem Begriff des Risikos bezeichnet werden können - um Entscheidungen, bei denen sich erst in der Zukunft herausstellen kann, ob sie richtig waren oder nicht. Das Postulat der Verantwortung verdeckt dieses Problem eher, als daß es bei seiner Lösung helfen würde; denn Verantwortung kann man ja nur anmahnen, wenn man unterstellt, daß man wissen kann, was die Ergebnisse sein werden. Verantwortung setzt Kenntnis, zumindest Kennbarkeit, der Folgen des Handelns voraus.

Durch bittere eigene Erfahrungen, über die ich nun zunächst berichten muß, hat die Soziologie lernen müssen, zu erkennen, was sie nicht kann - nämlich an Hand von empirisch bewährten Gesetzmäßigkeiten den Politikern oder anderen Handelnden zu raten, was sie tun und was sie lassen sollen, um ihre Ziele zu erreichen. Gäbe es ein solches Kausalwissen, läge die Verantwortung bei dem, der es in die Tat umsetzt, und allenfalls eine Mitverantwortung für sachgemäße Feststellung und für das Zurverfügungstellen des Wissens bei dem Soziologen. Die Erfahrungen mit einer so angesetzten Politikberatung haben jedoch entmutigt.

In den 50er und 60er Jahren ist man an diese Aufgabe einer kausalwissenschaftlich orientierten Beratung mit hohem Optimismus herangegangen. Das gilt für sehr viele Politikfelder, zum Beispiel für Entwicklungspolitik oder für innere Reformen des politisch-bürokratischen Apparats, für Bildungspolitik oder auch für Raum- und Regionalpolitik. Ohne Zweifel ist in diesen Bereichen dank zahlloser empirischer Untersuchungen viel, wenngleich zeitgebundenes Wissen zu Tage gefördert worden. Man hat auch methodisch viel gelernt und vor allem Analysen

mit statistisch aggregierten Daten einer breiteren Öffentlichkeit vertraut gemacht. Zugleich ist mit diesen Erfolgen jedoch auch die Einsicht in die Schwierigkeiten gewachsen. Sie haben sich damals vor allem unter dem Titel »Komplexität«, oder genauer: »strukturierte bzw. organisierte Komplexität« einen Namen gemacht und Ansehen verschafft. Die Verhältnisse sind für durchgreifende Planung zu komplex, lautet die entsprechende Klage, und entsprechend müsse das Forschungs- und Beratungsprogramm diminuisiert werden. Oder es müßten wissenschaftlich haltbare Techniken der Reduktion von Komplexität aus der Sicht der jeweiligen Systeme entwickelt werden. Beschränkung auf das Machbare lautet dann die Folgerung.

Aber wie läßt sich das Machbare eingrenzen in einer Gesellschaft, die nicht von sich aus schon begrenzte Kausalfelder anbietet; oder in einer Welt, die als ein riesiges »Ökosystem« einzelne »Gleichgewichte« hochkomplex ineinander verschachtelt? Die Reduktion auf das Machbare kann sich offensichtlich nicht an eine schon vorhandene Einteilung von Independenzen und Interdependenzen halten. Oder genauer gesagt: Es hängt natürlich nicht alles mit allem zusammen und nichts spricht dagegen, in der Verunreinigung von Gewässern ein besonderes Problem zu sehen und die Sichttiefe unserer Flüsse, ihren Fischbestand oder, wenn es hochkommt, die Möglichkeit, darin zu schwimmen, als Ziel entsprechender Maßnahmen auszuweisen. Aber auch dann bleibt die Kausalstruktur noch viel zu komplex, weil das, was man als Maßnahme in Betracht zieht, zahllose eigene Folgen hat; und zwar auch und gerade dann, wenn es sich um Verbote oder um das Gebot von Unterlassungen handelt.

Unter diesem Blickwinkel haben sich die Sozialwissenschaften dem Kausalproblem selbst zugewandt. Einerseits gilt das für ein zunehmendes, vor allem in der Soziologie gepflegtes Interesse an unbeabsichtigten Nebenfolgen des Handelns. Wollte man alle Nebenfolgen in Betracht ziehen und als »Kosten« in die Analyse einbeziehen, stieße man rasch an Grenzen der Informationsverarbeitungskapazität. Außerdem würde man aber die Entscheidungsfähigkeit blockieren, weil zu viele heterogene Werte ins Spiel kommen. Diese Forderung läuft mithin auf ein paradoxes, auf ein »perverses« Programm hinaus, die Verantwortung damit einzulösen, daß man Entscheidungen überhaupt blockiert.

In diesem Zusammenhang gehört auch eine linkslich-grüne Debatte über die (vermeintlich ungerechtfertigte) »Externalisierung« von Kosten durch das betriebliche Rechnungswesen des Kapitalismus. Das Problem ist klar gesehen: Eine Investition lohnt sich wirtschaftlich nur, wenn nicht alle ihre Folgen als Kosten in die Betriebsrechnung übernommen und in Geld beglichen werden müssen. Aber: was geschieht, wenn man daraufhin feststellen muß, daß Investitionen bei Verbot von Externalisierungen sich nicht mehr lohnen? Sollen sie dann unterbleiben?

Wenn man diese Politik des bloßen Verhinderns und Unterbindens für unakzeptabel hält, kocht das ganze Problem zusammen auf einen bloßen Austausch von Präferenzen, etwa ökologischer gegen ökonomische Präferenzen. Wer so denkt, erklärt, daß ihm Umwelt wichtiger ist als die Reproduktion des Kapitals für weitere Investitionen. Gegen solche Werturteile ist nichts Prinzipielles zu sagen. Nur kann eine solche Politik nicht gut in Anspruch nehmen, »verantwortungsbewußter« zu sein als eine entgegengesetzte; denn sie verantwortet die Folgen des durch sie eingeleiteten Kapitalschwundes ja gerade nicht!

Diese Diskussion ist noch heute sehr aktuell - bis hin zu der Art, wie Politiker ihre Programmbekundungen in Richtung auf einen ökologisch-ökonomischen Gesamtwillen mit Abwägungsvorbehalt stilisieren. Das kann nun aber erst recht nicht ernsthaft als verantwortlich bezeichnet werden. Denn welche Verantwortung trüge der, der nur das Gute will? Er usurpiert in gewisser Weise die Position Gottes. Kein Beobachter kann ihn überbieten, denn noch besser kann man es nicht wollen. Wer Licht in diese gute und heile Welt hineinbringt, wer als Lichtträger (Luzifer) fungieren will, wird zum Teufel; oder er muß sich jedenfalls damit abfinden, als der Böse gescholten zu werden. So die Soziologie.

Dieser Diskussionsstand kann erneut unterlaufen werden mit Überlegungen, die man heute als »Attributionstheorie« bezeichnet. Sie stammen freilich nicht aus der Soziologie, sondern aus der Psychologie der Wahrnehmung von Kausalität. Sie sind bisher hauptsächlich von Sozialpsychologen gefördert und zu umfangreichen Forschungen ausgebaut worden, von denen die Soziologie bisher noch kaum Kenntnis genommen hat. Geschähe dies, dann hätte es in der Tat für die Soziologie, und ganz speziell

für eine Soziologie der Verantwortung, revolutionierende Konsequenzen.

Die Botschaft lautet: Die Frage ist nicht, was Ursachen und was Wirkungen sind, sondern wer sieht und wer sagt, was Ursachen und was Wirkungen sind, und warum. Das Problem liegt nicht in der Ontologie der Kausalität (über die man dann richtige oder falsche Meinungen haben könnte), sondern in der Attribution von Kausalität, in der Zurechnung von (ausgewählten) Wirkungen auf (ausgewählte) Ursachen, und in den Faktoren, die diese Auswahl steuern. Selbstverständlich ist die Zurechnung auf solche Faktoren der Zurechnung wiederum nur eine Zurechnung, so daß der Soziologe sich mit der Frage konfrontiert sieht, wer sein Zurechnungsschema durchsetzt, und wie, und warum.

Bisher behilft sich die Attributionsforschung an dieser Stelle mit Hinweis auf die Ergebnisse empirischer Forschungen, die zum Beispiel zeigen, wer (und: unter welchen Umständen wer) Wirkungen auf Ursachen zurechnet. So rechnet ein Lehrer gute Leistungen seines Schülers gern sich selbst, schlechte Leistungen seines Schülers gern dem Schüler zu (oder: seinen »häuslichen Verhältnissen« usw.). Man kann all diese Einsichten über Kausalattribution, oberflächlich gesehen, als Ausweichen vor der eigenen Verantwortung auffassen oder auch als Erleichterung der eigenen Tätigkeit. So hält ein Polizist den für verantwortlich, der sich verdächtig gemacht hat; oder der Jurist (zum Beispiel beim sogenannten »Verursacherprinzip« des Umweltrechts) den, den man als Verursacher am besten greifen und zum Abstellen seiner Tätigkeit zwingen kann. Aber eine Soziologie der Verantwortung müßte zuallererst fragen, wie es überhaupt dazu kommt, daß ein solches Schema (und kein anderes) verwendet wird und wem diese Auswahl des Schemas zuzurechnen ist bzw. wer dafür die Verantwortung trägt. Mit dieser Frage möchte die Soziologie zur Aufklärung beitragen, sie möchte Licht bringen - und sie geht dabei zum Teufel, indem sie dem, der gute Arbeit leisten möchte und zu leisten glaubt - dem Polizisten und dem Juristen, dem Lehrer, dem Politiker und dem Theologen natürlich beibringt, daß dem nicht so ist.

Diese Auflösung der Kausalität in Zurechnungen von Zurechnungen sabotiert jedes einfache Insistieren auf Verantwortung. Aber auch eine weitere Bedingung kann nicht erfüllt werden,

oder jedenfalls nur abhängig von weiteren sozialen Vorbedingungen erfüllt werden - nämlich die Festlegung von Kriterien, nach denen die Ergebnisse bewertet werden, für die man trotz löblicher Ziele und guter Absichten verantwortlich gemacht werden kann - zum Beispiel trotz der besten Absicht, bei Forschungen die Wahrheit herauszubekommen. Natürlich steht jedem frei, solche Kriterien zu formulieren. In unserer Gesellschaft gibt es dafür aber keine privilegierten Positionen oder Instanzen mehr, die im Namen einer höheren Ordnung, im Namen des Einen und Guten, im Namen des unbewegten Bewegers, im Namen Gottes sprechen könnten. Jede Kommunikation setzt sich der Beobachtung aus, und diese Beobachtung diskriminiert: Wer sagt was, warum, mit welchen Absichten, mit welchen Hintergedanken. Kriterien können also nicht mehr unbefleckt empfangen werden. Sie werden ihrerseits auf nichtmitgeteilte Vorurteile und Interessen zugerechnet. Das liegt ganz zwingend daran, daß Kommunikation als Kommunikation beobachtet wird, das heißt: als Mitteilung von etwas. Die Mitteilung muß ihre Motive haben. Das Etwas könnte ein anderes Etwas sein, sonst hätte es keinen Informationswert. Schon die bloße Beobachtung von Kommunikation als Kommunikation löst die Annahme der *Einheit* eines *Grundes* auf und ersetzt sie durch die Annahme einer *Differenz*, nämlich der Differenz von Mitteilung und Mitteilungsinhalt, von Interesse und Information. Und dann kann aus sehr prinzipiellen Gründen niemand mehr Autorität und niemand mehr Authentizität und niemand mehr Aufrichtigkeit kommunizieren. Jeder Kommunikationsversuch setzt sich der Beobachtung als Kommunikation und damit dem Verdacht aus, daß gerade dies nicht stimmt. »Sonnensalz« aus Urkräften der Sonne und der Erde geformt, steht auf der Packung. Aber die Sonne hat vor Jahrmillionen geschienen, und man fragt sich: warum sagt jemand gerade dies gerade jetzt.

Ebenso fragt man sich auch angesichts des organisierten Gesinnungsrummels und des Eifers, mit dem heute Verantwortung angemahnt wird: wieso, wozu, für wen, mit welcher Selektion von Kriterien? Man mag durchaus sehen und zugestehen, daß die Mahner ihre eigene Verantwortung darin sehen, die Verantwortung anderer anzumahnen. Sie treten als Warntäter auf. Aber können sie selbst verantworten, was sie tun, wenn man

ihnen andere Kriterien, etwa solche der öffentlichen Ruhe, des bürgerlichen Friedens und der Vermeidung von vielleicht unnötiger Aufregung entgegenhält? Ich sage nicht, daß ich für diese Kriterien bin. Ich weise nur darauf hin, daß man seit der Antike und dann wieder seit der Wiederentdeckung der Skepsis im 16. Jahrhundert weiß, daß ein solcher Streit der Kriterien nicht mit Argumenten zu entscheiden ist, wie raffiniert immer die moderne Ethik Ersatzvorschläge diskutiert.

Nach diesen Überlegungen zu einer Soziologie der Verantwortung stellt sich die Frage nach einer Verantwortung der Soziologie im Zirkelschluß. Wenn die Soziologie keine unbedingten Verantwortungen erkennen kann, sondern jede Verantwortung als abhängig sieht von Bedingungen und Perspektiven, kann für sie selbst nichts anderes gelten. Auch ihre Verantwortung ist, wenn dies allgemein gilt, kontingent. Und auch für sie gilt das in dem Doppelsinne, den wir erörtert haben: für die Auswahl der Kausalität, auf die es ankommt, und für die Auswahl der Wertkriterien, nach denen die Verantwortung ausgerichtet ist. Diese eigentümliche Selbstreferenz sollte aber nicht voreilig als raffinierte Technik der Exkulpation gedeutet werden; etwa in dem Sinne: ich mache niemanden verantwortlich, also bin ich selbst es auch nicht. Ebensowenig gilt natürlich umgekehrt, daß die Soziologie sich auf das Eine und Gute, auf Gott berufen würde; oder daß sie behaupten würde, sie sei die Vernunft, die selbst wisse, was die Vernunft sei. Dies alles kommt in abgeschwächten Varianten auf die eine oder andere Weise zwar vor, wenn man alle Äußerungen im Kontext des Faches Soziologie heranzieht. Wenn man aber das Fach an seinem eigenen Wissen mißt und herausschält, was Soziologen fachlich kontrolliert über Soziologie sagen können, entfallen diese »alteuropäischen« Antworten - seien sie solche der skeptischen oder solche der dogmatischen Selbstreferenz.

Aber: was bleibt?

Es bleibt die Möglichkeit, genau diese Einsichten zu nutzen, um einzukreisen, was man eventuell als gesellschaftliche Aufgabe und damit, in einem erweiterten Sinne, als gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie begreifen könnte.

Die Relativierung aller Kausal- und Wertunterstellungen auf Operationen und Beobachtungen hin ist nicht nur eine über-

drehte Anwendung wissenschaftlicher Methode. Sie ist ein Tatbestand der modernen Gesellschaft und kann aus deren Struktur heraus verständlich gemacht werden. Mit dem Befund, daß es keine Verantwortungen, sondern nur Verantwortungszuschreibungen geben kann, müssen wir leben. Der gesellschaftsstrukturelle Grund ist: daß es in der modernen Gesellschaft keine Instanz mehr gibt, die das Ganze der Gesellschaft oder gar die Welt als kósmos in der Gesellschaft repräsentieren könnte: weder Zentrum, noch Spitze, weder eine oberste Schicht, die das gute Leben vorlebt, noch eine Stadt, für die eine politische Ethik gilt. Daher gibt es auch keine civitas im Sinne einer universalen Gesamtheit des Sozialen, die als Einheit und Gutheit nur ideal gedacht werden könnte und zugleich als Quelle und als Maß für das fungieren könnte, was unter Menschen als gut und richtig zu gelten hat. Diese Annahmen und die sie tragenden Realitäten sind durch Umstellung auf funktionale Differenzierung aufgelöst. Und an ihre Stelle - genau an ihre Stelle! - tritt die simple Tatsache, daß jede Operation und auch jede Beobachtung einer Operation beobachtet werden kann. Alles, was Kommunikation wird, setzt sich auch der Kommunikation über Kommunikation aus, und jeder, der nach Verantwortung verlangt, an »Ethik« appelliert und urteilt und verurteilt, kann seinerseits beobachtet und beurteilt werden.

Dies bedeutet keineswegs, wie man oft gemeint hat, die Auflösung jeder Ordnung in einen vollständigen Relativismus, bei dem jedem freisteht, zu denken, was er denkt, und zu tun, was ihm beliebt. Gewiß: man muß den Verlust der alten Welt zunächst verschmerzen. Aber dann sieht man rasch, daß auch die Welt der rekursiven Kommunikation über Kommunikation, die Welt der Beobachtung des Beobachtens nicht ohne Ordnung ist.

Auf sehr abstrakter Ebene befaßt sich heute eine Theorie selbstreferentieller Ordnungen, eine Kybernetik rekursiver Operationen, eine Theorie des Beobachtens von Beobachtungen (second order cybernetics) mit diesen Sachverhalten, und ihr Ergebnis ist, daß auch unter solchen Bedingungen nicht Beliebigkeit herrscht, sondern sich Stabilitäten bestimmten Typs herausseligieren, die dann als Geschichte eines Systems nur sehr schwer, nur sehr folgenreich und fast nur in der Form einer »Katastrophe« zu ändern sind.

Entsprechend ließe sich eine Theorie der Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der Gesellschaft entwerfen, die alle Prämissen klassischer Erkenntnistheorie sabotiert, weil sie - als »Selbst«-Beobachtung und »Selbst«-Beschreibung - *nur in ihrem Gegenstand operieren kann.* Die Aufgabe der Soziologie wäre es dann, solche Selbstbeschreibungen der Gesellschaft in der Gesellschaft auszuarbeiten und damit zur laufenden Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems beizutragen. Und die Verantwortung der Soziologie wäre - wenn man diesen Begriff auf der Ebene der Beobachtung von Beobachtungen und der Beschreibung von Beschreibungen noch verwenden darf-, dies im Kontext der fachlichen Möglichkeiten nach ihren eigenen Kriterien gut zu machen.

Würde man die Soziologie, wie sie gegenwärtig als akademische Disziplin in der Gesellschaft existiert, auf ihr Vermögen hin überprüfen und fragen, ob sie eine derartige Aufgabe erfüllen könnte, käme man mit Sicherheit zu einem eher skeptischen Urteil. Das Fach hat zwar in den letzten drei Jahrzehnten international und auch in Deutschland rasante Fortschritte gemacht. Erfolge auf dem Gebiet empirischer Detailforschungen sind unbestreitbar. Den Theorieansprüchen der hier skizzierten Aufgabe ist die Soziologie jedoch kaum gewachsen. In ihren theoretischen Erörterungen beschäftigt sie sich hauptsächlich mit ihren eigenen Klassikern, mit Literatur also, die vor dem Ersten Weltkrieg konzipiert war. Ihre Begriffe (Handlung, Interaktion, Symbol, sozial, Individuum, Gruppe, Organisation) verwenden unanalysierte Abstraktionen und geben Anlaß zu endlosen Kontroversen, die weitgehend obsolet werden würden, wenn man ein tiefergreifendes Analyseniveau erreichen könnte. Entsprechend fehlt es an interdisziplinärer Gesprächsfähigkeit. Die Entwicklungen in der Systemtheorie, der Evolutionstheorie, der Linguistik, der Kybernetik, der Biologie können nicht (oder nur sehr partiell und unzulänglich) verfolgt und auf Übernahmefähigkeit hin ausgewertet werden. Statt dessen begnügt man sich mit der Wiederholung alter Schreckvorstellungen, mit der Ablehnung »mechanistischer« oder »biologistischer« Metaphern oder Analogien. Es gibt zwar gewisse Modeimporte - vor einiger Zeit Input/Outputmodelle, heute Begriffe wie Selbstreferenz, Kontingenz, Autopoiesis -, aber deren Beurteilung bleibt kon-

trovers, und ihre theoretische Verwendung bleibt an der Oberfläche. Auf diese Weise bleibt das Fach modischen Schwankungen ausgesetzt und Ansätze zu theoretischen Forschungen geraten in die Diskussion und werden kritisch zersetzt, noch bevor sie wirklich ausgearbeitet sind.

All dies hängt nicht zuletzt mit den Bedingungen der Forschung an Universitäten zusammen. Nachwuchswissenschaftler müssen unter oft fast hoffnungslosen Bedingungen Karriere machen. Das geht nur über Publikationen, die am leichtesten dadurch zu erstellen sind, daß man irgendwelche Datensammlungen tabellarisch auswertet, oder dadurch, daß man sich mit Publikationen anderer kritisch auseinandersetzt. Es kommt hinzu, daß das Fach in seinen praktisch-beratenden Aufgaben herbe Enttäuschungen zu verkraften hat. Diese sind nicht nur selbstverschuldet. Sie stammen zum wenigsten aus der angeblichen Unfähigkeit des Theoretikers, sich auf Aufgaben der Praxis einzustellen. Sie sind auch dadurch bedingt, daß jede Beratung entscheidungsfähige Instanzen voraussetzt, die Konzeptionen in die Tat umsetzen können, und dazu ist eine demokratisch orientierte Politik - wiederum: aus soziologisch durchaus verständlichen Gründen - oft nicht in der Lage.

Wenn man die Soziologie zur Beobachtung der Soziologie einsetzt, kommt man, obwohl selbstreferentiell orientiert, gerade nicht zu einer ungehemmten Selbstüberschätzung, sondern eher zu einem verständnisvoll-resignativen Urteil. Und wenn die Ethik der Verantwortung lehrt, daß man nicht alles darf, was man kann, muß die Soziologie der Verantwortung zu der Einsicht führen, daß man nicht einmal alles kann, was man können müßte.

Das muß aber nicht dazu führen, daß die sich selbst beobachtende Soziologie auf die Mitwirkung an gesellschaftlichen Angelegenheiten verzichtet und sich auf die Verwaltung ihrer Bibliothek und Planstellen zurückzieht. Wenn man die Diskrepanz zwischen gesellschaftstheoretischer Ambition und gesellschaftlicher Realität der Soziologie richtig einschätzt, kann daraus auch ein Konzept für Selbständerung entstehen. Niemand kann aus irgendwelchen a priori geltenden Kriterien herleiten, daß die Aufgabe der Soziologie gerade in der Selbstbeschreibung der Gesellschaft liegt, und natürlich ist diese, die Theorie in

Selbstreferenzprobleme verwickelnde Aufgabe nur eine unter vielen anderen. Aber wenn man sieht, daß gerade diese Aufgabe die wohl schwierigste Aufgabe ist, irritiert doch die Einsicht, daß sie gegenwärtig nicht (oder nur von ideologisch umstrittenen Positionen aus) wahrgenommen wird.

Gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie: das braucht und kann nicht im Sinne einer Verantwortung für alle Folgen ihrer eigenen Forschungen verstanden werden. Das würde zur Einstellung jeder Tätigkeit zwingen, weil die Folgen in einer hochdifferenzierten Gesellschaft nicht in der Hand des Forschers liegen und nicht von einer Stelle aus übersehen und kontrolliert werden können. Aber es kann trotzdem eine gesellschaftliche Verantwortung geben, wenn man darunter den bestmöglichen Umgang mit den eigenen Möglichkeiten versteht. Gewiß: dies ist zunächst nur selbstbezügliche Verantwortung, nur eine Variante dessen, was man früher als potestas in se ipsum bezeichnet hätte. Dies wird aber zur gesellschaftlichen Verantwortung in dem Maße, als es um Mitwirkung an der Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der Gesellschaft geht.

Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und die Soziologie

I

Wenn die Wissenschaft heute mit zunehmender Lautstärke an ihre Verantwortung für die Folgen ihrer Forschungen erinnert wird, ist das allein schon als Phänomen ein soziologisches Thema. Die Soziologie ist also in doppelter Weise betroffen. Sie wird, wie alle anderen Disziplinen auch, gemahnt, verantwortlich zu forschen und nicht unverantwortlich. Sie ist sodann aber auch eine derjenigen Disziplinen, die zu klären hätten, worum es sich dabei überhaupt handelt. Und es wird ihr leicht fallen, den Mahnern so viele Schwierigkeiten zu bereiten, daß die Vollstrekkung zumindest vertagt werden muß. Die Forderung wird an wohlbekannten Schwierigkeiten der Implementation scheitern, was man dann wiederum mit gewohnter Akribie erforschen kann.

Offensichtlich stimmen die Präsidenten, Rektoren und sonstigen Wissenschaftsfunktionäre dieser Forderung zu. Schon das könnte ein Indiz dafür sein, daß sie nicht ernst gemeint ist, sondern politisch. Auch die Ungenauigkeit der Vorstellung ist bemerkenswert. Wer sie aufstellt und wer ihr zustimmt, wird wohl beraten sein, wenn er nicht genau sagt, was er denkt, oder nicht genau denkt, was er sagt. Wahrscheinlich ist dies ein Grund, weshalb man die Ethik bemüht. Die Ethik gibt dann die Auskunft, daß wir nicht alles dürfen, was wir können. Um das einzusehen, braucht man aber nun wirklich nicht vom Baume der Erkenntnis zu essen, das wußten selbst Adam und Eva schon vorher. Nach dem Sündenfall setzt man Kommissionen ein. Der Soziologe wird dann wissen, daß er nicht prognostizieren kann, ob etwas, und was, dabei herauskommt; denn wenn er es prognostizieren könnte, brauchte man die Kommissionen ja gar nicht erst einzusetzen.

Zu einer besonderen Sorge wegen ihrer eigenen Verantwortung ist für die Soziologie also kein Anlaß. Sie könnte, sollte es wirklich ernst werden, das Thema wegforschen. Das Problem liegt so ähnlich wie bei dem berühmten Verursacherprinzip im Umweltrecht, und die Juristen geben es offen zu: Verursacher ist

der, den man am besten greifen kann. Und da steht die Soziologie nun gut da, denn wenn überhaupt irgend jemand, beherrscht sie die Kunst, es nicht gewesen zu sein.

Aus all diesen Gründen einer Soziologie der Verantwortung der Soziologie sehe ich wenig Sinn darin, das Thema einer Verantwortung der Soziologie unter diesem Stichwort weiterzuverfolgen. Statt dessen möchte ich über Aufgaben und über Möglichkeiten soziologischer Forschung mit Bezug auf die gegenwärtige Gesellschaft sprechen. Aber wenn Sie mir erlauben, den Begriff der Verantwortung von jedem Bezug auf die Folgen der Forschung zu lösen und damit nur zu meinen, daß man die Möglichkeiten eines Faches nach bestem Können nutzen sollte - der Gegenbegriff wäre dann Charlatanerie oder auch unnützes Gerede, bloße Beschäftigung mit sich selbst usw. dann betrifft auch dieser Vortrag die Verantwortung der Soziologie.

II

Grob angedeutet, möchte ich die Aufgabe in der Mitwirkung an der laufenden Selbstbeobachtung der Gesellschaft sehen. Nicht, daß das ganze Fach sich ausschließlich damit beschäftigen müßte. Soziologie ist mehr als Gesellschaftswissenschaft. Aber sie ist dies zumindest auch, und angesichts akuter Probleme sowie angesichts brachliegender theoretischer Möglichkeiten könnte in dieser Hinsicht mehr getan werden.

Die gesellschaftliche Kommunikation hat es keineswegs nur, aber gelegentlich doch auch, mit der Frage zu tun, was eigentlich die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit sind. Die Kommunikation mag sich dann veranlaßt sehen, in einer Art selbstreferentiellen Schleife auf die Gesellschaft Bezug zu nehmen, der sie sich verdankt. Ohne Gesellschaft, das ist evident, keine Kommunikation; aber auch: ohne Kommunikation keine Gesellschaft. Man könnte das Selbst-Thematisierung der Gesellschaft in der Gesellschaft nennen oder auch, mit einem Terminus aus der Bewußtseinsphilosophie, Reflexion. Ich belasse es bei den weniger anspruchsvoll klingenden Begriffen Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung. Dabei ist von Beobachtung die Rede, wenn eine Unterscheidung benutzt wird, um etwas als dies, und nicht das, zu bezeichnen. So etwa, wenn wir von der modernen Gesellschaft reden und sie von traditionalen Gesellschaften un-

terscheiden; oder wenn wir von kapitalistischen Gesellschaften sprechen in der etwas vagen Annahme, sozialistische Gesellschaften seien keine kapitalistischen Gesellschaften. Im Unterschied zu Selbstbeobachtung soll Selbstbeschreibung heißen, daß die Beobachtung textförmig fixiert wird und damit höhere Kritikfähigkeit und höhere Anschlußfähigkeit erreicht.

In jedem Falle, das ist mit diesen Begriffen ja mitgesagt, läuft die Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung in der Gesellschaft ab. Es handelt sich um eine interne Operation, die als solche, hier also als Kommunikation, durchführbar sein muß. Ich spreche also nicht darüber, wie ein externer Beobachter auf Gesellschaft diskriminierend reagiert - also etwa das Immunsystem eines Organismus auf Ansteckung oder auch das Bewußtsein einer Einzelperson auf das, was es denkt, wenn es an »Gesellschaft« denkt.

Schon das hat sehr weittragende erkenntnistheoretische Konsequenzen. Bei interner Beobachtung fehlt die Möglichkeit, die einer Mehrheit von externen Beobachtern zur Verfügung steht: sich untereinander über den Gegenstand der Beobachtung zu verständigen. Wenn bei externer Beobachtung Konsens entsteht, so ist das ein deutlicher Anhaltspunkt dafür, daß das Objekt tatsächlich so vorliegt, wie es aufgefaßt wird. Bei interner Beobachtung (und das gilt exemplarisch für den Fall psychischer Introspektion) fehlt ein solches Kriterium der Intersubjektivität. Es gibt im Falle der Selbstbeobachtung nur einen Beobachter, der mit sich selbst ins Reine zu kommen versucht: das System selbst. Der Selbstbeobachter ist also auf ein zirkuläres Verfahren angewiesen: Indem er beobachtet, vollzieht er das, was er beobachtet, und das ist seine Realität. Es gibt keine externen Kriterien.

Meine Ausgangsthese ist nun: daß gesellschaftliche Selbstbeobachtung genau diese singulare, zirkuläre Struktur hat. Sie ist, was sie vollzieht, und sie vollzieht, was sie ist. Wir können, mit anderen Worten, im Falle der Gesellschaft, externe Beobachtungen vernachlässigen. Auch solche des Einzelbewußtseins, auch solche des »Subjekts« also; denn was ein Einzelbewußtsein beobachten kann, hängt von seiner vorgängigen Teilnahme an gesellschaftlicher Kommunikation ab. Der Mensch ist nicht Subjekt, sondern Adjekt der Gesellschaft. Was er denkt, können wir

vernachlässigen, soweit es nicht als Kommunikation in die Gesellschaft eingebracht wird.

Unter dem Titel »Konstruktivismus« wird heute vielseitig diskutiert, welche erkenntnistheoretischen Konsequenzen sich aus einer solchen Position ergeben. Darauf kann ich hier nicht näher eingehen. Für unser Thema ist nur wichtig, daß auch die Soziologie nicht den Standpunkt eines externen Beobachters und Beschreibers einnehmen kann; daß ihr keinerlei methodisch gesicherte »Intersubjektivität« zur Verfügung steht; sondern daß sie mit anderen, laufend benutzten Weisen der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung konkurriert. Sie ist natürlich, wenn sie Wissenschaft sein will, existentiell darauf angewiesen, es besser zu wissen. Aber es ist keineswegs ausgemacht, daß dieser Anspruch honoriert wird, und heute vielleicht weniger als vor zwanzig oder dreißig Jahren.

Die Soziologen haben sich mit einer Art generalisiertem Motivverdacht geholfen. Aber die Gesellschaft ist nicht zur Beichte gekommen. Erfolgreicher war der Versuch, mit statistischen Wahrheiten zu arbeiten, die eine besondere Datenerhebung voraussetzen, also nicht jedermann zugänglich sind. Man nennt das merkwürdigerweise »empirisch«. Diese Art Empirie hat bisher nicht zu einer Theorie der Gesellschaft geführt und die Auffassungen, die in der Gesellschaft über die Gesellschaft kursieren, nur in wenigen Hinsichten beeinflußt. Sicher hat dies den Blick für Ungleichheiten in den Verteilungen geschärft und dadurch sozialen Bewegungen Munition geliefert. Man denke an die Impulse für die Bildungsreform oder für die feministische Bewegung. Aufs Ganze gesehen ist dies aber doch nur ein sehr schmaler Themenbereich im Vergleich zur Komplexität der modernen Gesellschaft; und spätestens dann, wenn die Soziologie zu Abhilfen und Reformen raten soll, zeigt sich, wie wenig eine statistische Datenanalyse dabei zu helfen vermag.

III

Inzwischen mag der Eindruck entstanden sein, daß die Soziologie nicht viel zu bieten hat und daß es schon deshalb wenig Sinn hat, die Frage ihrer Verantwortung überhaupt aufzuwerfen. Dieser Eindruck ändert sich aber sofort, wenn man innerhalb der Perspektive gesellschaftlicher Selbstbeobachtung bleibt und

die Soziologie hier mit anderen Möglichkeiten vergleicht. Wir müssen also den Umweg gehen, zunächst zu sehen, wie die gesellschaftliche Selbstbeobachtung normalerweise zustandekommt. Erst dann kann man sehen, was hinzukommt, wenn die Soziologie ihre eigenen Beobachtungen und Beschreibungen hinzufügt und wenn ihre Beschreibungen möglicherweise die Texte liefern, die weiteren Selbstbeobachtungen der Gesellschaft zu Grunde gelegt werden. Man könnte das »soziologische Aufklärung« nennen.

Normal ist natürlich, daß die Gesellschaft vorausgesetzt wird, daß sie nicht explizit erwähnt wird, sondern in den Annahmen steckt, für die man Konsens unterstellt. Das wird oft psychisch interpretiert, so als ob Konsens als Zustand psychischer Systeme faktisch vorläge. Faktisch ist psychischer Konsens in diesem breiten Sinne jedoch weder möglich noch erforderlich. Die Leute denken mit ihren eigenen Köpfen. Sie sind immer mit irgendwelchen Themen beschäftigt, und es wäre ein extrem unwahrscheinlicher Zufall, wenn viele in einem bestimmten Augenblick gerade an dasselbe denken würden, zum Beispiel an das System der alles umfassenden Gesellschaft. Es kann sich also nur um eine Fiktion handeln. Psychisch gesehen ist Konsens die Projektion einer Möglichkeit, die nie Wirklichkeit werden kann. Insoweit beruht die Stabilität der Gesellschaft auf ihrer Inaktualität.

Im gesellschaftlichen Verkehr, in der Kommunikation also, kommt es statt dessen zu der Technik des Unterstellens. Sie wird heute nicht mehr in bezug auf die »Natur« der Gesellschaft, sondern in bezug auf Werte praktiziert. Das hat Gründe des Thematischwerdens von Werten, auf die ich hier nicht näher eingehen kann. Im Ergebnis wird jedenfalls in der Kommunikation so getan, als ob Konsens über Werte wie Frieden und Sicherheit, Gesundheit und radioinaktives Gemüse (und natürlich: über die negative Bewertung des Gegenteils, das oft viel näher liegt) schon vorläge und es nur noch um Konsequenzen gehe. Die Gesellschaft wird insofern laufend mit Hilfe des Werteschemas positiv/negativ beobachtet, während dieses Schema selbst sich der Beobachtung entzieht.

Außer, wenn es sich um Therapeuten, Ideologiekritiker oder Soziologen handelt. Deren Kommunikation versucht, die im

Werteschlaf befindlichen Leute zu wecken, sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie latente Meinungen haben, etwa die, daß die Werte es wert seien; und sie ist dann darauf aus, die Leute für die richtigen Werte zu interessieren, die weniger schmerzhafte Erfahrung ermöglichen sollen: eine Umparadoxierung also, um im Sinne der Mailänder Therapeuten zu sprechen. Nur ist natürlich auch diese Wertung nur per Unterstellung von Konsensfähigkeit einzuführen; und auch sie würde Habermas eine Gelegenheit geben, auf die Einlösung ihrer Geltungsansprüche im Diskurs zu warten.

Ein weiteres Moment von höherer Explikationsfähigkeit kommt hinzu, wenn die Selbstbeobachtung der Gesellschaft von sozialen Bewegungen übernommen wird. Das geschieht heute auf breiter Front - nicht mehr nur auf den ausgetretenen Pfaden der Kritik der Geldwirtschaft, genannt Kapitalismus, sondern mit Mißtrauen gegen jeden Hochleistungsbereich der Funktionssysteme. Die neuen sozialen Bewegungen beobachten und beschreiben in ihren Alternativpublikationen die Gesellschaft in der Gesellschaft so, als ob es von außen wäre. Sie erlauben sich das durch Radikalität, dadurch, daß sie an die Wurzel des Übels vorzustoßen suchen. Dabei sind sie aber an die Notwendigkeit gebunden, eine soziale Bewegung zusammenzubringen und zusammenzuhalten. Das mag, auf der Ebene des Unterstellens, durch Auslösung eines »Wertewandels« geschehen, in der Grundorientierung dagegen durch einen Affekt gegen das, was mit einem traditionsgefestigten Begriff »bürgerlich« genannt wird. Die Bewegungen verstehen sich als »alternativ«. Aber: mit Hilfe welcher Unterscheidung?

Wie selbstverständlich benutzen diese Bewegungen einen Begriff der Gesellschaft, von dem sie sich selbst ausschließen können. Sie denken an etwas Herrschendes, von dem man sich emanzipieren kann; an Kapitalismus, der nicht notwendig sei, sondern die Ökonomie in den Dienst des Vorteils für wenige stelle; oder an Bürgerlichkeit, von der man sich durch Schlipslosigkeit oder in Turnschuhen Marke »Adidas« absetzen könne. Um Opposition zu ermöglichen, wird das Ganze also durch einen Teil des Ganzen repräsentiert, und zwar so, daß die Auswahl nicht in der Verantwortung dessen liegt, der auswählt, sondern als die Sache selbst dargestellt wird. Das Manöver ist leicht

zu durchschauen - wenn man einmal davon ausgeht, daß die Gesellschaft in der Gesellschaft so beschrieben werden solle, als ob es von außen wäre. Die Unternehmung ist paradox, also auf Findigkeit in der Vermeidung des Paradoxes, auf geringe Selbsttransparenz angewiesen.

Schließlich ist zu bedenken, darauf hat vor allem Peter Heintz hingewiesen, daß die Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung der Gesellschaft den Massenmedien obliegt. Auch daraus folgen gut erkennbare Beschränkungen als Bedingungen möglicher Kommunikation. Vor allem: die Auflösung der Verhältnisse in Ereignisse, die als Neuigkeiten berichtet werden können. Ferner die Notwendigkeit, drastisch, unumständlich, rasch aufnehmbar und rasch vergeßbar zu berichten. Schließlich die technisch bedingte Einseitigkeit der Kommunikation, die darauf angewiesen ist, daß der Sender sich eine kaum kontrollierbare Vorstellung der Interessen und Aufmerksamkeitsbedingungen des Empfängers macht und daraufhin seligiert. Um so dankbarer kann man übrigens sein, daß neue soziale Bewegungen auftreten und, zum Teil über eine eigene Presse, für neue Themen und neue Aspekte alter Themen sorgen, also das Bild des Empfängers, auf das hin ausgelesen wird, verändern.

Das sind also die Konkurrenten der Soziologie: Wertunterstellungen, soziale Bewegungen, Massenmedien. In diese Perspektive versetzt, fällt sofort auf, wie sehr die Soziologie von ihren Konkurrenten abhängt und deren Geschäft mitbetreibt. Sie erforscht Wertwandel, vollzieht ihn aber auch massenhaft mit. Sie fühlt sich den neuen sozialen Bewegungen nahe, und ihre Texte lesen sich, wenn man etwas schräg draufsieht, mit einem grünlichen Schimmer, auch wenn die Analytik amerikanischen Ansprüchen zu genügen sucht. Vor allem muß auch Soziologie druckbar sein. Sie pflegt Kritik. Sie überschätzt die Tragweite ihrer eigenen Konflikte. Die Trägheit ihrer eigenen Entwicklung wird durch wechselnde Begriffsmoden überspielt, augenblicklich zum Beispiel durch »Autopoiesis«. Trotzdem wird man nicht sagen können, daß die Soziologie ganz in den Formen der Selbstbeschreibung aufgeht, die ohnehin auf dem Markt sind. Sie hat zumindest eigene Möglichkeiten, und ihre Verantwortung könnte es vor allem sein, diese Möglichkeiten besser zu nutzen.

Auch die Soziologie ist, von der Paradoxie her gesehen, nicht

besser dran. Auch sie kann die Gesellschaft nur in der Gesellschaft beschreiben; also nur dadurch, daß sie das verändert, was sie beschreibt; also nur dadurch, daß sie obsolet macht, was sie tut. Auch sie ist auf eigene Entparadoxierungen angewiesen, in ihrer Empirie zum Beispiel auf das Paradox des ceteris paribus, daß eine unwahre Aussage nötig sei, um zur Wahrheit zu kommen. Andererseits könnte sie, besser als ihre Konkurrenten, sich die neueren kybernetischen, systemtheoretischen, logischen Forschungen über selbstreferentielle Verhältnisse und kreative Entparadoxierungen zu eigen machen und mit höherer Selbsttransparenz operieren. Und auch wenn dies zu viel verlangt ist, ist ihre Belastung durch systemische Bedingungen der Kommunikation geringer als im Falle ihrer Konkurrenten; und sie könnte daher für die Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft ganz normale Forschungsergebnisse benutzen, die anderenfalls keinen Zugang zur Kommunikation der Gesellschaft über sich selbst finden würden.

IV

Dafür abschließend ein Beispiel. Aus aktuellem Anlaß wähle ich die Forschungen über Risikowahrnehmung und Risikoakzeptanz. Die Forschungen dazu sind kaum noch zu überblicken, und allein in diesem Jahrzehnt ist wohl mehr dazu publiziert worden als in den Jahrhunderten seit der Einführung des Wortes »Risiko« in die europäischen Sprachen. Schließlich sind die sozialen Folgen der Katastrophe von Tschernobyl geradezu ein natürliches Experiment (wenn man hier von natürlich und von Experiment reden darf) auf das, was die Sozialwissenschaften hätten voraussehen können.

Zunächst muß allerdings der Risikobegriff anders als üblich gefaßt werden. In der Risikoforschung wird Risiko zumeist als Maß einer Gefahr definiert. Das macht den Begriff so gut wie überflüssig. Man sollte statt dessen Risiken und Gefahren strikt unterscheiden und von Risiko nur dann sprechen, wenn die Gefahr Folge einer Entscheidung ist und nicht eintreten würde, wenn die Entscheidung nicht oder anders getroffen worden wäre. Nicht der Regen ist das Risiko, sondern daß ich meinen Schirm nicht mitnehme. Gäbe es keine Schirme, gäbe es also auch kein Risiko, jedenfalls in dieser Hinsicht nicht.

Diese Begriffsbildung macht die soziologische Relevanz des Themas evident. Mit der Vermehrung von Alternativen durch Technologie vermehren sich die Risiken, nicht nur weil die Technologie inhärent riskant ist, sondern auch, weil sie hilft, Gefahren zu vermeiden, bzw. sie in Risiken transformiert. Deshalb ist eine technologisch ausgerüstete Gesellschaft unvermeidlich eine risikoreich lebende Gesellschaft. Chemie macht die Gefahr, daß der Wein mißlingt, zu einem Risiko, auf das man sich einläßt, wenn man keine chemischen Mittel verwendet. Aber natürlich hat auch die Chemie ihre Risiken. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich nicht mehr risikofrei entscheiden kann.

In diesem Kontext bildet eine Technologie mit gutem Nutzen und mit dem Risiko eines sehr unwahrscheinlichen, dann aber katastrophalen Schadens einen Sonderfall. Vor allem zwei Forschungsergebnisse sind hier berichtenswert:

1. Bei extrem unwahrscheinlichen, seltenen Sachverhalten wird die Risikoeinschätzung sehr subjektiv, verliert die Konsensfähigkeit und wird empfindlich gegen ad hoc Informationen (availability). Das Urteil, und eventuell der Konsens, bildet sich dann auf statistisch nicht zu rechtfertigende Grundlagen. Es stützt sich nicht auf statistische Wahrheiten, sondern auf die gerade verfügbare Information. Wenn Autofahrer an einem gräßlichen Unfall vorbeifahren, fahren sie eine Weile danach langsamer und vorsichtiger - aber nur solange, bis die Information abklingt.
2. Es gibt in der Risikoeinschätzung eine Art double Standard. Während die Leute in bezug auf Risiken, über die sie selbst entscheiden können, oft sehr leichtsinnig sind, sind sie bei Risiken, über die andere entscheiden, extrem empfindlich. Das liegt am Unterschied von Risiko und Gefahr; denn Risiken, die anderen als rational vertretbar erscheinen, kommen auf den, der davon betroffen ist, als Gefahr zu. Das sprengt im übrigen die Möglichkeiten, das Problem im Rahmen der klassischen Ethik zu behandeln. Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst? Nein danke! Und auch für den politischen Kontext stellen sich dadurch ganz neuartige Fragen. Die liberal verfaßte Demokratie hatte ja nur das Problem vor Augen, daß einige ihre Interessen besser durchsetzen können als andere und daß diese sozialstrukturell bedingte Ungleichheit in Rich-

tung auf Verbreiterung der Interessenbasis und in Richtung auf öffentliches Interesse korrigiert werden mußte (so gut es ging). Bei Risikoentscheidungen stellen sich dagegen ganz neuartige politische Probleme; denn man kann vielleicht sich damit abfinden, daß andere ihre Interessen besser durchsetzen als man selbst; aber das heißt noch nicht, daß man Gefahren für Leib und Leben, eigene Güter und Nachkommen akzeptiert, nur weil man ihnen auf Grund einer rationalen Risikokalkulation ausgesetzt ist.

Dies alles kann hier nur angedeutet werden zur Illustration meiner These, daß die Soziologie eine Verantwortung hat für die Mitwirkung an der Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Würde man dies nur den gerade kursierenden Wertunterstellungen, den sozialen Bewegungen und der Presse überlassen, wären Meinungsbildungen zu erwarten, die die Soziologie als uninformiert, wenn nicht irrational behandeln müßte. Und die in diesem Kontext zu erwartende Rationalität wäre auf eine eigentümlich hintertreppige oder strategische Gedankenführung angewiesen (wie man an den Positionskalkülen der Grünen und an den Positionskalkülen der Energieversorgungsunternehmen ablesen kann). Daß die Soziologie die reale Chance hat, ihre eigene Stimme zur Geltung zu bringen und kausal zu wirken, ist damit noch nicht ausgemacht. Es müßte zunächst einmal überhaupt eine eigene Stimme sein und nicht nur ein Durchlauferhitzer für Wertewandel, Bewegungsmentalitäten und Kämpfe in der öffentlichen Meinung. Ich glaube aber gezeigt zu haben, daß sich mit soziologischer Distanz eigene Beobachtungen und Beschreibungen des gesellschaftlichen Geschehens erschließen lassen; und wenn es möglich ist, dann sollte es zur gesellschaftlichen Verantwortung des Soziologen gehören, es wenigstens zu versuchen.

1968 - und was nun?

»Everybody's got something to hide, except me and my monkey« sangen die Beatles 1968 mit offensichtlich breiter Zustimmung. Im Rückblick erstaunt nicht der Vorwurf, sondern die Ausnahme. Daß jedermann sündig war, wußte man schon immer; aber daß es eine Ausnahme gab, das war neu. Und es wurde so in die Welt hinausgesungen, daß jedermann glauben konnte, er selber sei die Ausnahme. Ob jemand jemals es wirklich geglaubt hat, weiß man nicht; aber man konnte so tun als ob. Dazu mußte freilich die Unschuld eine Position erhalten - irgendwo in der Welt, aber außerhalb der Gesellschaft. Die Blumen und die Strände, an denen man von nichts leben konnte, mochten das symbolisieren. Es mochte zum Gefühl der Unschuld beitragen, daß man den monkey auf dem Rücken trug (das heißt: Drogen konsumierte). Die Universitäten schienen eine Möglichkeit zu bieten - eine Position, von der aus man, mit Finanzierung durch andere, Appelle an andere absenden konnte. Von all dem sind letztlich nur die Verstecke der Terroristen übriggeblieben und mit ihnen die Anmaßung, Schuld als Unschuld praktizieren zu können.

Es gibt eine alte mönchische Tradition, die besagt, daß man schweigen müsse, wolle man jede Infektion mit Welt vermeiden. Hier war nun das Umgekehrte zu erfahren: Man müsse nicht schweigen, sondern appellieren und notfalls seinen Appellen durch Aktion Nachdruck verleihen - durch unschuldige Aktion der Akteure und ihrer Affen (und im Bereich der Werkzeuge heißt monkey dann auch noch: Rammbock, Fallhammer). Aber was ist das für eine Position, von der aus man die Gesellschaft beobachten, kritisieren, eventuell angreifen kann, ohne selbst dazuzugehören?

Auch hierzu gaben die Beatles 1968 Auskunft: »Your Inside is Out and Your Outside is In.« Man kann also in der Gesellschaft rebellieren, so als ob man von außen käme. Die dazugehörige Logik, die ihr eigenes Paradox zu prozessieren versucht, erscheint ein Jahr später: George Spencer Browns Laws of Form. Die gesuchte Position außerhalb, die zur Kritik und zur Aktion befähigt, scheint das Paradox selber zu sein - die Absicht, in der

Gesellschaft so zu handeln, als ob es von außen wäre. Aber wie das? - fragte Julien Freund, 1968 Dekan in Straßburg, seine rebellierenden Studenten: Wenn man hier Revolution machen will, muß man sich vorher der Mitwirkung der Gewerkschaften versichern.

1968 wird als Jahr der Unruhe, ja der institutionellen Krise erinnert. Die Ereignisse kamen überraschend, auch für die Akteure selbst, und das mag den Eindruck, den sie hinterließen, vergrößert haben. Zufällige Vorfälle, der Schuß auf Benno Ohnesorg zum Beispiel, schossen die Studenten aus der Gesellschaft hinaus - und von da ab konnte man über den Rasen laufen. Auch im Rückblick fehlt es an überzeugenden Erklärungen. Sicher ist nur, daß die aktuelle gesellschaftliche Lage keinen Anlaß bot - weder in Frankreich noch in Deutschland, weder in Italien noch in den USA. Überall konnte man wirtschaftliche Prosperität, Zuwachs an Ausbildungschancen und tendentiell gefestigte Demokratie (verglichen etwa mit den düsteren Prognosen der dreißiger und frühen vierziger Jahre) beobachten. Macht, wie man sagt, zuviel des Glücks übermütig?

Vielleicht kann man Parsons' Theorie von den drei Revolutionen der modernen Gesellschaft nennen: der wirtschaftlichen (Industrialisierung), der politischen (Demokratisierung) und der pädagogischen Revolution (Verlängerung der Ausbildung weit über das Reifealter hinaus), die allesamt zur Lockerung traditionaler gesellschaftlicher Bindungen und zur Auflösung von Familienabhängigkeiten beigetragen haben. Die letztgenannte, die pädagogische Revolution hat dann, nach Parsons, den Boden bereitet für ein Rebellieren der Jugend, die in den Universitäten gleichsam nicht mehr und noch nicht sozial eingebunden agierte.

Man könnte denselben Sachverhalt auch als Sequenz der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen begreifen, die von großen Hoffnungen und Vorschußlorbeeren begleitet waren und dann in den organisatorischen Realisierungen der Industriebetriebe, der Bürokratien und oligarchischen Parteistrukturen sowie schließlich der Schulen und Universitäten enttäuschen mußten. Die Lobsprüche und Legitimationsfloskeln der Alten gaben den noch nicht arrivierten Jungen keinen Sinn. Allerdings zeigte es sich dann sehr rasch, daß die darauf gegründete Hoffnung auf eine Solidarisierung von Industriearbeiterschaft und akademi-

scher Jugend eine Illusion blieb - eine Illusion der letzten, der noch nicht arrivierten Protestler. Was schließlich entstand, war eine Zersplitterung der einstmals geschlossen-sozialistischen sozialen Bewegung in thematisch heterogene »neue soziale Bewegungen« - so als ob die funktional differenzierte Gesellschaft ihre eigene Einheit nicht einmal mehr in der Form eines Protestes gegen sich selbst formulieren könnte. Resignierte biographische Arrangements eines neuen Njet-Set auf der einen Seite und Terror-Desperados auf der anderen waren die Folge. Wer die Gesellschaft von außerhalb attackieren wollte, mußte dies aus dem Versteck heraus tun.

Erklärungen dieser Art befriedigen kaum. Sie geben nur oberflächliche Anhaltspunkte. Man muß hinzunehmen, daß die Lokkerung sozialer Bindungen, ihrerseits eine Folge funktionaler Differenzierung, nicht eine neue Solidarität erzeugt, wie Durkheim angenommen hatte, sondern ein Bindungspotential freisetzt, das zu anlaßbedingten überraschenden Amalgamationen führen kann, die sich jedoch bald wieder auflösen - biographisch gestörte, verirrte, verwirrte Individuen hinterlassend. Die Massenmedien sorgen für das Verbreitungstempo und für weltweite Orientierungs- und Diffusionsmöglichkeiten. Hierbei mag auch eine Rolle spielen, daß die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, durch ihre hohe Selektivität stark vereinheitlichend wirken, verglichen mit dem sehr differentiellen Zugang zu den Bücherschränken im Elternhaus oder in den Bibliotheken. Sie ersetzen dann gleichsam Schichtdifferenzen durch zeitlimitierte Geltungen, durch das, was für alle en vogue bzw. passé ist. Ihre Macht ist die Macht der Suggestionen und Bilder, die nicht auf Bestätigung und Anschlußfähigkeit in lokalen Lebensräumen angewiesen ist und eben deshalb durch immer wieder Neues ersetzt werden kann und ersetzt werden muß.

Aber Massenmedien sind nicht gerade geeignet, Reflexion zu stimulieren, ganz zu schweigen vom Aufbau einer zeitgemäßen Theorie. So wurde das Paradox, wie man die Gesellschaft in der Gesellschaft so beobachten und kritisieren kann, als ob es von außen wäre, naiv angegangen und naiv gelöst - mit Rückgriff auf schon vorhandene Literatur - den halben Marx und die ganze (psychodramatisch erweiterte) Frankfurter Schule.

So weit, so schlecht. Von Marx hätte man eigentlich lernen

können, daß die Kritik der politischen Ökonomie in genauem Anschluß an eben deren Selbstdarstellung zu vollziehen ist; und daß sie in der Gesellschaft als Resultat der Dialektik ihrer eigenen Widersprüche zu erwarten sei. Die Position, von der aus das zu vollziehen wäre (die Position der ausgebeuteten Klasse als des internen externen Beobachters), war jedoch bereits aufgelöst worden. Die Frankfurter Schule hielt noch an der Vorstellung fest, daß die Realwidersprüche der Gesellschaft sichtbar gemacht werden könnten und dem kritischen Beobachter seinen Gegenstandsbezug vermitteln, wie immer er dann als Aufklärer in die Widersprüche hineingezogen werde. Wie aber, wenn die Widersprüche überhaupt nur eine Konstruktion des Beobachters sind? Und wie überhaupt soll der Beobachter vorgehen, wenn er (mit einer widerspruchsfreien Logik?) eine widerspruchsvolle Realität beweisen will. Und was wäre, wenn es so viele Realwidersprüche geben sollte, daß es auf die Auswahl des Kritikers ankommt, auf das, was er zum Gegenstand seines Bewußtseins und seiner Kommunikation *machen will*? Und wenn die Auswahl denn willkürlich geschehen muß - kann dann nicht jeder Beobachter dieses Beobachters sehen, daß auch in seinem Rücken gesellschaftliche Determination wirkt? Everybody's got something to hide - except me and my monkey?

Der Plötzlichkeit des Ausbruchs von Unruhe entsprach die Dürftigkeit ihrer intellektuellen Ausstattung, die Unbekümmertheit ihrer Sprüche, die Naivität ihrer Vorwürfe. Was schon einmal unter ganz anderen Bedingungen als Kritik gedient hatte, wurde nur neu aufgeladen und wiederbenutzt. Entsprechend rasch kam die Ernüchterung. Gewiß: die Idee ist unabweisbar, daß alles auch ganz anders gehen könnte. Eine ganze Armee von Intellektuellen hat sich dadurch inspirieren lassen - nur um letztlich auf einer Ja/Aber-Position zu landen, ohne dann erkennen zu können, daß man falsch gestartet war.

Man hat in Deutschland von »Tendenzwende« gesprochen und im Anschluß daran den »Neokonservativismus« als neuen Feind konstruiert. Aber gibt es das, was so bezeichnet wird, überhaupt? Eine entsprechende Theorie ist weit und breit nicht zu sehen, nicht einmal etwas, was man mit einem gewissen Anspruch an Niveau als intellektuelle Orientierung bezeichnen könnte. Es gibt Leute, die markieren können, daß sie die Bewe-

gung nicht mitvollzogen haben und weder durch Aufschwung noch durch Abschwung erschüttert sind. Aber das Nochdasein ist kaum der Erwähnung wert. Und auch die 68er sind noch da und versammeln sich gelegentlich in einer Art Veteranentreffen, um noch einmal den Ton der Trompete zu hören.

Sollte man hiermit nun die Akten schließen und sie den Historikern übergeben, damit sie gründlich feststellen, wie es wirklich gewesen ist? Das könnte ein verhängnisvoller Kurzschluß sein. Denn wenn es wirklich um die Frage ging, ob und wie die Gesellschaft in der Gesellschaft so beobachtet und beschrieben werden kann, als ob es von außen wäre - ist das nicht auch unser Problem und vielleicht mehr noch als vor zwanzig Jahren? Und wenn es nicht um ein Prosperitätsdefizit, sondern um ein Beschreibungs- und Orientierungsdefizit ging - haben wir inzwischen eine bessere Lösung gefunden oder nur die Frage wieder aus den Augen verloren?

Es gibt manche Zeichen dafür, daß die Frage nach der Art der Gesellschaft, in der wir leben, nur noch dringlicher geworden ist. Was gescheitert ist, ist die Naivität und die Leichtfertigkeit der Beschreibung. Und was inzwischen auch gescheitert ist, ist das Rokoko der postmodernen Beliebigkeiten. Was gefordert ist, ist eine neue Strenge und Genauigkeit im Beobachten und Beschreiben und, wenn man so weit gehen kann, im Begreifen.

Für die 68er Bewegung war das Problem der Gesellschaft noch primär wie im 19. Jahrhundert ein Problem der Verteilung gewesen, ein Problem der Gerechtigkeit, ein Problem der Benachteiligung, ein Problem der Beteiligung. Eine Gesellschaft - und wenn man angreifen wollte, sagte man »Herrschaft« die nicht imstande ist, dieses Problem angemessen zu lösen, erschien als ein »System« ohne Legitimität. Ihr gegenüber war ein Hinweis auf Normen und die Forderung nach Einlösung der Normen, die man nicht leugnen konnte, angemessen. Auch was als Rationalität behauptet wurde, sei ohne diese normative Grundlage nicht zu denken. So argumentiert Jürgen Habermas, auf seine Weise untadelig, noch heute. Solche Normen müssen gedacht werden als Voraussetzungen sinnvoller Kommunikation, als etwas, das man logischerweise akzeptieren muß, wenn man in Kommunikation eintritt, um Verständigung zu suchen.

Setzt dies ein vorgesellschaftlich gegebenes Individuum, also ein »Subjekt« im klassischen Sinne voraus?

Gleichviel, Helmut Schelsky hat schon in den frühen 70er Jahren mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß *beobachtet* werden kann, was geschieht, wenn Leute auftreten, die normative Ansprüche geltend machen und sich über deren Nichterfüllung wundern, dann ärgern und dann auf ihre Enttäuschung (also auf sich selber!) aggressiv reagieren. Die Kritik und die Rebellion finden nicht außerhalb der Gesellschaft, sie finden innerhalb der Gesellschaft statt. Das weiß man seit 1791 - seitdem Edmund Burke die Französische Revolution beschrieb. *Man kann nicht unschuldig bleiben.*

Die Theorie hat nicht das letzte Wort. Wenn sie als Kommunikation Erfolg hat, verändert sie die Gesellschaft, die sie beschrieben hatte; verändert damit ihren Gegenstand und trifft danach nicht mehr zu. So hat die sozialistische Bewegung zu einer Marktunabhängigkeit der Arbeitspreise geführt - einer Tatsache, mit der wir nun leben müssen. So hat die Partizipationsbewegung der 68er, soweit sie sich auswirken konnte, zu riesigen Partizipationsbürokratien geführt und damit zu einem immensen Zuwachs an organisierten Entschuldigungen dafür, daß nichts geschieht - einer Tatsache, mit der wir nun leben müssen. Die Wirklichkeit sieht anders aus als die Theorie, die sie herbeiführen wollte. Die dann erforderliche Theorie reagiert nicht mehr auf die Wahrheiten, an die man gedacht hatte, sondern auf die Verhältnisse, die entstanden sind. Die Rede von den »nichtintendierten Folgen« allen Handelns ist ein viel zu schwacher Ausdruck für diesen Sachverhalt. Die Gesellschaft operiert als ein rekursives System, das durch seine Selbstbeschreibungen ständig Realzustände schafft, auf die es mit weiteren Beschreibungen reagiert. Und wie jeder Systemtheoretiker weiß, wird ein solches System schon bei ganz wenigen Variablen unübersehbar komplex. Alle Beschreibungen sind eingelassen in einen für sie selbst intransparenten Sachverhalt. Alle Beschreibungen sind Abstraktionen, sind »Modelle«, sind »Theorien«, sind Simplifikationen.

Was ist aus dieser Affäre zu lernen?

Zunächst und vor allem: »Die« Gesellschaft hat keine Adresse. Was man von ihr verlangen will, muß man an Organisa-

tionen adressieren. Allein schon deshalb spielt der Staat eine unübersehbare Rolle. Was daraufhin in Organisationen und durch Organisationen geschieht, hat möglicherweise gesellschaftsweite Folgen. Die Zahl der Studenten und Absolventen mag sich erhöhen. Mehr Bildung mag zu mehr Unzufriedenheit führen. Die Preise mögen steigen, die Bearbeitungsfristen mögen länger und länger werden, und natürlich ändern sich mit alldem auch Erfahrungen, Meinungen, Vertrauensbereitschaften in einer kaum zu entwirrenden, jedenfalls unvorhersehbaren Komplexität. Oft verschluckt die Organisation alle über sie hinausstrebenden Intentionen, und es entsteht einfach höhere organisierte Komplexität. Zuweilen tragen auch empfindliche, generalisierte, symbolische Medien wie politische Macht oder Geld Effekte an unvorhergesehene Stellen. Wer sich zu viel gute Absichten leistet, mag sich mit Durchsetzungsunfähigkeit bestraft finden. Vor allem Geld ist ein vergeßliches Medium, und niemand weiß so recht, warum es wo vorhanden ist oder fehlt. Die Durchführung von Verbesserungsabsichten mag ad hoc etwas kosten und auch bezahlbar sein. Die »Opportunitätskosten« und alle weitergehenden Effekte des Geldflusses bleiben gleichwohl unkalkulierbar (weshalb man oft annimmt, daß es sie gar nicht gibt). Organisation und Medium, Rigidität und Fließeffekte - das ist eines der wichtigsten Strukturprobleme der modernen Gesellschaft, das von den gesellschaftskritischen Theorien der 68er Bewegung nicht gesehen worden war, an ihren Effekten aber ablesbar ist.

Auf der Ebene der theoretischen Beschreibungen muß man aus alldem lernen, daß es keinen Standpunkt außerhalb der Gesellschaft und in moralischen Dingen keine unschuldigen Positionen gibt, von denen aus man die Gesellschaft »kritisch« beschreiben und Vorwürfe lancieren könnte. Wir haben keine Labyrinththeorie, die erforschen und dann voraussagen könnte, wie die Ratten laufen. Wir selber sind die Ratten und können bestenfalls versuchen, im Labyrinth eine Position zu finden, die vergleichsweise bessere Beobachtungsmöglichkeiten bietet.

Eine Gesellschaftsbeschreibung ist immer eine Beschreibung, die den Beschreiber selbst einbeziehen muß oder andernfalls, was ein Beobachter beobachten könnte, unvollständig bleibt. Aber kann ein Beschreiber sein eigenes Beschreiben beschrei-

ben? Oder führt ihn allein schon diese Zumutung in die Paradoxie eines Tristram Shandy oder aller sonstigen Versuche, sich selbst in die eigene Beschreibung einzuschließen? Sieht man das ein, dann sind paradoxe Effekte des Gebrauchs von Gesellschaftstheorie geradezu systematisch zu erwarten; und das, was den 68ern passiert ist, soweit sie Theorie als Waffe benutzt haben, ist genau das, was eine andere Theorie voraussehen und erklären kann.

Die Szene, und ich meine jetzt die philosophisch-literarische Szene, inszeniert bereits das Paradox. Sie gibt ihm im Anschluß an Nietzsche oder Heidegger oder Derrida eine expressive Form, der jedoch alle Strenge und Genauigkeit abgeht. Man kann vermuten, daß hier das Problem liegt, das unser Jahrhundert noch zu lösen hätte.

Die ökologische Bewegung sieht sich, wenn sie scharf denkt, vor dem gleichen Problem. Denn hier geht es letztlich um die Frage, ob und wie das Gesellschaftssystem, das als System seine Umwelt ausschließt und anders gar nicht System sein kann, Information über die Umwelt gleichwohl einschließen kann, so daß in der Gesellschaft abschätzbar wird, wie sich Umweltveränderungen auf die Gesellschaft auswirken werden. Die unbestreitbaren, gravierenden, zukunftsbedrohenden Veränderungen in der natürlichen Umwelt, die die Gesellschaft selbst auslöst, werden allmählich zum Rationalitätsproblem dieses Jahrhunderts. Die Gesellschaft ist für ihre eigenen Operationen auf hohe Indifferenz gegenüber ihrer Umwelt angewiesen, kann sich aber gerade dies nicht mehr leisten. Sie müßte wissen können, was sie nicht wissen kann. Jedes rationale Verhalten zu dem, was in der Gesellschaft als Risiko erscheint, setzt eine Lösung oder Entschärfung solcher und anderer Paradoxien voraus, und dafür fehlt in den Vernunftvorstellungen ebenso wie in der Prinzipienethik unserer Tradition jede Grundlage.

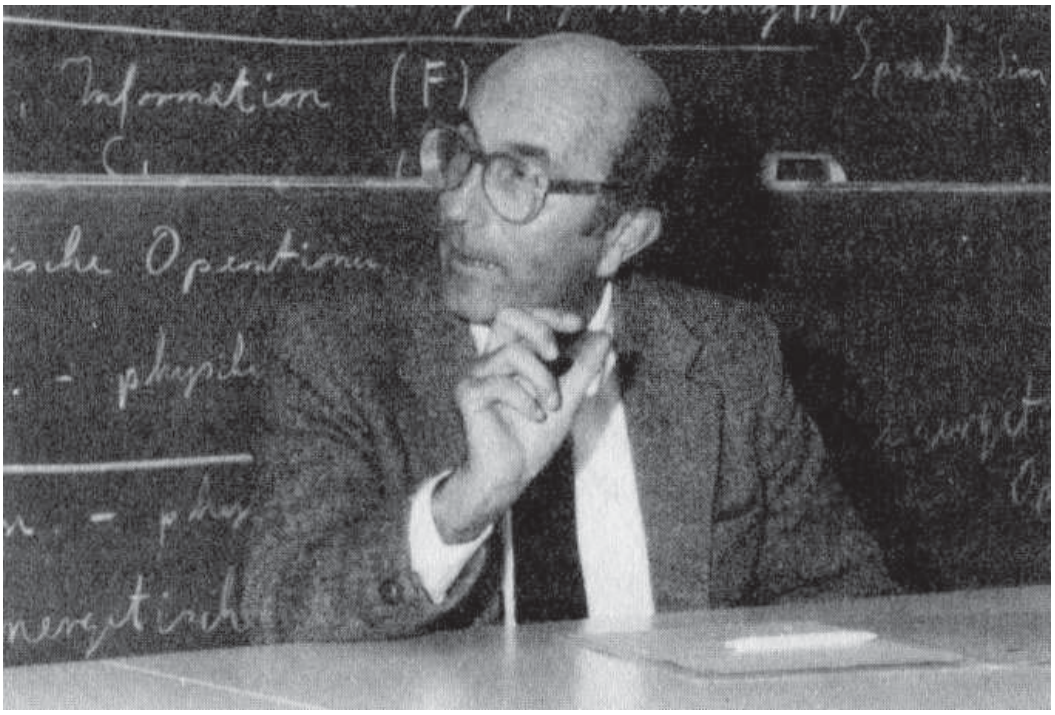
Von den Problemen und von den Anforderungen an Theorie her gesehen muß man es als einen historischen Zufall betrachten, daß die Kommunikation über ökologische Probleme fast gleichzeitig mit oder jedenfalls kurz nach den 68er Unruhen einsetzte. Diese Konstellation bot der Generation der 68er nach dem Scheitern ihrer Impulse und nach dem Altwerden ihrer theoretischen Inspirationen eine neue Heimat. Ohne die Gegen-

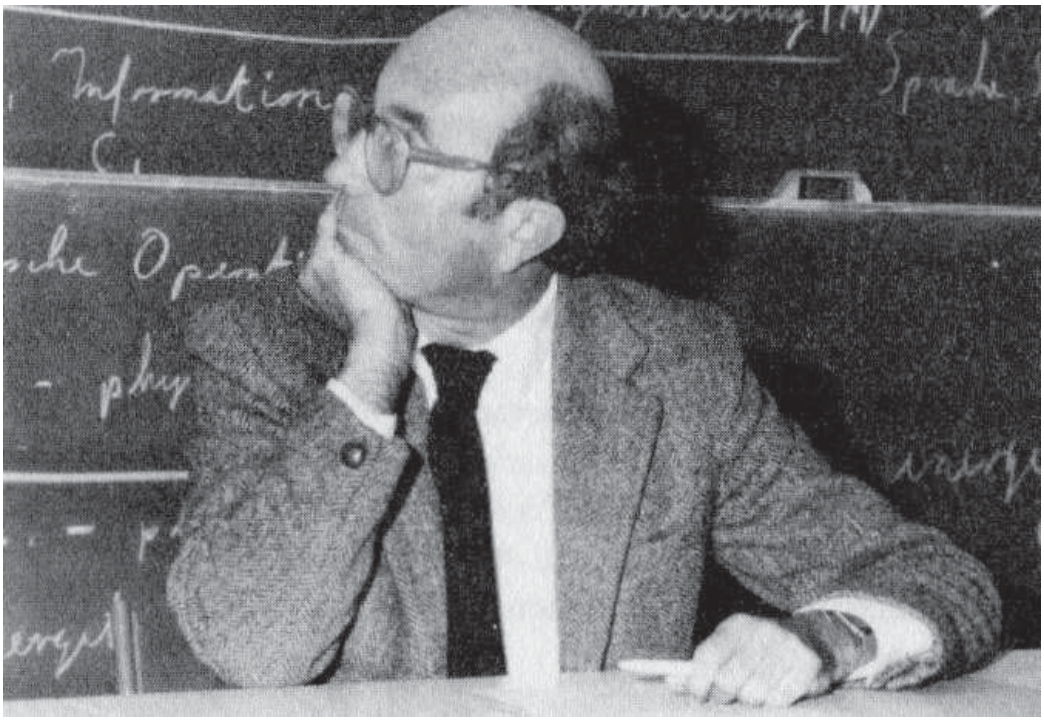
Stellung zur Gesellschaft, die Attitüde der radikalen Kritik und die Heftigkeit des Protestes aufzugeben, konnte man in eine neue Problematik einwandern und damit nicht zuletzt die biographischen Probleme des Aus-der-Mode-gekommen-Seins lösen. Zumindest in Deutschland - in Frankreich liegen die Verhältnisse anders - wurde auf diese Weise die ökologische Problematik zum Thema einer Protestbewegung mit weitreichenden Auswirkungen auf die öffentliche Meinung, auf Berichterstattungen in der Presse und auf die Politik. Eine so rasche Politisierung der Umweltprobleme wäre anders kaum erreicht worden. Noch immer ist die Politik, auch in Deutschland, strukturiert durch die Gegenüberstellung der Repräsentation von Ansprüchen und der Repräsentation von Beschränkungen, und jede Regierung muß, wofür immer sie gewählt ist, der Gegenseite Tribut zollen. Inzwischen ist aber durch die Rhetorik und die Aktivität der ökologischen Bewegung Angst eine öffentlich proklamierte Einstellung zur Zukunft geworden, und das betrifft nun die Vertreter der Ansprüche und die Vertreter der Beschränkungen gleichermaßen. Löst sich damit jede Struktur von Politik auf?

Es mag etwas übertrieben sein, aber mir scheint, daß der eigentliche Erfolg und der positive Beitrag der 68er zur Gesellschaftspolitik erst mit dieser Spätzündung, erst durch ihren Einstieg in das Ernstnehmen der ökologischen Problematik zustandegekommen ist. Seitdem haben oberflächliche Beschwichtigungen und extrem kurzfristige Folgeneinschätzungen politisch einen schweren Stand. Andererseits ist die Solidarität in der Angst natürlich kein Prinzip, mit dem man regieren und verwalten könnte. Insofern schließt sich die Bewegung selbst aus der Verantwortung aus, wenn sie versucht, sich in einer externen Position der Unschuld zu halten. Aber so wie die Roten werden auch die Grünen nachdunkeln, wenn sie in Ämter kommen. Erst in der Organisation werden sie mit einer Realität von fragwürdiger Realität konfrontiert.

Wie immer dies ausgehen mag, und es gibt schon Ansätze zu einer möglichen Beobachtung in staatlichen und kommunalen Verwaltungen: Eine auch nur erwähnenswerte Theorie der Gesellschaft ist nicht zustandegekommen. Nur noch wenige Vokabeln ohne jeden theoretischen Gehalt wie Kapitalismus, Herrschaft, Internationale Konzerne werden mitgeführt zur Organi-

sation und zur Selbstbestätigung des Verdachts. Daß etwas mit dieser Gesellschaft nicht in Ordnung ist, kann ohne besondere Mühe unterstellt werden. Was für die Beteiligten vorstellbar wird, ist ein Sicharrangieren unter der Bedingung hoher wechselseitiger Reizbarkeit. Die 68er sind älter geworden. Sie sind nicht weiser geworden. Und nach und nach werden sie durch jüngeren Nachwuchs abgelöst, der mit den notwendigen Kenntnissen über Halbwertzeiten und Meßverfahren, Dioxinverbrennungs- und Abfallsortierungstechniken aufgewachsen ist.





Niklas Luhmann. Universität Bielefeld 1968-1993

Nachweise

Status quo als Argument, in: Horst Baier (Hrsg.), Studenten in Opposition, Bielefeld 1968, S. 74-82.

Wabuwabu in der Universität, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 8 (1975), S. 13-19.

Helmut Schelsky zum Gedenken, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 5 (.1985), S. 1-3.

Kommunikation mit Zettelkästen: Ein Erfahrungsbericht, in: Horst Baier u.a. (Hrsg.), Öffentliche Meinung und sozialer Wandel: Für Elisabeth Noelle-Neumann, Opladen 1981, S. 222-228.

Interdisziplinäre Theoriebildung in den Sozialwissenschaften, in: Christoph Schneider (Hrsg. im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft), Forschung in der Bundesrepublik Deutschland: Beispiele, Kritik, Vorschläge, Weinheim 1983, S. 155-159.

Probleme der Forschung in der Soziologie, in: Forschung an der Universität Bielefeld 3 (1991), 40-42.

Zwei Quellen der Bürokratisierung in Hochschulen, in: Ein Mann von Sechzig Jahren: Festschrift für Reinhard Mohn, o. O o.J. (1981), S. 150-155; Wiederabdruck in: Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung, Bd. 4, Opladen 1987, S. 212-215. (Wir danken dem Westdeutschen Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.)

Perspektiven für Hochschulpolitik, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 4 (1983), S.5-16; Wiederabdruck in: Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung, Bd. 4, Opladen 1987, S. 216-223. (Wir danken dem Westdeutschen Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.)

Die Universität als organisierte Institution, in: Die humane Universität. Bielefeld 1969-1991: Festschrift für Karl Peter Grotemeyer, Bielefeld 1992. (Wir danken dem Westfalen-Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.)

Erfahrungen mit Universitäten: Ein Interview. - 1992. Bisher nicht veröffentlicht.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie, in: Helmut de Rudder/Heinz Sahner (Hrsg.), Wissenschaft und gesellschaftliche Verantwortung: Ringvorlesung der Hochschule Lüneburg, Berlin 1987, S. 109-121.

Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und die Soziologie. - Bisher nicht veröffentlicht.

1968 - und was nun? - Nicht autorisierte Kürzungen des Textes erschienen 1988 in verschiedenen europäischen Tageszeitungen.